



Foto: LMBV

Reviertransfer Lausitz

In der vergangenen Ausgabe haben wir in der Rubrik Reviertransfer mehr Geschwindigkeit in der Lausitz angemahnt, sowohl bezüglich der strukturellen Ausrichtung der regionalen Akteure als auch mit Blick auf konkrete Maßnahmen. Aus verschiedenen Gründen wird der Ton mit dieser Ausgabe entspannter. Zwar ist die Parallelität der Ereignisse aus Foren, Gesprächsrunden und Schriftstücken rund um den Wandel in der Lausitz ungebrochen groß, dennoch sind im letzten Quartal in der Lausitz, den Ländern und Berlin Entwicklungen geschehen, die mehr Zuversicht zulassen.

Wir konzentrieren uns in dieser Ausgabe vor allem auf die Lausitz, in die endlich Klarheit über die Struktur der Akteurslandschaft eingebracht ist. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt und in den Medien kaum reflektiert, ist seit 19. November 2018 entschieden, mit welchem grundlegenden Setting die Lausitz in die Zukunft geht. Mit einem einfachen Schema verdeutlichen wir dieses künftige Zusammenspiel in der Strukturentwicklung der Lausitz.

Am 19. November ist aber ebenso eine richtungweisende Entscheidung der Länder Brandenburg und Sachsen gefallen, die für die Lausitz entscheidende Weichen stellt. Wenige Tage später schickte die Bundesregierung die Kohlekommission in die Verlängerung – ein klares Wort der Ministerpräsidenten der Ost-Kohleländer gab den Ausschlag. Nach dem Zwischenbericht der Kommission Ende Oktober wurden in der Lausitz bereits Licht und Schatten spürbar. Insgesamt wird nun aber deutlich, dass wir etwas unverkrampfter mit diesem Gremium umgehen sollten. Die Lobbyarbeit für die Lausitz trägt währenddessen erste Früchte. Zwei Forschungsinstitute und ein Kompetenzzentrum sind zugesichert – und mit der Batterieproduktion wird ein Zukunftsfeld sehr konkret in Richtung Lausitz diskutiert. Genau hier könnte man sämtliche zuvor aufgeführten positiven Entwicklungen in der Lausitz sowie auf Landes- und Bundesebene nutzen, um der Region ein konkretes Ansiedlungsprojekt zu sichern und so einer bereits

entstandenen, positiven Bewegung weiteren Auftrieb zu geben. Ein Erfolg zum Anfassen in diesem Bereich könnte den notwendigen Impuls liefern, die Lausitzer aus der Zone der Betroffenheit zu lotsen und den Wandel nach langer Zeit der Unsicherheiten endlich als große Chance zum Aufbruch zu betrachten. Aber eins nach dem anderen:

Die Entwicklungsstruktur der Lausitz

Das nur wenige beim scheinbaren Wirrwarr der Lausitzer Akteurslandschaft einen Überblick behalten konnten, ist mehr als verständlich. Darstellungen in verschiedenen Medien haben das Verständnis zudem meist kaum erleichtert und eher zusätzlich erschwert. In einem Beitrag der Sächsischen Zeitung wurde von über 100 Akteuren im Lausitzer Strukturwandel gesprochen. Kein Wunder, dass der Versuch zu einer klaren Struktur nicht vor Denkfehlern gefeit war, zumal lange Zeit eine klare Positionierung seitens der Länder Brandenburg und Sachsen fehlte. Innerhalb und außerhalb der Lausitz war dadurch unklar, welche Rolle die Wirtschaftsregion Lausitz (WR.Lausitz), welche die Lausitzrunde und welche die Länder spielen. Das führte soweit, dass in diesem Herbst über eine Lausitz AG als weitere Gesellschaft diskutiert wurde.

Brandenburg und Sachsen haben die Lausitz zu lange dem Selbstlauf überlassen. Am 19. November sind die Länder zum Glück aus ihrem Tiefschlaf erwacht und haben bei einer Tagung in der Lausitz eine

längst überfällige Position bezogen. Zwar fehlt den von beiden Ländern präsentierten Strukturdiagrammen noch der Gleichklang im Detail, doch im Grundsatz folgen sie der gleichen Idee, die wir hier vereinfacht darstellen (siehe Infografik).

Projekt- und Verwaltungsebene, Koordination: Sie ist der Kern der Strukturentwicklung, hier werden Projekte und Ideen qualifiziert und für Entscheidungen sowie Finanzierungen fit gemacht. Am 19. November bekannten sich Brandenburg und Sachsen zur WR.Lausitz. Sie war schon zuvor die logische zentrale Struktur, da sie als länderübergreifendes Gremium die Interessen aller Lausitzer Landkreise und damit der gesamten Lausitz vertritt und explizit als Entwicklungsgesellschaft für die Lausitz ausgerichtet wurde. Bislang fehlte das klare Bekenntnis der Länder, Teil dieser Struktur zu werden. Genau das ist am 19. November in Hoyerswerda erfolgt. Die zentrale Funktion der WR.Lausitz für alle regionalen Akteure wird durch den Plattformgedanken des Geschäftsführers Torsen Bork unterstrichen.

Entscheidungsebene: Hier spricht Brandenburg von einer „Bund-Länder-Steuerungsgruppe Ost“, Sachsen von einem „Lenkungsausschuss“. Das Gremium soll über die Auswahl von Projekten und die Bewilligung der Mittel entscheiden. Wir nennen es vereinfacht Bewilligungsausschuss.

Finanzierungsebene: Auch hier unterscheiden sich die Begrifflichkeiten der Länder. Brandenburg spricht von einem

„Bundesgesetz zur Strukturentwicklung in den Braunkohleregionen“, Sachsen von einem „Strukturwandelfonds Zukunft Lausitz“. Vereinfacht dargestellt, geht es in dieser Struktur aber immer ums Geld, das Bund (und Länder) für die Strukturentwicklung zur Verfügung stellen.

Ideenebene/Projektträger: In dieser Ebene finden sich Wirtschaft und deren Gremien, Wissenschaft, die kommunale Ebene sowie die Zivilgesellschaft samt Vereinen und Verbänden wieder.

Als Besonderheit präsentierte Sachsen die Idee zu einer flankierenden Kulturstiftung „Lausitz im Wandel“, die auf sächsischer Seite Projekte aus der Zivilgesellschaft fördern und koordinieren soll. Hier geht es vor allem darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und demokratische Strukturen an der Basis zu stärken. Diese Idee könnte ruhig auch in Brandenburg Schule machen.

Zum besseren Verständnis haben wir die Strukturdiagramme der Länder vereinfacht dargestellt und um drei Aspekte ergänzt, die bei Kenntnis der regionalen Gegebenheiten hilfreich sein können. Für den Geldfluss wurde vereinfacht auf eine „Kasse“ abgestellt. Wer diese koordiniert und verwaltet, spielt für die Struktur im Grunde eine untergeordnete Rolle. Im Zusammenhang mit dem Transfer der Finanzmittel von Bund und Ländern wurde vor einigen Monaten die LMBV als Akteur für den Strukturwandel ins Spiel gebracht. Hier siedeln wir in unserem Verständnis die Förderbanken von Bund und Ländern an, da die Kasse das Zuwendungsrecht samt Controlling innehaben sollte. Zudem ergänzen

wir als Vorschlag das Andocken der Innovationsregion Lausitz als Katalysator für die Schlüsselwirtschaft und für Innovationsnetzwerke der Lausitzer Wirtschaft, die über eine zu findende Konstruktion Bestandteil der WR.Lausitz werden könnte. Vielen Projekten und Erkenntnissen aus der Arbeit der Innovationsregion könnte so der nahtlose Zugang zur Projektqualifizierung und Finanzierung geebnet werden. Der dritte zusätzliche Aspekt betrifft die mandatierte Lausitzrunde. Mit dem Bekenntnis der Länder zur WR.Lausitz ist sie trotz Institutionalisierung, die im Lausitz Magazin eher skeptisch begleitet wurde, in die Strukturvorstellungen der Länder nicht eingebunden. Die Mitglieder der Lausitzrunde, ca. 30 kernbetroffene Städte und Gemeinden der Lausitz, werden bereits durch ihre Landkreise vertreten, die als Solidargemeinschaft alle 236 Lausitzer Städte und Gemeinden vertreten. Da die Lausitz im Wandel in Gänze betrachtet werden muss, ist das auch richtig so. Um der Kernbetroffenheit der Mitglieder der mandatierten Lausitzrunde besonderen Ausdruck zu verleihen, könnte diese ähnlich der Innovationsregion über eine zu findende Konstruktion an der Plattform WR.Lausitz beteiligt werden. Hier greifen wir den Vorschlag vom WR.Lausitz-Chef Torsten Bork (siehe Interview S. 40) auf, eine Lausitzrunde als permanentes Dialogforum einzubinden. Inwieweit die Mandatierung samt Kosten für die kommunalen Mitglieder dazu noch erforderlich ist, scheint fraglich.

Die Grafik verdeutlicht die Entwicklungsstruktur: In der WR.Lausitz werden Projekte und Ideen abgeglichen, wahlweise vernetzt, unter

Vereinfachte Darstellung der Akteurslandschaft in der Lausitzer Strukturentwicklung

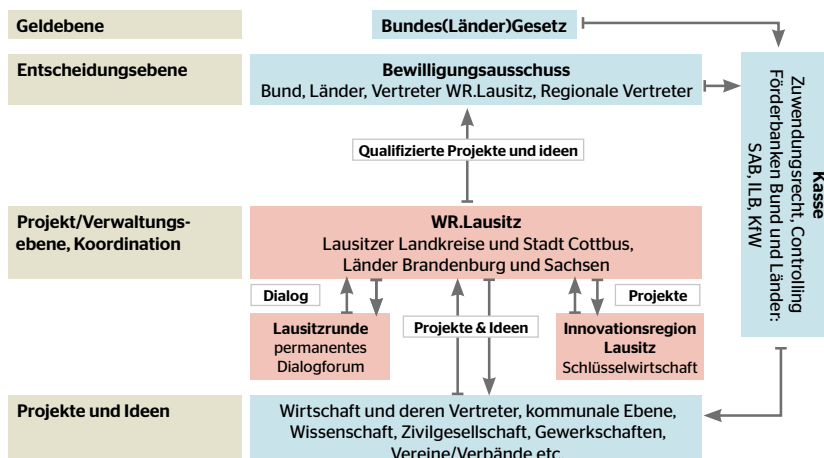


Abb. zeigt Sonderausstattungen.

DER NEUE COMBO CARGO.



Da bleiben keine Wünsche offen: Der neue Combo Cargo hat alles, was Sie von einem topmodernen Kastenwagen erwarten. Erfahren Sie, was in ihm steckt – und sichern Sie sich souveräne Unterstützung bei Ihrer täglichen Arbeit. Der neue Combo Cargo meistert gemeinsam mit Ihnen jede Herausforderung.

- bis zu 21 Fahrer-Assistenz- und Sicherheitssysteme¹
- maximale Nutzlast bis zu 948 kg¹
- bis zu 3,44 m Laderaumlänge² und bis zu 4,4 m³ Laderaumvolumen²

UNSER LEASINGANGEBOT FÜR GEWERBEKUNDEN

für den Opel Combo Cargo Edition, 1.5 Diesel, 56 kW (76 PS), Euro 6d-TEMP Manuelles 5-Gang-Getriebe

Monatsrate (exkl. MwSt.) 179,- €
(inkl. MwSt. 213,01 €)

Leasingsonderzahlung (exkl. MwSt.): 0,- €, Laufzeit: 48 Monate, Laufleistung: 10.000 km/Jahr. Angebot zzgl. 588,- € Überführungskosten (exkl. MwSt.).

Ein Angebot der Opel Leasing GmbH, Mainzer Straße 190, 65428 Rüsselsheim, für die Autohaus Hannuschka GmbH als ungebundener Vermittler tätig ist. Alle Preise

verstehen sich zzgl. MwSt. und Überführungskosten. Angebot freibleibend und nur gültig bei Vertragseingang beim Leasinggeber bis 31.12.2018. Das Angebot gilt ausschließlich für Gewerbekunden.

Kraftstoffverbrauch³ in l/100 km, innerorts: 5,1-4,7; außerorts: 4,3-3,9; kombiniert: 4,2-4,1; CO₂-Emission, kombiniert: 110-108 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007, VO (EU) Nr. 2017/1153 und VO (EU) Nr. 2017/1151). Effizienzklasse -

* www.van-of-the-year.com/winners.html

¹ Optional bzw. in höheren Ausstattungslinien verfügbar.

² Verfügbar für Combo Cargo XL.

³ Die angegebenen Verbrauchs- und CO₂-Emissionswerte wurden nach dem vorgeschriebenen WLTP-Messverfahren (Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedure) ermittelt und in NEFZ-Werte umgerechnet, um die Vergleichbarkeit mit anderen Fahrzeugen zu gewährleisten.



Autohaus Hannuschka GmbH
Gewerbestr. 03
01983 Großbräschen
Tel.: 035753/2070
www.opel-hannuschka-grossraeschen.de



Brandenburgs Ministerpräsident bei der Präsentation der Brandenburger Variante einer Struktur für die Lausitzer Akteurslandschaft am 19. November in Hoyerswerda.

Foto: Land Brandenburg

Einbezug der Ideengeber/Projektträger qualifiziert. Sind die Projekte reif für die Bewilligung, gehen Sie an den Bewilligungsausschuss. Wenn dieser die Mittel frei gibt, können diese über den Zuwendungsgeber, im Schema die Kasse, durchaus direkt an die Projektträger ausgezahlt werden. Die Kasse wiederum speist sich aus den Strukturmitteln, die über das Bundes(Länder)Gesetz in die Lausitz fließen.

Es wäre denkbar, der WR.Lausitz aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für den Entwicklungsprozess einen Aufsichtsrat und einen Beirat zur Seite zu stellen. Der Vereinfachung halber haben wir in diesem Schema darauf verzichtet.

Besser spät als nie

Die Entscheidung der Länder für die WR.Lausitz dürfte einen neuen Schwung in die Entwicklungsgesellschaft bringen. Eine Verdopplung des Personals ist angedacht. Damit verbunden ist zudem die Chance, die Bindeglieder zu den Ländern unmittelbar in die regionalen Prozesse einzubinden. Brandenburg hat mit dem Lausitzbeauftragten Dr. Klaus Freytag bereits dieses Bindeglied in der Lausitz installiert. Nun wird es Zeit, ihm ein belastbares Team zur Seite zu stellen. In Sachsen wurden im Herbst ebenso personelle Veränderungen vorgenommen. Der Chef der Wirtschaftsförderung wechselte mit neuem Aufgabengebiet direkt ins Wirtschaftsministerium: Er soll sich insbesondere um Regionen im Strukturwandel kümmern. In der sächsischen Staatskanzlei wurde parallel der Posten eines Beauftragten für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zum Strukturwandel Lausitz neu installiert. Hier bleibt abzuwarten, wie das Team zur Begleitung des Strukturwandels letztendlich aufgestellt wird – aber es wird jetzt offensichtlich eine Struktur geschaffen. Es wäre ein starkes Signal, auch einen sächsischen Lausitzbeauftragten mit einem Sitz und Team direkt in der Lausitz zu platzieren. Die von den Ländern Beauftragten könnten dann im Bewilligungsausschuss die Strukturentwicklung unmittelbar begleiten und verantworten. Auf jeden Fall ist die Verantwortung der Länder nun auch formaljuristisch direkt in den Entwicklungsprozess der Lausitz eingebunden. Besser spät als nie!

Der Zukunftsatlas

Bis in den Herbst gab es – zuletzt von Wirtschaftsinitiative und Lausitzrunde – Maßnahmen- oder Forderungskataloge aus der Lausitz. Auch hier hat der 19. November für einen Paradigmenwechsel gesorgt. Torsten Bork präsentierte an diesem Tag den frisch erschienenen Zukunftsatlas Lausitz. Auszüge finden Sie in diesem Magazin nach Seite 35. Mit diesem Katalog wurde die Perspektive aus der bislang üblichen Auflistung von notwendigen Maßnahmen verlassen und stattdessen ein verständlicher und visueller Überblick über Rahmenbedingungen und Potenziale versammelt. Das entspricht dem Plattformgedanken der WR.Lausitz und ermöglicht anhand von Fakten und absehbaren Veränderungen die Bewertung von Ideen und Projekten. So verdeutlicht eine einfache Infografik über Entwicklungsräume genau die Korridore, die für Ansiedlungen rein faktenbasiert gut aufgestellt sind. Der Zukunftsatlas hält sich dabei mit subjektiven Bewertungen zurück. Torsten Bork nennt das die „Macht des Faktischen“. Der Zukunftsatlas holt die Veränderungsdebatte zudem aus der engeren Betroffenheit des Kohleausstiegs und lässt es zu, einen Aufbruch für die Lausitz in Gänge zu betrachten. Zudem wird mit dem Zukunftsatlas die oft geforderte Einstimmigkeit gekonnt negiert. Hier kommt der

Plattformgedanke zum Tragen: Jeder Akteur kann Ideen und Maßnahmen über die Plattform WR.Lausitz einspielen, die dort anhand der Fakten qualifiziert werden können. Somit sieht sich die WR.Lausitz auch nicht als die eine Stimme und unterstützt die Akteursvielfalt vielmehr. Viele Ideen und Projekte werden als Gewinn betrachtet.

Dass die WR.Lausitz über Unternehmen Revier bereits erste Bundesmittel in die Region bringt, wird die Akzeptanz des Plattformgedankens beschleunigen. Der im Interview von Torsten Bork angekündigte Mittel- und Personalzuwachs ist ein klares Signal, dass diese Plattform auch die notwendige Leistung und Geschwindigkeit ermöglichen wird.

Den kompletten Zukunftsatlas Lausitz können Sie sich auf der Homepage der Wirtschaftsregion Lausitz in der Rubrik „Zukunftsdialog“ als PDF herunterladen.

Kohlekommission: alles nicht so heiß

Auch der Blick auf die Kohlekommission sollte nach den vergangenen Wochen etwas Entspannung zulassen. Der 41-seitige Zwischenbericht, der Ende Oktober veröffentlicht wurde, enthält in den allgemeinen Anmerkungen wirklich umfassend die Notwendigkeiten für ein Gelingen der Strukturentwicklung in der Lausitz. Er wird allerdings nur an wenigen Stellen konkret.

Michael Kretschmer während seiner Ruckrede zur Barbarafeier: raus aus der Betroffenheit!



Foto: Andreas Franke

Und wo er dies wird, wie bei den vordringlichen Maßnahmen im Infrastrukturbereich, insbesondere auf der Schiene, wird schnell die Relevanz der Kommission sichtbar. Sie unterbreitet allenfalls Empfehlungen. Trotz konkreter Priorisierung der Investitionen in die Schiene für die Lausitz tauchte selbige mit sämtlichen Verkehrswegen nicht im vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegekonzeptes des CSU-Ministers Scheuer auf. Der investiert wie Bahn-Infrastrukturchef Pofalla lieber im Süden, also da, wo die Wirtschaft schon ordentlich brummt. Die Relevanz der Kommission wurde auch deutlich, als Ende November die Verlängerung ihrer Arbeit eingeläutet wurde. Kurz vor dem avisierten Endebericht haben die Ministerpräsidenten von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt die Reißleine gezogen. Es war keine konkrete Strukturentwicklung und keine konkrete Finanzierung sichtbar – im Grunde war Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel aber der Arbeitsauftrag der Kommission. Die Verlängerung zeigt, wie wenig Konkretes in Berlin derzeit existiert, gibt der Lausitz aber die Chance, sich mit guten Ideen und guter Lobbyarbeit weiter einzubringen. Zum anderen wird klar, wie viel Zeit hier noch ins Land geht. Die Bundesregierung wird ein Jahr brauchen, sich mit den Empfehlungen der Kommission zu beschäftigen und jene, denen sie folgt, in Gesetzesform zu gießen. In diesen Prozessen kann die Lausitz weiter Dampf machen. Selbst der Kohleausstieg, den die Kommission per Datum vorschlägt, wird sich am Ende an wirtschaftlichen Realitäten um Versorgungssicherheit und Netzstabilität ausrichten müssen. Hier ist sicher interessant, was im Kommissionsbericht steht – aber es wird sicher nicht das letzte Wort sein.

Institute & Batteriefabrik

Indes kommen aus Berlin die ersten positiven Signale, deren Potenziale und Perspektiven in der Lausitz viel deutlicher werden müssen. Dazu zählen in erster Linie die Zusagen für Mittel zur Ansiedlung von Forschungsinstituten.

So stellte der Haushaltsausschuss des Bundestags am 8. November 85,5 Millionen Euro für den Ausbau der Fraunhofer Gesellschaft an den Standorten Cottbus und Jülich zum Aufbau eines neuen Instituts für Energieinfrastruktur und Geothermie sowie 57,5 Mio. Euro für ein neues DLR-Institut für CO₂-arme Industrieprozesse an den Standorten Cottbus und Zittau/Görlitz zur Verfügung. Der Effekt des Fraunhofer-Instituts ist ungewiss, zumal die abschließende Standortentscheidung für die jeweiligen Themen und Anteile die Fraunhofer-Gesellschaft selbst trifft. Da sich Fraunhofer-Institute aus der Einwerbung von Drittmitteln finanzieren, hat die strukturschwache Lausitz naturgemäß schlechtere Karten. Anfang Dezember folgte mit der Finanzierungszusage für ein Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) am Standort Cottbus ein weiterer kleiner Baustein. Für das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Fraunhofer-Institut für Speichertechnologie, um das sich auch die Lausitz beworben hat, scheint noch keine Standortentscheidung gefallen zu sein. Für die Lausitz wäre es allerdings hilfreicher, wenn die Bundesregierung die Rahmenbedingungen der Region stärker berücksichtigt und stattdessen ein Helmholtz-Institut installiert, dass nicht von Drittmitteln und Veränderungen politischer Rahmenbedingungen abhängig ist.

Mit dem heiß diskutierten Thema Batteriefabrik hat die Lausitz aktuell die Chance, sich tatsächlich für ein neues industrielles Cluster mit zentraler Wirkung für eine Strukturentwicklung zu qualifizieren. Die Initiative #WelcomeTesla hat eine Offenheit und breite gesellschaftliche Unterstützung organisiert, sowohl für eine deutsche als auch eine europäische Batteriefabrik wurde die Lausitz in der Folge ins Spiel gebracht. Hier könnte man ein klares Zukunftsfeld sowohl in den Endbericht der Kohlekommission als auch in alle Bestrebungen auf Landes- und Bundesebene tragen. Sicher ist ein Referenzkraftwerk in Schwarze Pumpe interessant, im Potenzial aber nicht mit den Chancen eines industriellen Clusters im Nukleus aus Forschung und Entwicklung in einem Institut für Speichertechnologie und Fertigung in (einer) Batteriefabrik(en) zu vergleichen.

Fazit

Die Lausitz hat jetzt die Chance zum Aufbruch. Wir sollten den Anlass des Kohleausstiegs für die Region endlich positiv verkaufen. In Berlin ist angekommen, dass die Lausitz vor besonderen Herausforderungen steht. Hier muss sicher weiter intensiv argumentiert werden. Aber es wird nun wichtig, nach innen Zukunftssignale abseits der Betroffenheit zu kommunizieren und die Menschen mit konkreten Themen mitzunehmen. Die Initiative #WelcomeTesla hat gezeigt, wie das funktionieren kann. Genau mit solchen Themen kann die Lausitz einen Anlass und eine damit verbundene Sonderrolle nutzen, konkrete Dinge einzufordern, die sonst nie in der Lausitz stattfinden würden. Die Lausitz sollte nach innen die Perspektive wechseln: wir brauchen mehr positive Grundstimmung! Das hat Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer auf einer Rückrede auf der Barbarafeier am 4. Dezember in Cottbus auch deutlich gemacht. Nachdem seine Vorredner die politischen und medialen Entwicklungen um die Lausitz beklagten, machte er klar: Die Lausitzer können stolz auf ihre Region sein. Die Menschen machen gute Arbeit, die Region ist im Fokus, es wurde viel bewegt. Jetzt muss auch mal positiv in die Zukunft geschaut werden. Der Applaus bewies, dass die Lausitz genau das braucht: raus aus der Betroffenheit, den Aufbruch wagen! ☒



Einfach durchstarten: Jetzt umsteigen und 3.500 € sichern.

Der SEAT Ateca mit Umwelt- Prämie¹.

Trenne dich jetzt von deinem Diesel (EU 1 bis EU 4) und sichere dir 3.500 € Umwelt-Prämie¹ beim Kauf eines neuen SEAT Ateca.



¹Die SEAT Deutschland GmbH, Max-Planck-Straße 3–5, 64331 Weiterstadt, gewährt bei Kauf oder Finanzierung/Leasing eines neuen SEAT Fahrzeugs (einschließlich CUPRA) mit Schadstoffklasse EU6AG, EU6AD oder EU6BG ab dem 18.10.2018 bis auf Weiteres eine Umwelt-Prämie in Höhe von bis zu 8.000 € (modellabhängig), wenn der Kunde gleichzeitig oder bis spätestens drei Monate nach Zulassung seines neuen SEAT Fahrzeugs durch Vorlage eines entsprechenden Verwertungsnachweises die Verschrottung eines Pkw mit Dieselmotor eines beliebigen Herstellers belegt, für den die Abgasnorm Euro 1, Euro 2, Euro 3 oder Euro 4 gilt. Die Inanspruchnahme der Umwelt-Prämie ist dabei an bestimmte weitere Voraussetzungen geknüpft, über die Sie sich bei Ihrem SEAT Partner oder im Internet unter www.seat.de/umweltpraemie informieren können. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

Autohaus Klonowski GmbH
Freienhufener Str. 19, 01983 Großräschen
Güterbahnhofstr. 31, 01968 Senftenberg

„Wir müssen aus der Betroffenheit heraus“

Interview mit Torsten Bork, Geschäftsführer der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH



Thorsten Bork, Geschäftsführer der WR.Lausitz im Gespräch mit Jens Taschenberger, Herausgeber des Lausitz Magazins.

Seit 1. September 2018 hat die zentrale Plattform für die Strukturentwicklung der Lausitz einen neuen Kopf. Torsten Bork ist mit Erscheinen dieses Magazins gut 100 Tage im Amt. Zeit für eine kleine Zwischenbilanz und einen Ausblick.

Sie sind knapp 100 Tage im Amt, wie fällt Ihre Bilanz aus?

Ich habe viele engagierte Menschen kennen gelernt und sehr viele Gespräche geführt. Der Wandel in der Lausitz wird hochemotional angegangen. Mir ist aufgefallen, dass die Vorsicht und Skepsis der Beteiligten untereinander stark ausgeprägt ist. Das Austarieren von Interessen, Wünschen und Haltungen ist sehr anspruchsvoll. Das betrifft das Verhältnis zwischen Ober- und Niederlausitz, zwischen Region und Ländern, der Landkreise untereinander und der betroffenen Städte und Gemeinden zu ihren Landkreisen, und dann kommen noch Verwaltungen und politische Akteure hinzu. Dieser Interessensausgleich kostet Zeit und Kraft. Bei 60 bis 70 Stunden-Arbeitswochen habe ich je Monat fünf- bis sechstausend Kilometer zurückgelegt. Die Führung der Gesellschaft mit Themen wie Organisation, Personal und Finanzen sowie die Außenwirkung der Lausitz über die Region hinaus sind weitere Ebenen, auf denen viel zu tun war. Nach 100 Tagen sieht meine Bilanz positiv aus, die Lausitz hat die Chance auf einen neuen Aufbruch.

Was waren Ihre ersten Schritte?

Mein erster offizieller Termin galt Christine Herntier als Sprecherin der mandatierten Lausitzrunde, der zweite Landrat Michael Harig in Bautzen. Selbst wenn Bautzen noch nicht Gesellschafter der WR.Lausitz ist, verrete ich die Interessen des Landkreises mit. Die Lausitz ist ohne Bautzen nicht denkbar, und ich bin überzeugt, dass der Landkreis in Kürze formaljuristisch Teil der WR.Lausitz wird. Zu den ersten Schritten zählte ebenso die Installation von Bindegliedern zu Ländern und EU. Da künftig Personen in Dresden, Potsdam, Berlin und Brüssel über uns entscheiden, die manchmal nicht viel oder nur sehr wenig über uns wissen, habe ich sofort nach meinem Antritt Büros in den Landeshauptstädten Dresden und Potsdam eröffnet. Ein Verbindungsbüro in Brüssel wird gerade aktiviert.

Die Wirtschaftsregion galt hinter den Kulissen durch das ewigwährende Ringen um eine neue Führung fast schon als Rohrkrepierei, hat das Ihren Start erschwert?

Nein. Wenn sie im freien Training bei der Formel 1 das schnellste Auto hatten und dann aus Versehen im Fahrerlager zu schnell fahren, werden sie bestraft und müssen von hinten starten. Diese Situation habe ich vorgefunden und sie hat mich

nicht erschreckt. Ich bin das ruhig, sachlich, aber auch mit einer gewissen Sturheit angegangen. Für mich sind Kooperation, Partnerschaft und der Plattformgedanke die zentralen Positionen gewesen, um die anderen mit auf eine Reise zu nehmen.

Sie wurden zur Begrüßung in der Tageszeitung als „neuer Kopf der Lausitz“ bezeichnet – braucht die Lausitz Ihres Erachtens einen charismatischen Führungsspieler oder einen guten Trainer?

Eine charismatische Führungsperson kann Vorteile haben, das bin ich aber nicht. Ich habe mich immer als Teamplayer verstanden. Die Lausitz braucht meines Erachtens eine Persönlichkeit, die unbefangene Dinge zusammenbringen kann. Diesen Vorteil hatte ich als Außenstehender und diese Eigenschaft gehört zu meinen Fähigkeiten und Kompetenzen.

War die fehlende regionale Vernetzung in der Lausitz für Sie ein Hemmnis?

Die hat nicht gefehlt, Ich habe vorher schon aktiv in Brandenburg und Sachsen und insbesondere im Vermischungsraum der beiden Länder gearbeitet. Viele Kontakte und Gesprächspartner waren vorhanden, auch in Berlin, Dresden und Brüssel. Insofern habe ich ein großes Netzwerk mitgebracht, und das hilft heute sehr.

In der Lausitz wird noch immer über ein strukturelles Wirrwarr geredet, wie ist Ihre Wahrnehmung?

Ich bin vom breiten Engagement der Lausitzer begeistert. Es hat jemand 111 Akteure gezählt. Beim Blick auf die Herausforderungen kann es doch nicht genug Akteure geben! Die oft geforderte „eine Stimme“ ist mir ohnehin ein Rätsel. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Stimme 111 Akteuren sagt, was sie zu tun und zu lassen haben. Wichtig sind allerdings gemeinsame Regeln. Mir gefällt das Bild vom Tauziehen, wenn alle anpacken und in die gleiche Richtung ziehen. Wir müssen also für gleiche Ziele sorgen, dann ist jeder weitere Akteur ein Gewinn – und dafür ist die WR.Lausitz die geeignete Plattform.

Erst im November haben sich die Länder Brandenburg und Sachsen klar zur WR.Lausitz als zentraler Entwicklungsstruktur für die Region bekannt, warum hat das solange gebraucht?

Wenn man Dinge einmal laufen lässt, ist es schwer, sie wieder einzufangen. Hier wurden sicher Fehler gemacht. Aber die Fakten liegen jetzt auf der Hand. Wenn man den Entscheidungen und dem Geld folgt, das in die Region kommen soll, kann es keine andere Führungsstruktur geben. Es ist gut, dass das nun auch ausgesprochen ist. Damit sind auch Konstrukte wie eine Lausitz AG vom Tisch. Wir haben die Chance, den gesamten Raum Lausitz in der Entwicklung neu zu denken.

Aufgrund der oft problematisch geführten Debatte in der Lausitz sind viele Unsicherheiten entstanden, junge Menschen verlassen die Region wieder. Gibt es nach unzähligen Foren und Gesprächsrunden konkrete Entwicklungen und Aussicht auf zählbare Erfolge?

Wir müssen aus der Gefangenheit der Betroffenheit heraus. Der Braunkohleausstieg ist nicht der Grund, über die Zukunft der Lausitz nachzudenken, sondern der Anlass. Wir haben dazu mehr Zeit, als uns oft Glauben gemacht wird. Die Perspektiven für nachfolgende Generationen, für junge Menschen, für Kinder und Enkelkinder sind jetzt natürlich das A und O. Wir müssen die Menschen hier halten oder wieder zur Rückkehr bewegen. Es gibt aktuell viele Projekte, die bereits laufen. Sie bewegen sich meist im Bereich der Infrastruktur und sind rational nur kleine Anker, um Menschen hier zu halten. Aber die Ankündigung wissenschaftlicher Ansiedlungen im Bereich von Fraunhofer Instituten sind ein Schritt. Der sächsische Ministerpräsident denkt über einen gesonderten Fonds nach, um Projekte der Zivilgesellschaft zu fördern und so den Kitt der Gesellschaft zu verstärken. Wir müssen uns stärker als Schicksals- und Hoffnungsgemeinschaft und den Wandel als große Chance verstehen.

Sie haben aktuell einen Zukunftsatlas vorgelegt, braucht die Lausitz noch ein weiteres Papier?

Die Lausitz befindet sich auf einem Weg, Klarheit über die Chancen in den nächsten zehn bis 30 Jahren zu erlangen. Dazu betrachten wir den gesamten Wirtschaftsraum. Wenn man die Betroffenheit einmal zur Seite packt, kann man sich Veränderungen der Rahmenbedingungen und Konsequenzen infolge des Kohleausstiegs anschauen und daraus Potenziale und Perspektiven ableiten. Dann erkennt man, wo andere Hotspots entstehen und welche Zentren, Städte und Gemeinden neue Aufgaben übernehmen können. Pendler und Arbeitszahlen werden sich ändern. Wo heute 1.000 Menschen in der Kohle arbeiten, wird kaum nahtlos eine neue Fabrik mit gleichem Personalbedarf und ähnlicher Bezahlung entstehen. Deshalb haben wir mit unserer Zukunftswerkstatt zuerst Zahlen und Fakten zur Lausitz aufbereitet und nun mit dem Zukunftsatlas eine Diskussionsplattform über die Zukunft der Lausitz mit wichtigen Beziehungen zwischen Räumen, Menschen und Wirtschaft erstellt. Inzwischen ist klar, dass es bei der Größe der anstehenden Veränderungen nicht hilft, Tabellen mit Maßnahmen übereinander zu legen. Eine Summe von Papieren und Maßnahmen ist kein Lausitz-Plan. Wir müssen die Lausitz als Ganzes verstehen, ein Entwicklungskonzept mit einem Umsetzungsplan erstellen. Dazu liefert der Zukunftsatlas die Basis.

Es gab bis zuletzt Forderungskataloge anderer Akteure – was macht Sie zuversichtlich, Akteure wie die Innovationsregion und die mandatierte Lausitzrunde in eine Struktur einbinden zu können?

Ich kümmere mich vorrangig eher nicht um andere Papiere und Dinge, die aus einer gewissen Betroffenheit erstellt wurden. Mir ist es wichtiger, für eine gemeinsame Bewegung zu sorgen. Ich mache hier das Angebot, die WR.Lausitz als Plattform zu nutzen. Es wird niemand „eingebunden“ oder vereinnahmt. Ich bin aber zuversichtlich, dass sich ein Schulterschluss ergibt. Die WR.Lausitz ist die Plattform, die Projekte und Ideen auf Basis einer Gesamtbeachtung der Lausitz für eine Förderung bzw. Finanzierung qualifiziert. Es macht also für alle Akteure der Lausitz Sinn, die Einladung zur Zusammenarbeit mit der WR.Lausitz zu nutzen.

Oft wurde gesagt, der Lausitz läuft mit Blick auf die Kohlekommission die Zeit davon – teilen Sie diese Einschätzung?

Ich wünsche mir oft mehr Klarheit zur Strukturkommission. Man muss auch sehen, was sie nicht ist. Sie ist kein Damoklesschwert, das über uns schwebt. Sie wird am Ende Empfehlungen geben. Dann werden wir ca. zehn bis 14 Monate erleben,

in denen die Bundesregierung einzelnen Empfehlungen folgen und ihnen Gesetzeskraft verleihen wird. Das ist ein Zeitraum, in dem man sehr intensiv Lobbyarbeit betreiben wird. Das Feinjustieren des Kohleausstiegs ist zudem von Parametern wie der Versorgungssicherheit und der Netzstabilität abhängig. Es wird kein kalter Ausstieg. Wir werden genügend Geld und Zeit zur Verfügung haben. Deshalb werden wir den Leitbildprozess in Ruhe entwickeln und daraus die richtigen Maßnahmen ableiten. Nehmen wir das doch zum Anlass, es als Riesenchance für einen Aufbruch der Lausitz zu sehen.

Die Wirtschaftsregion hat mit dem Regionalen Investitionskonzept in kurzer Zeit ein erstes Förderprojekt des Bundes umgesetzt, ist das als Trainingslager für größere Aufgaben zu verstehen?

Es ging vor allem darum, schnell ein Zeichen zu setzen. Wir haben es als Möglichkeit genommen zu zeigen, dass wir in der Lausitz mit solchen Dingen umgehen können. Wir waren schneller als die anderen Reviere. Im nächsten Jahr sollen die Mittel des Förderprojekts auf der Plattform der WR.Lausitz verdoppelt werden. Ich rechne auch mit Personalaufwuchs. Aktuell sind wir 15 bis 20 Leute – demnächst werden rund 40 bis 50 Leute im Team sein. Wir sitzen in Cottbus, Bad Muskau, Dresden und Potsdam. Mit zunehmenden Aufgaben wird auch die Struktur wachsen und das wird man wahrnehmen.

Was sind ihre großen Erwartungen an das nächste Jahr?

Ich bewerte die Möglichkeiten der künftigen europäischen Zukunfts- und Modellregion Lausitz bedeutend höher als die Risiken. Wir werden mit einem strategischen Entwicklungskonzept samt Umsetzungsplanung und dem Leitbildprozess entscheidend vorankommen. Eine große Herausforderung bleibt das Austarieren der Interessen. Ich möchte die Plattform WR.Lausitz weiter stärken, mit neuen Gesellschaftern wie den beiden Bundesländern und Konstruktionen, die weitere wichtige Akteure berücksichtigen. Ich lade alle zu partnerschaftlicher Kooperation ein. Das betrifft insbesondere die Akteure der mandatierten Lausitzrunde. Sie haben auf bewundernswerte Weise zu einer Zeit Verantwortung übernommen, als sich viele andere weggeduckt haben. Diese Beteiligung möchte ich in Partnerschaft mit der WR.Lausitz gern beibehalten und kann mir ein permanentes Dialogforum Lausitzrunde vorstellen. Dieser Blick der direkt Betroffenen ist im Prozess sehr wichtig.

Vielen Dank für das Gespräch.



Foto: Rainer Weisflog / LEAG

Reviertransfer Lausitz

Die Einleitung zu dieser Rubrik, in der die Veränderungsprozesse der Lausitz transparent aufbereitet und begleitet werden sollen, könnte man mit Blick auf die letzten Ausgaben des Lausitz Magazins duplizieren. Nach wie vor sorgt die Parallelität vieler Akteure in der Lausitz für eine enorme Flut an Terminen, Papieren und Ideen. Erste Debatten in der Strukturkommission machen währenddessen deutlich, dass einheitliche Lausitzer Positionen immer wichtiger werden. Mit diesem Herbst kann die Lausitz aber endlich auf ein neues Führungsduo bauen – und damit auf die seit geraumer Zeit angemahnte Bündelung der Aktivitäten.

Gleichzeitig muss die Lausitz in diesem Herbst die erste schwere Bergwertung in ihrem erneuten Strukturumbruch meistern. Spätestens im November will die Strukturkommission ihre Pläne für die Strukturentwicklung der deutschen Kohlereviere verkünden, damit sie Angela Merkel in der Folge mit einem Kohleausstiegsdatum als Alibi für die UN-Klimakonferenz Anfang Dezember in Katowice ausstatten kann. Quasi als Last-Minute-Held hat die Wirtschaftsregion Lausitz mit dem Potsdamer Politik- und Unternehmensberater Torsten Bork nach eineinhalb Jahren Suche endlich den neuen Kopf gefunden, der für eine Bündelung der Lausitzer Interessen entscheidend sein kann. Maßgeblich werden dabei sicher zwei schnell zu schaffende Grundlagen sein: die Stärkung der Wirtschaftsregion Lausitz durch ein Bekehren des Landkreises Bautzen, endlich ebenso Verantwortung als Gesellschafter

zu übernehmen. Und die schnelle Bündelung der Lausitzer Akteure als gemeinsamer Kraftakt mit den Lausitzbeauftragten Brandenburgs und Sachsens, wobei Klaus Freytag für die Brandenburger Seite sicher operativ viel näher an den Prozessen ist und hier das Verständnis eines Führungsduos aus Bork und Freytag diesen Part mit Blick auf die notwendige Geschwindigkeit am ehesten erfolgreich gestalten könnte. Dass die Lausitz in beiden Bereichen dringend mehr Geschwindigkeit aufnehmen muss, ist im Grunde allen Entscheidungsträgern seit über einem Jahr klar.

Es gibt andererseits aber auch Ereignisse, die der Lausitz jetzt in die Hand spielen können. Dazu zählen sicher neue Entwicklungen in Sachen Energieträger Braunkohle und Energiewende, ebenso aber sichtbare Fehlentscheidungen von Bund und Ländern in der jüngsten Vergangenheit. Die Vergabe der Bundesverkehrsbehörde

nach Leipzig, die Nichtvergabe des Brandenburger Landesrechnungshofes in die Lausitz, die Grundsteinlegung eines Bosch-Werkes in Dresden – all das sind Seitenhiebe auf die versprochene strukturelle Stärkung der Lausitz. Wir zeigen mit einer Idee auf, wie Bund und Länder es tatsächlich einfach mit nur drei Entscheidungen richten könnten. Auch wenn der große Wurf nicht klappt – der Strukturkommission und dem Berliner Politikbetrieb führen wir in diesem Reviertransfer ebenso Fakten auf, die ersichtlich machen sollten, wo die Notwendigkeiten in der Lausitz liegen und was ein nachhaltiger Plan für die Lausitz tatsächlich umfassen muss. Wichtig ist der nicht nur für eine langfristige wirtschaftliche Perspektive, sondern inzwischen noch viel mehr für eine Stärkung der demokratischen Strukturen in einer Region, die ohne klares Signal spätestens im kommenden Wahljahr der AfD anheimfallen dürfte.

1. Regionale Entwicklungen

Im Sommer erlebte die Lausitz ein wahres Schaulaufen der Bundespolitik. Erst kam Wirtschaftsminister Peter Altmaier nach Schwarze Pumpe, dann entdeckte Andrea Nahles die Lausitz erstmals auf zwei Stationen für sich, zuerst bei der Lausitzrunde in Welzow und dann beim Gespräch mit LEAG-Betriebsräten in Kausche. Schließlich folgte Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz mit einem Besuch in Jänschwalde. Parallel besuchte Angela Merkel in der sächsischen Lausitz den Industriestandort Neukirch. Es gab viele warme Worte und wie gewohnt wenig Konkretes. Lediglich Peter Altmaier verstieg sich zu einem Zitat, das ihm in den kommenden Wochen sicher noch oft entgegengehalten wird: Kein Industrijob im Lausitzer Revier soll verschwinden, bevor ein neuer geschaffen ist.

Steht die Lausitz nun im Fokus der Bundespolitik? Verfolgt man die Gespräche in Berlin, kann dort noch kein grundlegender Erkenntnisgewinn ausgemacht werden. Zwar wird viel über die Lausitz gesprochen und auch Lausitzer kommen z.B. in der Strukturkommission zu Wort, aber real hat sich dadurch kaum etwas verändert. Das, was den Berliner Politikbetrieb am stärksten aufhorchen lässt, ist die Angst vor der AfD, hinter den Kulissen salopp auch schon als „blaue Pest“



„Kein Industrijob im Lausitzer Revier soll verschwinden, bevor ein neuer geschaffen ist.“

*Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier
Schwarze Pumpe, 25.6.2018*

bezeichnet. Das Schaulaufen der Bundespolitik in der Lausitz kann mit Blick auf die Landeswahlen Brandenburgs und Sachsens im kommenden Jahr also auch in diesen Zusammenhang gebracht werden.

In der Lausitz lässt das vielfache Engagement währenddessen nicht nach. Zum Septemberbeginn war Ministerpräsident Woidke mit Journalisten auf Tour durch die Bergbausanierung in der Lausitz, um innovative Lösungen für eine mögliche Strukturentwicklung zu präsentieren. Zur Septemtermite hat sich mit der Domo-wina nun auch die Interessenvertretung der Sorben gemeinsam mit der BTU im Rahmen einer zweitägigen Konferenz zum Strukturwandel zu Wort gemeldet. In der zweiten Oktoberwoche soll fast gleichzeitig die Strukturkommission des Bundes und die SPD-Landtagsfraktion Brandenburgs in der Lausitz tagen. Gespannt darf

man vor allem auf den erstmaligen Besuch der Strukturkommission sein, der ursprünglich zwei Tage währen sollte, nun aber auf einen Tag gekürzt wurde. Zuviel Lausitz will sich die Runde dann offensichtlich doch nicht zumuten.

Auch die Flut der Papiere aus der Lausitz lässt nicht nach. Die Lausitzrunde hat ein vierseitiges Schreiben als aktualisierten Forderungskatalog an die Strukturkommission übergeben. Die Wirtschaftsinitiative Lausitz hat ihre Sicht zu den Erfordernissen der Strukturentwicklung ebenso in einem vierseitigen Positionspapier an die Bundespolitik weitergegeben.

Da die Bündelung der Lausitzer Aktivitäten nach wie vor aussteht, betrachten wir im nun schon gewohnten Überblick das aktuelle Geschehen bei den wichtigsten Akteuren:

Die Wirtschaftsregion

Mit der Wirtschaftsregion verbinden sich seit dem 1. September die größten Hoffnungen für die notwendige Einstimmigkeit der Lausitz, gleichzeitig aber auch die größten Herausforderungen.

Der Hoffnungsschimmer wurde der Lausitz mit Politik- und Unternehmensberater Torsten K. Bork aus Potsdam entsandt. Nach eineinhalb Jahren, zwei vergeblichen Ausschreibungen und einem scheinbar endlosen Gezerre unter den Gesellschaftern konnten sich die fünf Landkreise und Cottbus endlich auf einen neuen Kopf für die Lausitz einigen. Es kann dabei nicht schaden, dass ein Netzwerker mit einem gesunden Blick von außen und exzellenten Verbindungen nach Potsdam, Berlin und Brüssel gefunden wurde. Zu seinem 50. Geburtstag vor drei Jahren gaben sich immerhin vier Landesminister die Klinke in die Hand. Zudem hat Bork in seiner Selbständigkeit mit Büros in Potsdam, Berlin und Brüssel bereits Strukturen an den für die Lausitz neutralen Punkten aufgebaut. Lediglich Dresden muss er diesem Netz hinzufügen. Dass er einen Sack Flöhe hüten kann, beweist seine zwölfjährige Präsidentschaft in Brandenburgs größtem Sportverein mit 30

Sportarten. Das lässt für die Bündelung der Lausitzer Strukturen hoffen, die manchmal ähnlich verschiedenen Sportarten anmuten, die um die Gunst des Publikums konkurrieren und buhlen. Gegenüber dem Lausitz Magazin gab er eine klare Ansage: „Ich habe mich mit Haut und Haar der Lausitz verschrieben“. Eine Sechs-Tage-Woche für die Lausitz plant er strategisch inklusive einer wechselnden Präsenz an den entscheidenden Orten: Cottbus, Potsdam, Dresden und Brüssel. Die Lausitz soll an diesen Orten künftig nicht nur zu Besuch sein, sondern eine dauerhafte Repräsentanz erhalten. Nur wer vor Ort ist, spielt vorn mit. Bei seinem Start am 1. September als Geschäftsführer der Wirtschaftsregion setzte er auch die richtigen Akzente. Seine ersten Besuche sollen der Lausitzrunde und dem Landkreis Bautzen gelten. Damit hat er erkannt, welche Akteure zuallererst für eine Bündelung der Lausitzer Interessen eingefangen werden müssen.

Damit beinhaltet die Hoffnung auch die erste große Herausforderung: Der Landkreis Bautzen muss sich endlich zur Wirtschaftsregion Lausitz bekennen. Während von offizieller Seite derzeit

diplomatisch formuliert wird, dass man die Bautzener von den Vorzügen dieser Struktur für die Lausitz überzeugen und sie mit Argumenten gewinnen müsse, würde Klartext manchmal besser tun. Der Landkreis Bautzen erweist der Lausitz mit seiner Hängepartie seit Monaten einen Bärendienst in ihrer Aufstellung für die Strukturentwicklung, in ihrem Kampf um einen erfolgreichen Transfer der Industrieregion. Es ist endlich an der Zeit, in Bautzen innersächsische Befindlichkeiten personeller oder struktureller Art über Bord zu werfen und die Region nicht länger zu schwächen. Nicht nur dem viel stärker betroffenen Norden des Landkreises schadet das zögerliche Verhalten der Bautzener mit zunehmender Dauer immer mehr, sondern der gesamten Region. Die Lausitz muss sich jetzt mit einer enormen Geschwindigkeit für die Strukturentwicklung aufstellen, die ganz sicher auch zu einem Wettbewerb der Regionen wird. Bis Ende dieses Jahres muss klar sein, was die Region von Bund und Ländern erwartet und womit sie den Transfer der Industrieregion bewältigen möchte. Da interessiert sich kein Politiker oder Investor von außen für die ☺

Nieder- und Oberlausitz oder für Eitelkeiten auf Nebenschauplätzen. Wenn die Region im internationalen Wettbewerb eine Chance haben will, sollte sie sich endlich gesamtheitlich als Lausitz aufstellen.

Auf der operativen Ebene können aktuell vor allem zwei Projekte unter dem Dach der Wirtschaftsregion Impulse für die Lausitz liefern. Mit dem Regionalen Investitionskonzept (RIK) hat das Cottbuser Team um Norman Müller die zeitlich sehr eng gesetzten Hürden für das zentrale Investitionsvorhaben des Bundes in die vom Wandel betroffenen Reviere bislang sehr gut genommen. Hier war das Lausitzer Team sogar schneller als die Rheinländer. Mit Blick auf die angedeuteten 1,5 Milliarden Euro Unterstützung des Bundes rechnet Norman Müller allein über das RIK mit einem möglichen Volumen von bis zu 450 Millionen Euro für die Lausitz. Als zweites Vorhaben sollen im GRW-Projekt Zukunftswerkstatt Lausitz neue Perspektiven im Rahmen einer länderübergreifenden Regionalentwicklung in der Lausitz erarbeitet werden. Während das RIK deutlicher projektbezogen arbeitet, war bei der Zukunftswerkstatt anfangs von einem breit angelegten Leitbildprozess die Rede. Im Frühsommer veröffentlichte sie als Bestandsaufnahme eine Zahlen- und Faktensammlung zur Lausitz. Diese ist als Broschüre auch auf der Homepage der Wirtschaftsregion abrufbar (im Bereich Zukunftsdialog, unter Zukunftswerkstatt). Leitbild und Entwicklungsstrategie sollen bis Ende 2020 erarbeitet werden – es bleibt fraglich, ob dieser langwierige Prozess der Lausitz mit Blick auf die schnellen Entscheidungen des Bundes tatsächlich helfen kann. Die Entkopplung der



Am 1. September begrüßte Harald Altekrüger, Landrat Spree-Neiße, den neuen Geschäftsführer der Wirtschaftsregion Torsten K. Bork zum ersten Arbeitstag in der Lausitz.

Zukunftswerkstatt von der Cottbuser Zentrale lässt Reibungsverluste erahnen, die der notwendigen Aufnahme von mehr Geschwindigkeit eher entgegenstehen. Auch

hier bleibt abzuwarten, ob der neue Kopf sowohl die externen Akteure als auch die interne Struktur sinnvoll ausrichten kann.



Torsten Bork – der neue Kopf der Lausitz

Torsten K. Bork ist waschechter Potsdamer. Am 25. Januar 1965 in Potsdam geboren, studierte er Anfang der 1990er Jahre Wirtschafts- und Sozialwissenschaft an der FU Berlin. Nach der Wende begann er mit dem Aufbau und der Entwicklung seiner Unternehmensgruppe Bork & Partner, mit der er als selbstständiger Politik- und Unternehmensberater Büros in Potsdam, Berlin und Brüssel unterhält. Er engagierte sich als universitärer Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam und der Freien Universität Berlin und nimmt ausgewählte Verwaltungs- und Aufsichtsratsmandate wahr. Dazu zählt die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Land Brandenburg Lotto GmbH, deren stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender er seit 2006 ist. Er ist vierfacher Familienvater und engagiert sich seit zwölf Jahren als Präsident des Sport Club Potsdam e.V., Brandenburgs größtem Sportverein mit fast 5.000 Mitgliedern und 30 Sportarten. Torsten K. Bork spricht deutsch, englisch und russisch. Er lebt mit seiner Frau Antje Bork und den vier Kindern in der Waldgemeinde Wilhelmshorst bei Potsdam.

IHK Cottbus

... unterstützt beim Ausbau der Geschäfte im Ausland!

Viele Südbrandenburger Unternehmen exportieren bereits erfolgreich ins Ausland. Dabei nutzt ein Großteil die geförderte Unterstützung der Industrie- und Handelskammer Cottbus, wie zum Beispiel:

■ Fit ins Ausland – individuelle Beratung

Wir nehmen bei diesem Programm Ihr Potenzial für internationale Märkte unter die Lupe und helfen bei den ersten Schritten in neue Märkte.

■ Unternehmerreisen – internationale Vernetzung

Vom 10.-16.11.2018 reisen wir z. B. mit Unternehmen nach Kanada, erkunden den Markt und stellen Kontakte mit potentiellen Geschäftspartnern her.

■ Firmengemeinschaftsstände – internationale Messen

Wir begleiten Sie auf die AERO, Hannover Messe, WindEnergy Hamburg und HUSUM Wind Messe.

Können wir auch Sie ins Ausland begleiten oder haben Sie weitere Fragen? Melden Sie sich bei uns!

Kontakt: Paul Smerda | IHK Cottbus

Telefon: 0355-365-1312 | E-Mail: smerda@cottbus.ihk.de

Weitere Informationen
finden Sie online:

Fit ins Ausland
www.cottbus.ihk.de/fit-ins-ausland

Unternehmerreisen: z. B. Kanada
www.cottbus.ihk.de/kanada

Geförderte Messestände
www.cottbus.ihk.de/messen



Industrie- und Handelskammer
Cottbus

www.cottbus.ihk.de

Die Innovationsregion

Hans Rüdiger Lange hebt mit seinem Team nach wie vor Innovationspotenziale in der Lausitzer Schlüsselwirtschaft. Derzeit arbeitet er mit seinem Team vor allem an drei Projekten intensiv.

Wir hatten bereits berichtet, dass die Innovationsregion zwei Anträge für die erste Runde des WIRI-Projektes aufbereitet hatte. Einer dieser Anträge ist noch im Rennen und hat nach der ersten Hürde im Frühjahr 200.000 Euro zur weiteren Qualifizierung bis Ende Oktober erhalten. Dieser Antrag zum Themengebiet der Industrieautomatisierung betrifft ein Firmennetzwerk mit Größen wie Siemens, ABB und LEAG, das in den vergangenen Monaten aber weiter vernetzt und mit Projekten angereichert wurde. Unter anderem sind Unternehmen aus dem Straßenbau und die im vergangenen Lausitz Magazin vorgestellte

KIT GmbH hinzugekommen. Lange sieht sich gut für die nächste Runde gerüstet, in der eine Jury aus 32 aktuell noch im Rennen befindlichen Anträgen nur noch zwölf für die letztendliche Förderung auswählt. Derzeit laufen viele Gespräche auch mit Konzernzentralen im Westen, um die notwendigen Eigenmittel darzustellen. Im Erfolgsfall wird eine Förderung in Höhe von 5-10 Millionen Euro gewährt. Sollte dieses Projekt durchkommen, wäre schon allein damit die Investition in die Innovationsregion mehr als gerechtfertigt.

Viel Kraft geht aktuell auch in die Zusammenarbeit für den Berliner Politikbetrieb, insbesondere für die Arbeitsgruppen rund um die Strukturkommission. Hier leistet die Innovationsregion viel Sacharbeit für die Lausitz und füttert Entscheidungsträger mit den richtigen Fakten.

Ein drittes Projekt greift weiter in die Zukunft. Im August erhielt Hans Rüdiger Lange eine Honorarprofessur an der BTU Cottbus-Senftenberg und wird den Studierenden nun als Gastdozent Unternehmertum erlebbar machen. Ein weiteres Kooperationsprojekt der Innovationsregion mit dem Lausitz Magazin setzt noch früher an und erarbeitet ein Konzept, in dem Unternehmertum für Schüler erfahrbar gemacht werden soll. Es geht in beiden Projekten darum, den Nachwuchs der Region so früh wie möglich mit Erfahrungen der Selbständigkeit vertraut zu machen und unternehmerische Erfahrungen zu verankern. Die Lausitz weist einen Mangel an diesen Erfahrungen auf, die für künftige Generationen aber oft der entscheidende und nachvollziehbare Antrieb zu eigenem Risiko und eigenen Unternehmungen sind.

Die Universität

Die BTU Cottbus-Senftenberg ist als Akteur eigentlich in der Innovationsregion verankert, erfährt aufgrund des Verlustes ihres Präsidenten durch dessen Ernennung zum Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg in dieser Ausgabe aber eine gesonderte Betrachtung. Jörg Steinbach hat die Hochschule nach ihrer Fusion verwaltungsseitig in ruhiges Fahrwasser gebracht und sie durch Innovationen vor allem im Studienbetrieb durchlässiger gestaltet und den Technologietransfer zur regionalen Wirtschaft intensiviert. Mit dem Hochschulentwicklungsplan wurde die Hochschulplanung von 2015 bis 2020 festgeschrieben (wer unter Google BTU

und Hochschulentwicklungsplan eingibt, erhält als ersten Treffer das 124-seitige Dokument). Dabei wurden für die Lausitzer Universität vor allem vier Zukunftsfelder ausgemacht:

- Smart regions and heritage
- Energy efficiency and sustainability
- Biotechnology, environment and health
- Cognitive and dependable cyber-physical systems

Was der Lausitzer Universität allerdings noch immer fehlt, ist ein namhaftes Forschungsinstitut der großen deutschen Forschungsgesellschaften. Hier war zuletzt ein Speicherinstitut der Fraunhofer-Gesellschaft im Gespräch. Zudem knirschte es

ausgerechnet zwischen den drittmittelstarken Lehrstühlen im Energiebereich und der Unileitung fortwährend. Insofern entsteht mit dem Weggang Steinbachs eventuell auch eine Chance: Ein neuer Kopf mit Offenheit und exzellenten Verbindungen in Innovations- und Energiethemen könnte die Universität und die Strukturentwicklung der Lausitz noch besser synchronisieren. Im besten Falle ist mit seinem Start auch der Startschuss zu einem Forschungsinstitut verbunden, das thematisch zum Transfer der Industrieregion passt. Das mit Jörg Steinbach nun ein echter Lausitz-Kenner das Potsdamer Wirtschaftsministerium führt, ist für die Region auch von großem Wert.

Die Wirtschaftsinitiative

Die Wirtschaftsinitiative Lausitz hat seit diesem Sommer mit einem zusätzlichen Büro in Weißwasser ihre länderübergreifende Verankerung verstärkt. Mitte August hat sie ein Positionspapier an die Berliner Kommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ adressiert, das für die Notwendigkeiten bei der Strukturentwicklung in der Lausitz sensibilisieren soll. Die verkürzte Form des Positionspapieres finden Sie auf der Seite 57, der ausführliche Text wird auf der Homepage des Vereins unter www.wil-ev.de zur Verfügung gestellt. ☺

In diesem Frühjahr eröffnete Fraunhofer IPMS einen neuen Institutsteil an der BTU in Cottbus. Darauf ließe sich nun aufbauen.



Foto: BTU Cottbus-Senftenberg

Die Lausitzrunde

Die Lausitzrunde hat mit dem Sitz ihrer Sprecherin Christine Herntier in der Strukturkommission eine enorme Aufwertung erfahren. Dadurch sind dem Bündnis weitere kommunale Akteure aus der Lausitz bis hin zum RWK Westlausitz beigetreten. Diese Stärkung ist mit Blick auf das Gewicht der Stimme in der Strukturkommission für die Lausitz ein echtes Pfund. In Abstimmung mit regionalen- und überregionalen Akteuren hat die Lausitzrunde in ihrer Beratung am 30. Juli ein Forderungspapier verabschiedet, das Rahmen und Leitfaden der künftigen Arbeit im Lausitzer Revier sein soll. Das komplette Papier ist auf der Homepage des Bündnisses unter www.lausitzrunde.com im Bereich „Aktuelles“ zu finden. Im Zuge der Aufwertung haben bei den kommunalen Vertretern in den Reihen

der Lausitzrunde auch die letzten Mitglieder ihre kritische Position zur Institutionalisierung des Gremiums aufgegeben, sodass bis Ende des Jahres alle Mitglieder ein Votum ihres jeweiligen Parlaments erwirkt haben dürften. Die Landkreise und das kreisfreie Cottbus dürften dann nach aktuellem Verständnis aus der Lausitzrunde ausscheiden, da sie mit der Wirtschaftsregion Lausitz bereits Gesellschafter der zentralen Lead-Struktur zur Entwicklung der Lausitz sind. Die oft geäußerten Kritikpunkte an der Institutionalisierung der Lausitzrunde sind somit in der Praxis von der Zeit überholt. Im Faktischen bleiben sie erhalten. Das Gremium wird in seiner Handlungsfähigkeit geschwächt, da grundlegende Entscheidungen nun erst einmal durch die kommunalen Parlamente müssen. Es wird nicht mehr für

eine Millionen Lausitzer sprechen, sondern lediglich für seine kommunalen Mitglieder. Es wird spannend sein, wie sich die Lausitzrunde mit der Institutionalisierung aufstellt. Das Bündnis könnte über rotierende Sprecher nachdenken, um so in der öffentlichen Debatte eine breitere personelle Basis zu erhalten und den Mitgliederwillen besser abzubilden. In jedem Fall bedarf es einer guten Lösung, die Lausitzrunde aus eigenem Willen oder mit etwas Nachhilfe unter das Dach der Wirtschaftsregion als anerkannter Lead-Struktur der Lausitz zu bringen und somit die Prozesskette von der kommunalen Ebene über die Landkreise bis zum Land und Bund richtig einzubinden und tatsächlich die Einstimmigkeit der Lausitz zu erreichen. Fraglich bleibt, ob sich Landkreise und Kommunen hier synchronisieren lassen.

Ideenschmiede Lausitz

Seit diesem Sommer bringt sich ein weiterer Akteur mit einem konkreten Projekt zusätzlich in die Strukturentwicklung der Lausitz ein. Die Ideenschmiede unter Federführung des Zweckverbands Industriepark Schwarze Pumpe und der Cebra hat mit der Uni Rostock (Prof. Weber), der BTU Cottbus-Senftenberg und den Unternehmen Energiequelle, Siemens Projektentwicklung sowie Ontras Gasversorgung bereits ein namhaftes Netzwerk entwickelt. Weitere Gespräche gibt es inzwischen mit Betreibern von Kraftwerken

und Energieanlagen. Das aus der Ideenschmiede erwachsene Projekt beinhaltet ein Referenzkraftwerk Lausitz am Standort Schwarze Pumpe. Es handelt sich um ein Speicherkraftwerk auf der Basis von Wasserstofftechnologie unter Verwendung erneuerbarer Energie und Photovoltaik. Das Projekt wurde bereits auf der europäischen Kohleplattform der EU in Brüssel und bei der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission vorgestellt. Es zählt zu den chancenreichen Projekten, für die im Rahmen des RIK ein Förderantrag gestellt

wurde. Das Ziel ist, bis 2022 eine 10 MW-Pilotanlage als Speicherkraftwerk mit Sektorenkopplung zu errichten. Später ist eine Anlage mit erheblich höherer Leistung von bis zu 500 MW geplant. Das Projekt soll beispielgebend für den Strukturwandel in der Lausitz werden. Aus früheren Standorten von Kohlekraftwerken sollen Technologieparks entstehen, die neue, innovative Technologien fördern, anwenden und erforschen.

Die Ideenschmiede Lausitz will ein Referenzkraftwerk Lausitz (Standort Schwarze Pumpe) als beispielhaften Beitrag zum Strukturwandel.



2. Rund ums Revier

Berlin ringt nach wie vor um einen Kompromiss zwischen Klimazielen und wirtschaftlichen wie demokratischen Notwendigkeiten. Das Ziel scheint einmal mehr rein symbolisch: Angela Merkel soll auf dem Klimagipfel Anfang Dezember in Katowice nicht mit leeren Händen dastehen. Zuvor sollen die betroffenen Reviere gewonnen und ruhiggestellt werden. Geschwindigkeit ist gefragt. Ein paar Fakten sollten es dennoch in die Debatte der Strukturkommission schaffen. Wir haben einmal nachgeschaut, was bei der Betrachtung der Thematik zu kurz kommt.



In der Lausitz hat man oft eine andere Sicht auf die Debatte rund um Klima und Kohle. Das wurde auch bei Besuchen der Bundespolitiker in diesem Sommer deutlich.

Von Klima und Kohle

Wie der letzte zu feuchte Sommer wurde auch die diesjährige Hitzewelle in der öffentlichen Debatte schnell zum Symbol des fortschreitenden Klimawandels. Aufgrund einer Medienente fungierte das Extremwetter für einen Tag sogar doppelt als starkes Argument für einen schnellen Kohleausstieg. Eine Nachricht inmitten der Hitzewelle beschäftigte sich mit den Problemen deutscher Kraftwerke bei der Kühlung, was auch als weiteres Indiz für einen schnellen Ausstieg aus der Lausitzer Braunkohle ins

Feld geführt wurde. Kurz darauf musste man hier zurückrudern, da ausgerechnet die Lausitzer Kraftwerke aufgrund einer Kühlung mit Gruben- statt Flusswasser stabil liefen und so keine Probleme hatten. Die Hitzewelle machte anderen Energieträgern zu schaffen. Bei Solaranlagen fällt der Wirkungsgrad bei flächendeckender Hitze deutlich. Hitzeperioden gehen zudem mit Hochdruckwetterlagen einher, in denen der Wind und somit die Windkraft praktisch zum Erliegen kommen.

Atom- und Steinkohlekraftwerke mussten ob des stark erwärmten Flusswassers gedrosselt werden. Die Braunkohle wurde als Basis benötigt und lief auf Volllast. Unterstellt man für die Zukunft weiterhin die Möglichkeit extremer Wetterlagen, wird Deutschland im Falle des Rückbaus von Kraftwerken dann Kohle- und Atomstrom aus dem Ausland importieren müssen – vorausgesetzt, die Nachbarn können überhaupt liefern. Auch hier rechnet man noch falsch: denn in ganz Europa gehen die ☺

WIR VERSTEHEN UNS ALS WISSENSBRÜCKE IN DIE LAUSITZ

b-tu Brandenburgische
Technische Universität
Cottbus - Senftenberg

IHRE ZIELE SIND FÜR UNS PROGRAMM!

Wir unterstützen Ihre Pläne mit Know-how und kompetenter Beratung zu Möglichkeiten, Ihr Unternehmen zukunftsfähig und konkurrenzfähig zu machen.

Unser PLUS

- Erfahrungen in der Mittlerfunktion zwischen Wirtschaft und Wissenschaft
- Kenntnisse zu Projekten, Transferpotentialen, Kooperationsmöglichkeiten
- Angebote zum Personaltransfer
- Fortbildungsangebote nach individuell zugeschnittenem Bedarf
- ein breites Partner-Netzwerk in Wirtschaft, Politik, Wirtschaftsförderung und Wissenschaft

 **3btutransfertag**
WISSEN SCHAFFT CHANCEN

Besuchen Sie uns auf dem
BTU-Transfertag am **Mittwoch,**
17. Oktober 2018, 13-17 Uhr,
am Zentralcampus Cottbus.

www.b-tu.de/transfertag

Kraftwerkskapazitäten stärker als bislang vermutet zurück.

Zudem lohnt ein Blick auf das Weltgeschehen, um nationale und regionale Positionen zu hinterfragen. Bei einem Blick auf die deutsche Diskussion mag man kaum glauben, dass sich weltweit nichts an der Braunkohlenutzung geändert hat. Seit 1990 hat ihre Förderung trotz des Einbruchs im Osten Deutschlands global um 100 Millionen Tonnen zugenommen und befindet sich seit zehn Jahren auf einem stabilen Niveau. Wurde in den vergangenen Jahren in China ein Umdenken weg von der Kohle ausgemacht, liegen die

Ursachen für den abfallenden Energiehunger mit einem Nachlassen der Konjunktur nun auf der Hand. Seitdem die Konjunktur in China wieder anzieht, wird dort auch wieder auf Kohle gesetzt. „Eine Analyse der US-Umweltorganisation Coalswarm kommt zu dem Ergebnis, dass 46.700 Megawatt neuer Kohlekraftwerke (in China, Anmerkg. d. Red.) auf Satellitenbildern des kalifornischen Unternehmens Planet Labs sichtbar sind. Die Kraftwerke erzeugen entweder schon Strom oder gehen demnächst in Betrieb. Wenn alle Anlagen arbeiten, dürfte das die Kohleverstromung in China um vier Prozent erhöhen.“ (Quelle:

www.klimareporter.de vom 16.8.2018). Zum Vergleich: die Lausitzer Kraftwerke verfügen in Gänze über eine Leistung von ca. 7.000 Megawatt, ein Siebtel des aktuell realisierten Zubaus in China.

Für die im Herbst bevorstehende, weitere Debatte zum Lausitzer Revier führen wir hier einige weitere Aspekte zur Braunkohle, zur Energiewende und schließlich zur Betrachtung des Reviers auf, die in einer gründlichen Abwägung Berücksichtigung finden sollten. Es wäre gut, wenn die Lausitz diese Fakten und Positionen neben den üblichen Forderungskatalogen gut in Berlin platziert.

Das „Corpus Delicti“

Als Begleitmusik zur Strukturkommission wurden im Spätsommer durch Kohlegegner verschiedene Gutachten platziert, um den geforderten Kohleausstieg durch vermeintliche Expertisen zu unterlegen. Im Auftrag von Greenpeace kam ein Fraunhofer-Institut zu dem Schluss, dass schnellstmöglich 5 der 11 Lausitzer Blöcke vom Netz müssten und dies auch problemlos möglich sei. Das eine renommierte Forschungsgesellschaft wie Fraunhofer inzwischen Auftragsarbeiten für vermeintliche Klimaretter umsetzt, zeigt auf, wie verfahren die Debatte um Braunkohle in Deutschland inzwischen ist.

Ebenso geisterte zum Sommerende eine WWF-Studie durch die Medien, wonach sofort aus der hochsubventionierten Braunkohle ausgestiegen werden müsse. Die Fakten: Für Steinkohle betrugen die Gesamtsubventionen von 1960 bis 2016 (56 Jahre) 113,3 Mrd. Euro. Für die Erneuerbaren betrugen die Subventionen von 2000 bis 2016 (16 Jahre) bereits 148,7 Mrd. Euro (Quelle: BMWi, EEG in Zahlen 2016). Wirtschaftsexperte Hans-Werner Sinn nennt das „... die größte Kapitalvernichtung seit dem 2. Weltkrieg“. Braunkohle hingegen ist

der Energieträger, der zum Beginn seiner Förderung ein Konzept für die Zeit danach vorweisen und die finanziellen Mittel für eine Rekultivierung während des Betriebs verdienen muss, der über CO₂-Zertifikate einen Klimabonus zahlt und im laufenden Betrieb keine Subventionen erhält. In der Öffentlichkeit wird dennoch die Subventionsmeldung multipliziert, oft mit Anmerkungen zur Lausitz. Experten-Äußerungen wie die von Hans-Werner Sinn haben es dagegen schwer.

Braunkohle ist ein klimaschädlicher Energieträger. Sie ist endlich und muss im globalen Einklang dringend in ihren Klimaeffekten reduziert werden. Jeder, der in der Lausitz mit Vernunft an der Diskussion um die Zukunft der Reviere teilnimmt, wird die negativen Klimaeffekte der Braunkohle nicht negieren. Allerdings ist zwingend eine ausgewogene Debatte notwendig. Der mediale Reflex beim Thema Braunkohle, die per se „das Böse“ scheint, verhindert die dringend notwendige, differenzierte Auseinandersetzung zum Erreichen tatsächlicher Klimaeffekte, die nur auf internationaler bzw. globaler Ebene möglich sind. Eine

Symbolpolitik, die Negativbeispiele erzeugt und Nachahmung verhindert, kann mehr schaden als nutzen. Um zu einer ausgewogeneren Diskussion zu kommen, sind in diesem Abschnitt Anregungen aufgeführt, die es sonst weniger in die Medien schaffen. Dazu zählen viele direkte Begleiteffekte eines Kohleausstiegs. Die wesentlichen seien hier einmal dargestellt:

Hydrologie: Mit dem Tagebau musste in der Lausitz auch ein komplexes Wassermanagement umgesetzt werden. Die LEAG führt der Spree heute je Sekunde 5 m³ gereinigtes Grubenwasser zu, ohne dass die Spree in diesem Sommer bis nach Berlin zu einem Rinnsal verkommen oder ganz ausgetrocknet wäre. Der Bergbau der Lausitz ist seit Jahrzehnten weitgehend unbeachtet ein Garant für die Funktion der Spree und des Spreewalds. Naturidyll und Kohlegruben passen als Bilder nicht zusammen, ohne die hydrologische Symbiose würde der Spreewald aber heute kaum in seiner gewohnten Form existieren.

Trinkwasser: Ost- und Westberlin fußen auf unterschiedlichen Trinkwasserkonzepten. Daran hat sich seit der Wiedervereinigung nichts geändert. Heute hängt die Trinkwasserversorgung im Berliner Osten maßgeblich vom hydrologischen Konzept des Lausitzer Bergbaus ab. Ein Kohleausstieg flankiert somit tatsächlich die Trinkwasserversorgung von halb Berlin.

Systemrelevanz: Ausgerechnet das von Kohlegegnern ins Visier genommene Kraftwerk Jänschwalde ist im Falle eines Blackouts für die Wiederbelebung Berlins und des Stromnetzes im Osten vorgesehen. Hierzu liefert das ebenfalls von der LEAG dazu vorgehaltene Gasturbinenkraftwerk Thyrow den Impuls, mit dem das Kraftwerk Jänschwalde dann das Netz zuerst in Berlin und folgend im Osten Deutschlands aufbaut. Das ist derzeit der einzige gesicherte Plan für ein Blackout. Dieses Sicherheitsprotokoll der Bundesnetzagentur ist bis in die Mitte der 2020er-Jahre definiert. Nach heutigen Erkenntnissen scheint auch über

Bei der Debatte um den Kohleausstieg werden wichtige Zusammenhänge wie die Folgen für die Hydrologie bezüglich Spree, Spreewald und Berliner Trinkwasser derzeit kaum betrachtet.



Foto: Rainer Weislog / LEAG

die 2020er-Jahre hinaus keine Alternative vorhanden. Erneuerbare haben weder die Kraft für einen Netzaufbau, noch die notwendige gesicherte Leistung, die derzeit bei etwa 5% ihrer insgesamt installierten Leistung liegt.

Rekultivierung: Folgen eines überstürzten Ausstiegs mit Tagebauen, die nicht in die geplante Endstellung gefahren und entsprechend rekultiviert werden konnten, lassen sich heute in der Lausitz besichtigen. Die braune Spree bei Spremberg ist Ergebnis der Altlasten zur Wende unplanmäßig geschlossener Kohlegruben. Auch für die aktuellen Tagebaue scheint bei einem übereilten Ausstieg die Rekultivierung nicht gesichert bzw. als Milliardenprojekt auf den Steuerzahler zurückzufallen.

Gipsindustrie: Bei der Reinigung der Rauchgase in den Rauchgasentschwefelungsanlagen der Lausitzer Braunkohlekraftwerke entstehen jährlich als

Nebenprodukt ca. 3 Millionen Tonnen Gips. Dieser Gips ist hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Verarbeitbarkeit demjenigen aus Naturlagerstätten mindestens ebenbürtig und wird in der Baustoffindustrie verwertet. Die KNAUF Deutsche Gipswerke KG hat sich in dieser Folge in der Lausitz angesiedelt. Der Ausstieg aus der Braunkohle ist verbunden mit dem Aus für die Gipsindustrie. Die Effekte auf Arbeitsplätze sind überschaubar, es geht aber ein heimischer Rohstoff verloren, da die natürlichen Lagerstätten inzwischen versiegelt sind. Deutschland wird somit zum Gips-Importeur, verbunden mit Abhängigkeiten und höheren Kosten.

Technologievorsprung: Die Lausitz verfügt noch immer über den modernsten Braunkohlekraftwerkspark der Welt. Durch technologische Entwicklungen mit den Technischen Hochschulen der Region und der Lausitzer Wirtschaft wurden die

Kraftwerke so gut es geht umweltfreundlich ausgerichtet, seit Jahren wird vor allem ihre Effizienz und Flexibilität gesteigert. Im Zusammenspiel mit den volatil anfallenden Erneuerbaren wird vor allem die Flexibilität immer wichtiger. Hier ist die Lausitz inzwischen Vorreiter. Diese Technologien können es anderen Ländern ermöglichen, ihre Braunkohlekraftwerke umwelt- und klimafreundlicher zu betreiben und für ein Energiesystem im besseren Einklang mit den Erneuerbaren fit zu machen. Die Lehrstühle der BTU Cottbus-Senftenberg im Energiebereich zählen zu den drittmittelstärksten Lehrstühlen der Universität, sie sind Treiber dieser Entwicklungen. Mit dem Ausstieg aus der Lausitzer Braunkohle werden der Forschungsbezug und somit Know-how und wichtige Technologien verloren gehen, die tatsächlich im globalen Maßstab dem Klima helfen könnten. Zusätzlich wird der Hochschulstandort geschwächt. ☺

peugeot.de/308

ANGETRIEBEN DURCH LEIDENSCHAFT.



DER NEUE PEUGEOT 308 SW GT.
IMPRESS YOURSELF.



BARPREIS Abb. enthält Sonderausstattung.

ab € 34.800,-

für den neuen PEUGEOT 308 SW GT PURETECH 225 EAT8

- 18"-Felgen
- Sportstoßfänger hinten
- Keyless-System
- Kunstleder/ Alcantara
- Klimaautomatik 2-Zonen
- Multifunktions-Lederlenkrad

AUTOHAUS JACOBI & RICHTER GMBH
Senftenberg · Bahnhofstr. 51 · Tel. 0049-3573-2344
www.ch-jacobi.de

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 7,3; außerorts 5,1; kombiniert 5,9; CO₂-Emission (kombiniert) in g/km: 136. CO₂-Effizienzklasse: C. Nach vorgeschriebenen Messverfahren in der gegenwärtig geltenden Fassung.



Mit Sicherheit mehr Platz für Abenteuer.

Dank Allrad.

ab **33.900,- Euro²**

Neu: Subaru Forester mit EyeSight¹.

Im Subaru Forester kommen Sie bei jeder Witterung ans Ziel. Mit Sicherheit auch dank des Fahrerassistenzsystems EyeSight¹ und einzigartigem Fahrspaß aufgrund des symmetrischen Allradantriebs.

Überzeugen Sie sich einfach selbst - jetzt bei einer Probefahrt.

5 JAHRE GARANTIE
Bis 100.000 km
SUBARU

Weltgrößter Allrad-PKW-Hersteller

Autohaus Jacobi & Richter GmbH
Bahnhofstraße 51
01968 Senftenberg
Telefon 03573/2344, Telefax 03573/140055
www.subaru.de

Erhältlich als 2.0D mit 108 kW (147 PS), 2.0X mit 110 kW (150 PS) oder 2.0XT mit 177 kW (240 PS). Kraftstoffverbrauch (l/100 km): innerorts: 11,2-7,1; außerorts: 7,0-4,9; kombiniert: 8,5-5,7. CO₂-Emission (g/km) kombiniert: 197-148. Abbildung enthält Sonderausstattung.
¹ Je nach Modell. Die Funktionsfähigkeit des Systems hängt von vielen Faktoren ab. Details entnehmen Sie bitte unseren entsprechenden Informationsunterlagen.
² Subaru Forester 2.0X Exclusive Lineatronic

Die deutsche Energiewende in der Lausitz

Glaubt man dem öffentlichen Bild, so ist Deutschland bei der Energiewende auf einem guten Weg. Eine grundsätzliche Kritik findet öffentlich kaum statt. Allerdings zeigen immer mehr Fakten auf, dass der deutsche Sonderweg zumindest ein Überdenken Wert wäre.

Lokale und globale Klimaeffekte

Die ehrgeizigen deutschen Klimaziele gelten inzwischen als nicht mehr erreichbar. Die erhitzt geführte Diskussion könnte mit Blick auf internationale Vereinbarungen allerdings auch entspannter geführt werden. Das Pariser Abkommen und internationale Vereinbarungen verlangen kurz- und mittelfristig nach geringeren Emissionsminderungen, als die Klimakanzlerin unserem Land auferlegt hat. Ein Fakt schafft es dabei kaum in die öffentliche Debatte: der fehlende Klimaeffekt des deutschen Sonderwegs. Emissionen werden in Europa über Zertifikate gehandelt, der Umfang dieser Zertifikate ist vollkommen unabhängig von Deutschlands Weg. Somit werden die Zertifikate, die durch den deutschen Kohleausstieg nicht mehr genutzt werden, durch Energieunternehmen

anderer Länder erworben. In Polen sind derzeit ca. 10 Braunkohlekraftwerke in Bau bzw. Planung, zuletzt gingen in den Lausitzer Nachbarländern Tschechien und Polen seit 2016 ca. 1.800 MW neue Kohlemeiler in Betrieb. Ausgerechnet 20 Autominuten entfernt von Jänschwalde wird in Polen ein neues Kraftwerk mit der zu Jänschwalde identischen Leistung von 3.000 MW samt Tagebau geplant. Der ab 2025 geplante Tagebau Gubin-Brady hat den Angaben zufolge eine Abbaufäche von 7.650 Hektar und soll wie das Kraftwerk 50 Jahre lang betrieben werden. Die hier geförderte Braunkohle soll im Kraftwerk Gubin, das 2030 nur drei Kilometer von der deutsch-polnischen Grenze entfernt in Betrieb gehen soll, mit einer Laufzeit von knapp 50 Jahren verstromt werden. Dieses Kraftwerk hätte quasi den gleichen Einspeisepunkt ins Stromnetz wie das heutige Kraftwerk Jänschwalde und weder an der Klimabilanz noch an den Umweltbelastungen für die Lausitz würde sich etwas ändern. Quasi gleichzeitig zum Aus für Jänschwalde würden sich neben den Emissionen auch Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätze in Sichtweite hinter die

Grenze verlagern. Auch wenn Klimaeffekte nicht lokal, sondern nur im globalen Maßstab erzielt werden können: Der Klimaeffekt wäre hier selbst im Lokalen eine sichtbare Null. Diese Situation kann man den Lausitzern sicher nur schwer vermitteln.

Stand der deutschen Energiewende

Die Probleme der deutschen Energiewende liegen aber in ganz anderen Bereichen. Der Netzausbau kommt nicht voran, bei Speichern ist ebenso keine neue Technologie in Sicht. Der Ausbau der Erneuerbaren stößt auf einen wachsenden Widerstand und würde sich wahrscheinlich nur im geplanten Maß umsetzen lassen, wenn man die Demokratie und somit den Bürgerwillen aushebelt. Dieser Hitzesommer hat selbst die Probleme im kleinen Bereich der Biomasse aufgezeigt. Einerseits mussten in Größenordnungen Tiere notgeschlachtet werden, da ausbleibende Ernteerträge das Futter über den Winter nicht sichern können – andererseits werden Ernteerträge zur Energiegewinnung verbrannt. Die Ernüchterung wird auch in anderen Bereichen immer deutlicher. Viele Genehmigungsverfahren für Erneuerbare

Zum 1. Oktober geht der erste Lausitzer Kraftwerksblock in Reserve. Ca. 1.500 Industriearbeitsplätze gehen als Folge dieser Klimapolitik verloren.

Foto: LEAG



oder den Netzausbau stocken aufgrund von Bürgerbewegungen. Der Netzausbau kommt kaum voran. Von den 1.800 Kilometern Startnetz, deren Bau im Jahr 2009 beschlossen wurde, sind gerade mal 800 Kilometer gebaut. Von 7.700 Kilometern, die erforderlich sind, um den Windstrom von Nord nach Süd zu bringen, sind erst 1.750 Kilometer genehmigt. In hunderten Bürgerinitiativen regt sich Widerstand, bei der Windkraft sind es noch einmal deutlich mehr. Während der Stromsektor das 40% CO₂-Reduktionsziel bis 2020 fast erreicht hat, haben andere CO₂-intensive Sektoren, allen voran der Verkehr, bislang so gut wie keinen Beitrag geleistet. Dies zeigt, dass die einseitige Konzentration der Politik auf den Stromsektor nicht zielführend ist. Die Braunkohlenindustrie hat ihre CO₂-Emissionen seit 1990 mehr als halbiert. Als zusätzliche Sonderleistung zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele 2020 hat die Braunkohlenindustrie außerdem der sukzessiven Stilllegung und Überführung von 2,7 GW Braunkohlenkraftwerkskapazität in die Sicherheitsbereitschaft zugestimmt. Durch diese Maßnahmen wird eine weitere nationale Einsparung von mindestens 12,5 Mio. t CO₂ (netto) erreicht. Die

CO₂-Emissionen aus der Braunkohlenverstromung werden dadurch bis 2020 gegenüber 2005 um weitere 15 % zurückgehen.

Die Sicherheitsbereitschaft in der Lausitz

Zum 1. Oktober geht der erste Kraftwerksblock in Jänschwalde in die sogenannte Sicherheitsreserve. Mit ihm entfallen beim Energieunternehmen LEAG langfristig die ersten 600 gut bezahlten Jobs.

Die Lausitz bereitet sich währenddessen auf die Sicherheitsbereitschaft vor. Zum 30. September gegen 17 Uhr wird der erste Block in Jänschwalde heruntergefahren. Ab dem 1. Oktober um 0 Uhr wird er in Reserve gehalten, ist aber quasi stillgelegt. Laut Angaben der LEAG entfallen damit langfristig 600 Arbeitsplätze im eigenen Unternehmen. Bei den Dienstleistern im Umfeld wird der Verlust auf rund 900 Arbeitsplätze geschätzt. Bei einem Blick auf die bisherige jährliche Wertschöpfung der LEAG von 1,4 Milliarden Euro pro Jahr bei ca. 8.000 Beschäftigten ist damit der erste nachhaltige Verlust an Wertschöpfung für die Lausitz im dreistelligen Millionenbereich zu erwarten, und zwar ab sofort und Jahr für Jahr. Ein weiterer Block in der

Lausitz wird 2019 in Reserve gehen. Somit gehen durch die Klimapolitik des Bundes bereits in diesem Jahr rund 1.500 bezahlte Industriearbeitsplätze in der Lausitz ersatzlos verloren. Die Ankündigung von Peter Altmaier, dass erst neue Jobs geschaffen werden, bevor ein alter Job verschwindet, ist somit bereits ein Quartal später ad absurdum geführt. Insofern schultert die Lausitz erneut einen strukturellen Beitrag zu Deutschlands Klimazielen.

Inzwischen soll hinter den Kulissen in Berlin schon über eine Sicherheitsbereitschaft 2.0 gesprochen werden. Niemand weiß, wie sich ein solcher weiterer struktureller Aderlass im Lausitzer Revier auswirken kann. Das Problem liegt in der einseitigen Ausrichtung der Industrielandschaft – die unterschiedlichen Erfordernisse für die großen Reviere in der Lausitz und im Rheinland macht ein Vergleich der Reviere deutlich, den der Lausitzbeauftragte Dr. Klaus Feytag für das Lausitz Magazin ausgearbeitet hat. Sie finden diesen Vergleich am Ende dieser Rubrik „Reviertransfer“ auf den Seiten 52/53. ☺

TRANSFER²¹ SHOWROOM



23. Oktober 2018

15:00 bis 18:30 Uhr

Special: Business Speed Dating & World Café
Fokus: Ressourcen

Technologieaussteller aus Hochschul- und Forschungseinrichtungen sowie anwendenden Unternehmen präsentieren digitale Innovationen und Technologien

1:1 Austausch mit Experten und Entscheidern

Veranstaltungsort **Lausitzer Technologiezentrum GmbH**
Industriegelände Straße E Nr. 8
02977 Hoyerswerda

Weitere Auskünfte **Alexander Kühne** Transferassistent

LAUTECH
Lausitzer Technologiezentrum GmbH

in Kooperation mit:



KREATIVES SACHSEN

futureSAX

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Jetzt anmelden! www.lautech-transfer21.de

tel 03571 4294-24
mail kuehne@lautech.de



DIESE HOCHKARÄTIGEN TECHNOLOGIEAUSSTELLER SIND u.a. FÜR SIE VOR ORT:



tu dresden
Technische Universität Dresden



Labor für Mikrobiologie und Hygiene
Dr. Catrin Kuchler



Digital Smart Events

movab d



b.tu
Brandenburgische Technische Universität Cottbus



Wachstumsregion Dresden



Exklusiv bei
TRANSFER²¹

BUSINESS-SPEED-DATING

Lernen Sie in kurzer Zeit viele neue Unternehmen kennen!

3. Die Strukturkommission

Die Strukturkommission ist in ihrer Arbeit schnell zur Projektionsfläche der ideologisch geführten Auseinandersetzung um den Kohleausstieg geworden. Ihr

Arbeitsauftrag reicht dabei viel tiefer. Wir stellen die Aufgaben der Kommission und ihre Mitglieder (siehe Seite 50/51) ausführlich vor, beschreiben Lücken in der

aktuellen Debatte und geben schließlich Hinweise für den Plan B, den die Kommission im Spätherbst auch für das Lausitzer Revier vorlegen soll.

Die Kommission

In der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung prallen Welten aufeinander. Vertreter aus den Kohlereviere mit unterschiedlichsten Interessen, Wissenschaftler, Arbeitgeber, Gewerkschafter

und Umweltschützer sollen der Politik eine Empfehlung für eine Zukunft der Reviere ohne Kohle erarbeiten. 28 Mitglieder sind stimmberechtigt, hinzu kommen die Bundestagsabgeordneten Andreas Lämmel

(CDU), Andreas Lenz (CSU) und Matthias Miersch (SPD) mit Rede-, aber ohne Stimmrecht. Aktuelle Information zur Kommission sind auf ihrer Homepage zu finden: www.kommission-wsb.de

Der Arbeitsauftrag der Kommission

Das Bundeskabinett hat am 6. Juni 2018 die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ eingesetzt. Vielen ist der umfangreiche Arbeitsauftrag gar nicht bekannt, da die Berichterstattung sich meist auf den Kohleausstieg fixiert. Der taucht tatsächlich erst in Punkt 5 der Arbeitsaufträge auf. Deshalb hier der Einsetzungsbeschluss einmal in aller Ausführlichkeit:

Einsetzung der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

Die Politik der Bundesregierung dient der Schaffung von Vollbeschäftigung und gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland. Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, den in vielen Bereichen stattfindenden Strukturwandel aktiv und umfassend zu begleiten, um so Wachstum und Beschäftigung insbesondere in den betroffenen Regionen zu stärken.

Die Bundesregierung bekennt sich zu den national, europäisch und im Rahmen des Pariser Klimaabkommens vereinbarten Klimaschutzziele bis zum Jahre 2050. Der Klimaschutzplan der Bundesregierung aus dem Jahre 2016 beschreibt hierzu den schrittweisen Weg in Richtung einer weitgehend treibhausgasneutralen Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland bis Mitte des Jahrhunderts. Insbesondere werden durch den Klimaschutzplan für die einzelnen Sektoren (Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft) konkrete Minderungsziele für das Jahr 2030 festgelegt, deren Erreichung wir durch geeignete Maßnahmen sicherstellen werden. Dabei werden wir das Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit einhalten.

Mit der Umsetzung des Klimaschutzplanes wird sich der Strukturwandel in vielen Regionen und Wirtschaftsbereichen beschleunigen, insbesondere im Sektor der Energieerzeugung. Die damit einhergehenden Veränderungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der kohlestromerzeugenden

Regionen gehen, müssen vielmehr Chancen für eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik mit qualitativ hochwertiger Beschäftigung eröffnen. Diese wollen wir aktiv nutzen und so Strukturbrüche sowie Einschränkungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vermeiden.

Die Bundesregierung setzt deshalb eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB)“ ein, die bis zum Ende dieses Jahres konkrete Vorschläge erarbeiten soll. Zu ihrem Auftrag gehört insbesondere die Erarbeitung eines Aktionsprogrammes mit folgenden Schwerpunkten:

1. Schaffung einer konkreten Perspektive für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen im Zusammenwirken zwischen Bund, Ländern, Kommunen und wirtschaftlichen Akteuren (z.B. im Bereich Verkehrsinfrastrukturen, Fachkräfteentwicklung, unternehmerische Entwicklung, Ansiedlung von Forschungseinrichtungen, langfristige Strukturentwicklung).

2. Entwicklung eines Instrumentenmixes, der wirtschaftliche Entwicklung, Strukturwandel, Sozialverträglichkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Klimaschutz zusammenbringt und zugleich Perspektiven für zukunftsfähige Energieregionen im Rahmen der Energiewende eröffnet.

3. Dazu gehören auch notwendige Investitionen in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen und Wirtschaftsbereichen, für die bestehende Förderinstrumente von Bund und EU effektiv, zielgerichtet und prioritär in den betroffenen Regionen eingesetzt werden und für die ergänzend ein Fonds für Strukturwandel, insbesondere aus Mitteln des Bundes, eingesetzt wird.

4. Maßnahmen, die das 2030-er Ziel für den Energiesektor zuverlässig erreichen, einschließlich einer umfassenden Folgenabschätzung. Aus dem Klimaschutzplan

ergibt sich hierfür die Vorgabe zur Verringerung der Emissionen aus der Energiewirtschaft um 61 bis 62 Prozent im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 1990. Für den Beitrag der Kohleverstromung soll die Kommission geeignete Maßnahmen zur Erreichung des Sektorziels 2030 der Energiewirtschaft, die in das Maßnahmenprogramm 2030 zur Umsetzung des Klimaschutzplans einfließen sollen, vorschlagen.

5. Darüber hinaus ein Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, einschließlich eines Abschlussdatums und der notwendigen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen, renaturierungs- und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen.

6. Ebenso Maßnahmen zum Beitrag der Energiewirtschaft, um die Lücke zur Erreichung des 40%-Reduktionsziels so weit wie möglich zu reduzieren. Hierzu wird die Bundesregierung eine aktuelle Schätzung zur Größe der zu erwartenden Lücke im Rahmen des Klimaschutzberichtes 2017 veröffentlichen. ☉

Die Strukturkommission hat von der Bundesregierung einen weitreichenden Auftrag erhalten.



„Besser spät als nie.“

Interview mit Rüdiger Siebers, ehem. Gesamtbetriebsrat LEAG / davor Vattenfall, seit 2017 im Ruhestand



Rüdiger Siebers
Ehemaliger Gesamtbetriebsrat
LEAG

Rüdiger Siebers ist seit den 1980er-Jahren im Lausitzer Bergbau tätig gewesen und hat die strukturellen Umbrüche der jeweiligen bergbautreibenden Energieunternehmen nach der Wende im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung mitgestaltet. Auf einer der ersten Sitzungen der Strukturkommission schilderte er die Historie des Lausitzer Reviers seit der Wende. Wir sprachen mit ihm über seine Eindrücke und Rückschlüsse:

Sie haben im Juli vor der Strukturkommission den über 25-jährigen Strukturwandel der Lausitz dargestellt, war man dort bereits gut im Bilde?

Nein. Die Vorsitzenden der Kommission waren sicher im Bilde, aber viele der Teilnehmer nicht. Während des Vortrags herrschte absolute Ruhe, was sonst selten der Fall ist.

Wozu gab es die meisten Nachfragen?

Es war wirklich erst einmal sehr ruhig, auch nach dem Vortrag. Dann wollte man wissen, wie die Dinge nach der Wende im Detail abgelaufen sind und später gab es auch in die Zukunft gerichtete Fragen. So kam die Frage auf, ob aus unserer Sicht die Klimapolitik Arbeitsplätze vernichtet hat bzw. künftig vernichten könnte. Das musste ich bejahen, schon die aktuell anstehende Sicherheitsbereitschaft kostet Arbeitsplätze, die ersatzlos gestrichen sind. Das war vielen nicht klar.

Welche Fakten haben die Kommissionsmitglieder am meisten überrascht?

Die Zahlen als solche – und wie viele Beschäftigte im Lausitzer Revier Mitte der 1990er-Jahre ihre Arbeitsplätze verloren haben. Sie wussten auch nicht, dass wir

bereits ab dem Jahr 1991 darum geworben haben, einen Strukturwandel einzuleiten. Dort war man der Annahme, wir hätten das verschlafen. Ich hatte auch ein Zitat aus einer Betriebsrätekonferenz des Jahres 1994 dabei, kurz bevor wir privatisiert und Teil des RWE-Konzerns wurden. Damals formulierten wir an die Politik gerichtet: „Die Betriebsräte der Lausitzer Braunkohle Aktiengesellschaft, die hochgradig in der IG Bergbau und Energie organisiert sind, fordern die Verantwortlichen in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sowie die Wirtschaft auf, den über das notwendige Maß hinausgehenden Struktur- und Anpassungsprozess in der Region durch vermehrte Investitionen und Schaffung neuer zukunftsorientierter Arbeitsplätze zu fördern. Wir wollen nicht Verwalter der schwierigen Situation, sondern Gestalter der Zukunft sein.“ Das war im Mai 1994, man könnte das nahtlos in die heutige Zeit übertragen. Der Aufruf hat 24 Jahre kein Gehör gefunden. Ich meinte, wenn das jetzt nach 24 Jahren geschehen würde und nicht über die Köpfe der Menschen in der Region hinweg, dann wäre das trotzdem noch in Ordnung. Besser spät als nie. Ich sagte aber auch klar, dass in der Lausitz momentan der Glaube daran fehlt.

Bei welchen Zahlen ernteten Sie den meisten Unglauben?

Die Ausgangszahl zum Beginn der 1990er-Jahre von knapp 100.000 Beschäftigten in Tagebauen und Kraftwerken der Lausitz lag meilenweit über den Vorstellungen vieler Mitglieder. Ebenso die rasante Talfahrt der Beschäftigung, bei der nicht einmal jeder zehnte Arbeitsplatz übrig blieb. Auch dass die Lausitz damals eine gesamte Generation ihrer Jugend verloren hat, war vielen unklar. Wer damals zwischen 30 und 40 und mobil war, der verließ die Region. Einen Strukturumbruch löst man nicht mit Altersteilzeit, man verliert eine Generation und deren Kinder. Das gleiche droht wieder. Es geht nicht um die Arbeitsplätze bei der LEAG und den Dienstleistern. Es geht um den zweiten Verlust einer jungen Generation, und das trägt eine Region kein zweites Mal. Diese Tatsache war für viele Neuland.

Die Region braucht aber dringend in anderen Branchen Arbeitskräfte, wo liegt das Problem?

Leider sind Industrie und Mittelstand in der Lausitz abseits der Energiewirtschaft nicht ausreichend entwickelt. Das geht mit geringen Löhnen einher. Deshalb werden qualifizierte junge Leute in andere Regionen gehen, wenn ihre gut bezahlte Arbeit hier wegfällt.

Welchen Eindruck hatten Sie von der Kommission, stehen tatsächlich Wachstum und Beschäftigung im Vordergrund?

Es geht einem großen Anteil in der Kommission nur darum, so schnell wie möglich ein Datum zu finden und aus der Braunkohleverstromung auszusteigen. Erst in der Diskussion innerhalb der Arbeitsgruppe ist vielen deutlich geworden, dass ihr Auftrag in der Kommission eine ganz andere Tragweite hat. Aber es gibt dort eine gewisse Resistenz und das ist auch schnell wieder vergessen. Das sieht man auch bei der aktuellen Diskussion um den Hambacher Forst. Dort sitzen Menschen, die wollen die Welt retten. Dagegen kommt man mit Vernunft nicht an.

Sind Sie nach Ihren Besuchen noch hoffnungsfroh oder eher ernüchtert?

Man muss Realitätssinn haben. Einige Mitglieder in der Kommission wird man nicht erreichen. Ob sich die Industrie stark genug für Versorgungssicherheit und konkurrenzfähige Energiepreise einsetzen kann, ist sicher offen. Hoffnungsfroh hat mich der Hinweis darauf gestimmt, dass diese Kommission nur Vorschläge macht. Die letzte Entscheidung liegt beim Parlament und der Bundesregierung. Die Zeit ist ohnehin viel zu kurz, um mehr als Überschriften zu produzieren.

Womit sollten wir Ihres Erachtens in der Lausitz lauter wuchern?

Wir machen das aus der Lausitz heraus schon sehr gut. Wir müssen weiter klarmachen, dass die Lausitz eine besondere Förderung und auch Ideen braucht. Es darf kein Datum fixiert werden, sondern ein Korridor. Man muss nachprüfen können, ob Maßnahmen greifen, bevor ein Ausstieg erfolgt.

Danke für das Interview.

⊗

Die bisherige Debatte

Schon nach wenigen Sitzungen wurde der Spagat zwischen vernünftiger Arbeit und ideologischer Taktik in der Kommission deutlich. Der BUND drohte mit dem Austritt, sollte RWE mit Rodungsarbeiten im Hambacher Forst beginnen. Dieses Thema beherrschte eine der seltenen Zusammenkünfte der Kommission für zweieinhalb Stunden. Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung sind so nicht zu erreichen. Im Anschluss empfahl Bundesumweltministerin Svenja Schulze RWE, die Rodungsarbeiten auszusetzen – zum Ärger und Unverständnis vieler Genossen im Rheinland.

Der Vorstoß des BUND dürfte sicher noch ein Nachspiel erfahren. Die Rodungsarbeiten durch RWE sind zur Absicherung des Kraftwerkbetriebs notwendig und sowohl durch das demokratische Braunkohleplanverfahren als auch durch die Landesregierung rechtlich vorgegeben. Seinerzeit haben sogar die Grünen in der Landesregierung Nordrhein-Westfalens dem Plan und der Rodung zugestimmt. Der BUND hatte in der Folge vor Gericht gegen die Rodung geklagt, die Klage wurde mit Blick auf das

Allgemeinwohl und den Vorrang der Energieversorgung abgelehnt. Das Ausnutzen des politischen Mandats in der Kommission für eine Verhinderung der Rodungsarbeiten im Hambacher Forst steht im klaren Widerspruch zu demokratischen und rechtsstaatlichen Entscheidungen. Hierzu gab es auch aus der Lausitz viel Kritik. Der Hambacher Forst kommt immer wieder in die Schlagzeilen, weil militante Aktivisten, die sich teils selbst als „Ökoterroristen“ bezeichnen, mit teils körperlicher Gewalt gegen Mitarbeiter, privates Eigentum und Anlagen des Bergbautreibenden vorgehen. Die Polizei im Rheinland bereitet sich derzeit auf einen Großeinsatz vor und weist in eigenen Veröffentlichungen auf das kriminelle Gewaltpotenzial der aus ganz Europa anreisenden militanten Szene hin. Allein dieser Vorgang macht das Spannungsverhältnis in der Kommission deutlich.

Die festgefahrene Diskussion wird auch an der Berichterstattung zur Kommission deutlich. Wer einmal nach Strukturkommission googelt, landet bei knapp 28.000 Treffern. Bei Kohlekommission ist

es das Zehnfache und die Schlagzeilen drehen sich fast nur um den Kohleausstieg.

Ansonsten ist aus gut informierten Kreisen zu hören, dass die Seite der Kohlegegner sehr gut abgestimmt in die Kommission gegangen ist und die Vertreter wirtschaftlicher Positionen anfangs sehr leise und vorsichtig agiert haben. Ohnehin sind die Redebeiträge während der Sitzungen eher kurz. In der Regel tragen Experten zu verschiedenen Themen vor und werden befragt. Die eigentliche Arbeit findet hinter den Kulissen in Arbeitsgruppen statt. Hierzu erhalten die einzelnen Mitglieder je nach Hintergrund teils umfangreiche Zuarbeiten. Im Herbst besucht die Kommission alle betroffenen Reviere, am 11. Oktober tagt sie auch in der Lausitz. Als Ort wurde zum Redaktionsschluss der Industriepark Schwarze Pumpe vermutet.

Fakten für einen Berliner Plan B

PLAN B?

Die Kommission soll konkrete Perspektiven vorschlagen, die mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen verbunden sind. Hier können mit Blick auf die Geschichte des Lausitzer Reviers einige Fakten weiterhelfen, um den Rahmen richtig abzustecken.

Geld allein bringt keine Lösung

Als Balsam für die betroffenen Reviere wurden zur Flankierung des Kohleausstiegs bereits immense finanzielle Mittel in Aussicht gestellt. Von 1,5 Milliarden Euro für regionale Strukturpolitik in den kommenden Jahren war die Rede. Der Lausitzer Anteil wird auf etwa 40%, mithin rund 450 Millionen Euro geschätzt. Mit Blick auf die Forderungskataloge der kommunalen Ebene, auf den Bedarf von Forschungsprojekten und Projekten der Wirtschaft kann mit diesem Geld sicher der ein oder andere Akteur ruhiggestellt werden. Wie gering

diese Summe aber wirklich ist, machen wenige Fakten klar. Schon ein Blick auf die Sicherheitsbereitschaft, die im Oktober 2018 einsetzt, lässt mit dem dargestellten Wegfall von Arbeitsplätzen und Investitionen einen Wertschöpfungsverlust im knapp dreistelligen Millionenbereich pro Jahr vermuten. Die in Aussicht gestellten 450 Millionen Euro stünden demnach gar nicht für regionale Strukturpolitik zur Verfügung, sie wären vielmehr ein Ausgleich für bereits jetzt infolge der Klimapolitik entfallene Wertschöpfung.

Das Problem liegt aber viel tiefer. Die Braunkohleindustrie ist die einzige breit angelegte Wertschöpfungskette in der Lausitz. Alle weiteren Ansätze der schwach diversifizierten Industrieregion bleiben weit dahinter zurück. Selbst wenn Abermillionen in Infrastruktur, Forschungs- und Wirtschaftsprjekte gepumpt werden, so

bräuhete es eine Beständigkeit über Jahrzehnte hinweg, um in der Lausitz neue Industrien mit neuen Wertschöpfungsketten zu entwickeln. Der Weg ist deutlich länger und deutlich teurer, als es die aktuellen 1,5 Milliarden Euro widerspiegeln.

Was ist eine Wertschöpfungskette?

Vielleicht besucht die Kommission in der Lausitz einen Industriepark, am besten den beim Kraftwerk Jänschwalde, um die weitreichende Bedeutung einer Wertschöpfungskette auf engem Raum zu realisieren. Hier sitzen direkt am Kraftwerk Firmen wie Alstom, Babcock Borsig Steinmüller, KSC Anlagenbau, EMIS Electrics, Sulzer Pumpen ... 17 Industrieunternehmen sind es insgesamt. Einige von ihnen sicherten traditionell bis zu über 80% ihres Geschäftsvolumens durch Dienstleistungen für das damalige Energieunternehmen Vattenfall und steuern nun seit wenigen Jahren in neue Geschäftsfelder um. Mit der BTU und weiteren Partnern laufen hier Forschungsprojekte samt Entwicklung neuer Technologien und Anlagen. Auf dem Kraftwerksgelände werden in Wasserbecken der Kühltürme aber auch Karpfen der Peitzer Edelfisch Handels GmbH gezüchtet, es wird Gips für KNAUF gewonnen. Viele Peitzer Dienstleister und Handwerker leben von Aufträgen im Bereich des Kraftwerks und Tagebaus. Im Jahr 2017 hat die LEAG Aufträge an Dritte

in einem Gesamtvolumen von 830,8 Mio. € getätigt. Dabei wurden diese Aufträge an rund 3.260 Lieferanten vergeben (Quelle: LEAG). Für viele Unternehmen machen diese Aufträge den Unterschied, der ein Geschäft am Laufen hält. Ein Wegfall aus dieser Wertschöpfungskette bedeutet unter Umständen auch den Wegfall des Geschäfts. Insofern lassen sich die Dominoeffekte einer Wertschöpfungskette beim Wegfall dieser genauso wenig abschätzen wie ihre zusätzlichen positiven Effekte im noch bestehenden Fall.

Was kostet ein nachhaltiger Lausitzer Industriearbeitsplatz?

Das führt unweigerlich zu der Frage, was ein Industriearbeitsplatz in der Lausitz als Ersatz für einen wegfallenden Arbeitsplatz im Bereich der Braunkohleindustrie kostet. Für eine vereinfachte Rechnung existiert tatsächlich ein gutes Anschauungsbeispiel: die Papierfabrik in Spremberg. Bundestagsabgeordneter Klaus-Peter Schulze (CDU) kennt das Beispiel als Spremberger bestens und hat auch die Zahlen parat: „Die Prinzhorn-Holding hat am Standort Spremberg, mit Fertigstellung der 2. Papiermaschine insgesamt 790 Millionen Euro investiert. Damit sind nach deren Fertigstellung 700 Arbeits- und 15 Ausbildungsplätze geschaffen worden. Ein nachhaltig installierter Industriearbeitsplatz in der Lausitz kostet somit rund eine Millionen Euro.“ Mit Blick auf die 8.000 direkt beim Energieunternehmen LEAG Beschäftigten macht das auch die finanzielle Dimension des Transfers gut bezahlter Industriearbeitsplätze aus einer bestehenden Wertschöpfungskette in eine neue deutlich.

Ein Mammutkompromiss

Es ist der Kommission in ihrer heterogenen Zusammensetzung kaum zuzumuten, für eine solche Mammutaufgabe ein vernünftiges Ergebnis zu produzieren. Das Ringen um den Kohleausstieg müsste quasi ad hoc durch ein Denken in neuen Wertschöpfungsketten ersetzt werden, um für die Lausitz der Überschrift Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel gerecht zu werden. Das wäre mühsam und wenig Stoff für das öffentliche Schaulaufen und die eigene Profilierung vieler Mitglieder. Am Ende ist das Medienspektakel rund um die Kommission Ausdruck des zunehmenden Lobbyismus sowie der Oberflächlichkeit in der Berichterstattung. Es geht um Schlagzeilen. Die Kommission wird nichts entscheiden, sie hat lediglich empfehlenden Charakter. Sie soll im Grunde Klimakanzlerin Angela Merkel eine vermeintlich demokratische Absicherung ihres politischen Kurses bieten – sicher wird in der Nacht vor ihrem Abflug zum Klimagipfel Anfang Dezember in Katowice ein tragbarer Kompromiss ausgerufen.

Beim Blick auf die Mitglieder der Kommission ist ohnehin nur ein Kompromiss mit vielen Eventualitäten möglich. Auf was für ein spektakuläres Papier sollten sich Wirtschaftsvertreter und Klimaretter auch einigen? So bleibt auch nach der Kommission die Hoffnung, dass Umweltziele mit dem realen Leben der Menschen und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten abgeglichen werden. ☐



Der Kia Niro. Der einzige Crossover-Hybrid mit 7-Jahre-Kia-Herstellergarantie*.



Kia Niro 1.6 GDI Hybrid
EDITION 7

für € 230,-¹
mtl. finanzieren

Abbildung zeigt kostenpflichtige Sonderausstattung.



The Power to Surprise

Zwei starke Antriebe, sieben starke Jahre: denn mit dem Kia Niro genießen Sie die Kraft eines innovativen Hybridsystems – und die 7-Jahre-Kia-Herstellergarantie*, das Kia Qualitätsversprechen. Diese gilt sowohl für das Fahrzeug als auch für seine nachhaltige Technologie. Ebenso beeindruckend ist die Vielseitigkeit, die Sie mit dem Kia Niro erleben: Die hohe Sitzposition und der geräumige Innenraum machen den Crossover-Hybrid zum idealen Wegbegleiter für die Stadt und außerhalb.

Kia Niro 1.6 GDI Hybrid EDITION 7, 103,6 kW (141 PS)¹

Nettodarlehensbetrag	€ 22.850,00	Laufzeit in Monaten	48
Anzahlung	€ 2.539,-	48 mtl. Raten à	€ 230,-
Gebundener Sollzinssatz p.a.	1,76 %	Effektiver Jahreszins	1,77 %
Schlussrate	€ 13.047,72	Gesamtkreditbetrag	€ 24.122,81

Kraftstoffverbrauch Kia Niro 1.6 GDI Hybrid EDITION 7 (Super, Automatik (6-Stufen)), 103,6 kW (141 PS) in l/100 km: innerorts 3,4; außerorts 4,0; kombiniert 3,7. CO₂-Emission: kombiniert 86 g/km. Effizienzklasse: A+.²

Gerne unterbreiten wir Ihnen Ihr ganz persönliches Angebot. Besuchen Sie uns und erleben Sie den Kia Niro bei einer Probefahrt.



Berliner Straße 17 • 15926 Luckau
Tel.: 03544 555920 • Fax: 03544 5559218
...man fährt drauf ab und kommt gut an

*Max. 150.000 km Fahrzeug-Garantie. Abweichungen gemäß den gültigen Garantiebedingungen, u. a. bei Lack und Ausstattung.

¹ Ein repräsentatives und unverbindliches Finanzierungsangebot der KIA Finance, ein Geschäftsbereich der Hyundai Capital Bank Europe GmbH (Darlehensgeber), Friedrich-Ebert-Anlage 35–37, 60327 Frankfurt am Main. Das Angebot ist auf Basis der UVP i. H. v. € 25.390,- der Kia Motors Deutschland GmbH erstellt. Den verbindlichen Endpreis – einschließlich anfallender Nebenkosten – erfahren Sie bei uns. Vertragsabschluss nur bei hinreichender Bonität des Kunden. Abgebildetes Modell kann zusätzliche kostenpflichtige Ausstattungspakete und Sonderzubehör enthalten, die im Finanzierungsangebot nicht berücksichtigt sind. Vorstehende Jahreszins-Angaben stellen den Beispielswert des nach § 6a Abs. 4 PAngV zu erwartenden effektiven Jahreszinses in 2/3 aller voraussichtlich aufgrund der Werbung zustande kommender Verträge dar. Verbraucher haben gemäß § 355 und § 495 BGB ein Widerrufsrecht. Angebot gültig bis 31.12.2018 und nur solange der Vorrat reicht. Gilt nicht für ATTRACT-Modelle.

² Die Angaben beziehen sich nicht auf ein einzelnes Fahrzeug und sind nicht Bestandteil des Angebots.

4. Das Speicherinstitut

In diesem Frühjahr sorgte auch ein Forschungsinstitut des Bundes für Schlagzeilen in der Lausitz. Es soll sich mit Speicherthemen beschäftigen und wurde im Rahmen des Koalitionsvertrages ins Spiel gebracht. Dietmar Woidke forderte es seitens des Landes Brandenburg mit Nachdruck für die Lausitz ein, nachdem der Bund die Verkehrsbehörde nach Leipzig vergeben hatte. Derzeit ist es sehr ruhig darum geworden.

Der aktuelle Stand

Fragt man bei der Universität, im Land oder beim Bund nach, so bleibt die Ruhe erhalten. Das Thema wird derzeit hinter den Kulissen verhandelt. Seit dem Brief von Dietmar Woidke aus dem April, in dem er das Speicherinstitut für die Lausitz einforderte, laufen Gespräche mit dem Bund und der Fraunhofer-Gesellschaft. Fraunhofer forscht bereits an verschiedenen Standorten zu Speicherthemen und muss sich selbst erst ein Bild machen, wie ein neues Institut auszurichten ist – ob es also alle Themen vereint oder neue Themen bearbeitet. Forschungsteams aus einem eingespielten Umfeld herauszulösen, ist mit Problemen verbunden. Die Lausitz ist auch nicht als einziger Standort im Gespräch und hat allenfalls den Standortvorteil eines eventuellen politischen Willens. Die Lausitzer Hochschule verfügt bislang noch über kein hinreichendes Erfahrungspotenzial mit Speicherthemen, auch hier müsste erst der Nährboden bereitet werden.

Die Große Koalition hat das Institut im Februar dieses Jahres in ihrem Paket zur Erweiterung der Erneuerbaren unbestritten festgeschrieben: „Deutschland soll wieder Standort für Batterie-zellproduktion werden – Wir wollen ein Fraunhofer-Institut für

Speichertechnologien einrichten“. Damit soll eine konkrete Maßnahme für den hierzulande darnieder liegenden großflächigen Ausbau von Speichern umgesetzt werden. Die Notwendigkeit von Speichern zur Verstärkung des wetterabhängigen Wind- und Solarstroms gilt in der Energiewirtschaft als unumstritten.

Aus dem Berliner Politikbetrieb ist unterdessen zu hören, dass man sich dort in der Praxis momentan auf andere Themen konzentriert. Aktuell hat alles Vorrang, was sich im Bereich netzdienlicher Maßnahmen befindet. Der Netzausbau soll mit aller Macht vorangetrieben werden. Offensichtlich konzentriert man sich bei der Energiewende auf das Machbare in Teilbereichen.

Eine Chance?

Momentan spielt der Lausitz alles in die Hand, was in die aktuelle Debatte um die Strukturentwicklung eingebracht werden kann. Diese Chance könnte man aktuell sogar strategisch nutzen. Mit der Ernennung des BTU-Präsidenten Jörg Steinbach zum Brandenburger Wirtschaftsminister könnte man gezielt nach einer neuen Führungsperson für die Hochschule suchen, mit der sich die Entscheidung um ein solches Speicherinstitut verknüpfen ließe. Angedacht war es als ein Institut der Fraunhofer-Gesellschaft, wobei auch hier nur gewinnt, wer wagt. Ein Helmholtz-Institut wie es z.B. im sächsischen Freiberg installiert wurde, ist in seiner finanziellen Ausstattung solider aufgestellt und weniger abhängig von der bundesdeutschen Tagespolitik. Insofern sollte die Lausitz die ruhige Verhandlung hinter den Kulissen nutzen, um das Thema in den Verhandlungen um die Strukturentwicklung und auch um die neue Führung der Lausitzer Universität gut zu platzieren und zu forcieren. ☒



Altersrabatt für Ihr Fahrzeug

5 JAHRE	-10 %
8 JAHRE	-14 %
12 JAHRE	-24 %

Jetzt bis zu 24 % Rabatt auf die Servicerechnung sichern!

Fahrzeugalter in Jahren x 2 = Ihre persönliche Rabatthöhe*

Für alle 5 bis 12 Jahre alten Ford Fahrzeuge!

* Gültig für Privatkunden. Dem Rabatt liegt das Fahrzeugalter seit Erstzulassung und bis zum Ende des Aktionszeitraums zugrunde. Fahrzeuge ab 13 Jahren erhalten max. 24 %. Der Rabatt gilt auf die Gesamtrechnung (Service, Teile, Zubehör). Fremdleistungen (z. B. die Hauptuntersuchung) sind vom Rabatt ausgenommen, eine Kombination mit anderen Rabatten oder Aktionen ist nicht möglich.

Ford KRAUSE & SOHN GmbH

Autohaus Krause & Sohn GmbH
Sachsendorfer Straße 3
03051 Cottbus OT Groß Gaglow
„Am Lausitzpark“

Telefon: 0355 / 58 13 – 0
Fax: 0355 / 53 29 25
E-Mail: mail@krausecars.de
Internet: www.krausecars.de



10 Fakten, warum die Lausitz der beste Standort für die Tesla Gigafactory in Europa ist unter: welcome-tesla.com

...eine soziale Bewegung
#WelcomeTesla

Wir sagen Hallo zu Tesla.
Wir leuchten dem Roadster den Weg.
Tesla wird in der Lausitz landen!

18.10.18 LAUSITZRING

Facebook.com/welcometesla // www.welcome-tesla.com

Idee: Ein 3-Punkte-Plan für die Lausitz

Revierkonzept, Speicherinstitut und Tesla Gigafactory



Mit einer überraschenden Aktion wollen Lausitzer Tesla auf ihre Region aufmerksam machen.

Die Lausitz darf auch mal kreativ sein und etwas wagen. Sicher werden die vielen klugen Papiere aus regionalen Netzwerken und das vielfache Engagement der breiten Akteurslandschaft bei der Strukturentwicklung helfen. Man kann sich aber auch die Kampagne des Brandenburger Landesmarketings zu eigen machen: Es kann so einfach sein. Mit drei mutigen Schritten skizzieren wir eine Lösung für den Lausitzer Strukturwandel, der einer ganzen Region die Mühen der Niederungen erspart und sie quasi von jetzt auf gleich in die Zukunft katapultiert. Es ist ein 3-Punkte-Plan, der durchaus Realitätssinn birgt, der den Menschen hier ihren Stolz zurückgeben und so die Lausitz nicht nur wirtschaftlich attraktiv machen, sondern auch demokratisch stärken würde.

1. Das Revierkonzept der LEAG

Der Vergleich der großen Reviere im Rheinland und der Lausitz macht deutlich, wo in der Lausitz die Bedürfnisse liegen. Es ist nicht die energieintensive Industrie im Umfeld von Bergbau und Kraftwerken, sondern die Dominanz der Wertschöpfungskette rund ums Energieunternehmen LEAG. Diese Struktur lässt sich nicht in wenigen Jahren umbauen und sie muss so lange wie möglich erhalten bleiben, damit andere Wertschöpfungsketten entstehen und langsam wachsen können. Das hat gleich mehrere Vorteile:

Planungssicherheit: Sowohl das Energieunternehmen als auch die Region würden für die nächsten 20 Jahre Planungssicherheit gewinnen. Allein die Vermeidung weiterer Unsicherheiten wäre aktuell ein Gewinn für die Bevölkerung.

Grundlage für Wertschöpfungsketten: Mit der Sicherheit für bezahlbaren und verlässlichen Strom vor Ort wäre die Lausitz attraktiv für Industrieansiedlungen. Bemühungen um die Installation neuer Wertschöpfungsketten können so nicht an

dieser wichtigen Voraussetzung scheitern.

Zukunftssignal: Eine Entscheidung für das Revierkonzept wäre ein schnelles Signal echter Unterstützung an die Lausitz. Es hätte auch eine mentale Komponente, deren Auswirkungen schwer abschätzbar sind. Es könnte helfen, junge Menschen in der Region zu halten und demokratische Strukturen wieder zu stärken.

Der Bund sollte der Lausitz also endlich eine Zusage zum derzeit einzigen existierenden Zukunftsplan machen, auch wenn dieser erst einmal nur bis in die 2030er-Jahre reicht. Eine Bestätigung des Revierkonzepts der LEAG wäre der erste Schritt.

2. Das Speicherinstitut

Die Lausitz braucht zwingend mehr Anstrengungen, Forschung und Entwicklung in der Region zu installieren. Viele Unternehmen sind verlängerte Werkbänke von Konzernen mit Sitz in den alten Bundesländern, F&E-Abteilungen kann man in der Lausitz mit der Lupe suchen. Ein großes Forschungsinstitut für Speichertechnologien könnte nicht nur neue Player aus dem Bereich der e-Mobilität wie die Daimler-Tochter Accumotive in Kamenz befeuern, sondern auch dem Energieunternehmen LEAG eine völlig neue Perspektive geben. Speicher müssen in den Energienetzen der Zukunft eine zentrale Rolle spielen – und die LEAG verfügt über vielfältige Kompetenzen im Energiebereich, weit über Tagebau und Kraftwerke hinaus. Ein solches Institut könnte demnach auch für die zentrale Wertschöpfungskette der Lausitz eine Möglichkeit sein, den Fall abzumildern.

Leider fehlt neben der Accumotive der große industrielle Impuls, den es zur Installation eines solchen Instituts eigentlich braucht. Genau hier käme der Kunstgriff mit einer neuen Idee – und man könnte diesen zweiten Schritt mit dem dritten Schritt zusammenlegen.

3. Die Tesla Gigafactory in der Lausitz

Warum nicht den großen Wurf wagen? Was utopisch klingt, ist bei genauem Hinsehen sogar plausibel. Es gibt Standortfaktoren, die unsere Lausitz zum besten Platz für eine Tesla Gigafactory Europe machen. 10 von ihnen sind unter www.welcome-tesla.com aufgeführt. Die Nähe zum Lausitzring als Europas größtem Zentrum für autonomes Fahren, zu den Oberlausitzer Zentren für e-Mobilität oder zu den wichtigen Lithium-Vorkommen im nahen Tschechien sind nur drei davon.

Wenn die Politik es tatsächlich ernst mit der Lausitz meint und sich die Länder Brandenburg und Sachsen mit dem Bund in ein Boot begeben, kann eine einzigartige Förderung Tesla in die Lausitz holen. Wenn man sich die Zahlen der Gigafactory 1 in Nevada USA anschaut, hat dort eine Investition von rund 3,7 Milliarden Dollar (rund 3,2 Milliarden Euro) zu 3.250 nachhaltigen Industriebeschäftigten mit einer nachhaltigen Wertschöpfungskette geführt. Wenn ein Lausitzer Industriebeschäftigter auch in weniger attraktiven Bereichen rund 1 Million Euro Investition erfordert, dann hätte man hier mit einer 3,2 Milliarden Euro Investition zum gleichen Preis den neuen industriellen Anker der Region.

Solche Unternehmen kommen nicht nur wegen Standortfaktoren, sie werden politisch installiert. Auch wenn zu hören ist, dass Tesla mit dem Bereich Rheinland Pfalz und dem BeNeLux-Dreieck liebäugelt, noch ist wohl keine Entscheidung gefallen. Hier kann die Lausitz vom Bund mit Vehemenz Unterstützung einfordern. Dazu muss es endlich egal sein, ob ein solches Werk letztendlich in der brandenburgischen oder sächsischen Lausitz steht. Die ganze Region würde eine Aufwertung erfahren, deren Effekte wir nicht abschätzen können. Mit Tesla und Elon Musk gehen Innovation und Zukunft einher, die Lausitz könnte völlig neu von der Lage inmitten der Ballungsräume Berlin, Dresden und Leipzig profitieren.

Einfach machen, sollte hier mal die Devise lauten. Insoweit ist die soziale Bewegung #WelcomeTesla ein Signal von Lausitzern an die Region, die Länder und den Bund, der Lausitz eine Zukunft zu geben. Es kommt von unten, kann Ausdruck einer neuen Mentalität, eines neuen Stolzes werden. Es würde auch den Populisten den Boden nehmen – und könnte schon 2019 nicht nur zu einem neuen Selbstbewusstsein, sondern auch wieder zu einer besser sortierten politischen Landkarte in der Lausitz führen. Dazu muss man aber einmal etwas wagen! ☒

Die 31 Mitglieder der Strukturkommission auf einen Blick

Vorsitzende (stimmberechtigt)



Matthias Platzeck
ehem. Ministerpräsident Brandenburgs (2002-2013), seit 2014 Vorsitzender des Dt.-Russ. Forums, 2015/2016 im Vorsitz der Kommission zum Kernenergieausstieg.



Ronald Pofalla
seit 2017 Vorstand Infrastruktur der Deutschen Bahn AG, 1990-2014 MdB, 2005-2009 Generalsekretär der CDU, 2009-2013 Chef des Bundeskanzleramts.



Prof. Dr. Barbara Praetorius
seit 2017 Professorin für Nachhaltigkeit, Umwelt- und Energieökonomie und -politik an der HWT Berlin. Zuvor stellv. Direktorin Agora Energiewende.



Stanislaw Tillich
Ehem. Ministerpräsident Sachsens (2008-2017), zuvor in Sachsen u.a. Chef der Staatskanzlei, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft sowie für Finanzen.

Mitglieder (stimmberechtigt)



Christiane Schönefeld
seit 2004 Vorsitzende der Geschäftsführung der nordrhein-westfälischen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit.



Antje Grothus
bürgerschaftlich im Rheinischen Revier engagiert, Mitbegründerin Bürgerinitiative Buirer für Buir, Koordinatorin Kohlepolitik NRW bei der Klima-Allianz Deutschland.



Gerda Hasselfeldt
seit 2017 Präsidentin des DRK, zuvor u.a. Bundesbauministerin und Bundesgesundheitsministerin, 2005-2011 Vizepräsidentin des Bundestages, bis 2017 MdB.



Christine Herntier
Diplom-Ingenieurökonomin, seit 2014 Bürgermeisterin in Spremberg (parteilos), Sprecherin der Lausitzrunde, leitete 18 Jahre einen Textilbetrieb.



Martin Kaiser
einer von drei Geschäftsführer*innen von Greenpeace Deutschland, maßgeblich für Klimaarbeit zuständig, zuvor Experte für Waldkampagnen, studierter Forstwirt.



Steffen Kampeter
seit 2016 Hauptgeschäftsführer Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), 1990-2016 MdB, u.a. Parl. Staatssek. im Bundesmin. der Finanzen.



Stefan Kapferer
seit Mai 2016 Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), 2014-2016 stellv. Generalsekr. OECD in Paris.



Prof. Dieter Kempf
seit 2017 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), zuvor Präsident des Bundesverbandes Bitkom und Vizepräsident des BDI.



Stefan Körzell
seit 2014 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, u.a. für die Bereiche Wirtschafts-, Struktur-, Industrie- und Energiepolitik verantwortlich.



Michael Kreuzberg
seit 2013 Landrat des Rhein-Erft-Kreises, 1999-2013 Bürgermeister der Schlossstadt Brühl, davor Lehrer und Büroleiter MdB Dr. Heribert Blens.



Dr. Felix Christian Matthes
seit 1991 am Institut für angewandte Ökologie – Öko-Institut e.V. tätig, dort seit 2009 Forschungs-koordinator für Energie- und Klimapolitik.



Claudia Nemat
seit 2011 Mitglied des Vorstands der Deutschen Telekom AG, leitete das Vorstandsressort Technologie & Innovation, zuvor Senior Partnerin bei McKinsey & Company.

entsandte MdB (nur Rede-, kein Stimmrecht)



Andreas G. Lämmel
seit 2005 MdB (CDU), Obmann
im Ausschuss für Wirtschaft und
Energie, seit 2010 Mitglied im Bei-
rat der Bundesnetzagentur, zuvor
1994- 2005 MdL Sachsen.



Dr. Andreas Lenz
seit 2013 MdB (CSU),
Vorsitzender des Parlamentari-
schen Beirats für nachhaltige Ent-
wicklung, Mitglied im Ausschuss
für Wirtschaft und Energie.



Dr. Matthias Miersch
seit 2017 stellv. Vorsitzender
SPD-Bundestagsfraktion, 2009-
2017 deren umweltpolit. Sprecher,
u.a. Kuratoriumsmitglied DBU und
Mitglied beim NABU.

Zur Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Weitere Informationen über die
Kommissionsmitglieder und
Presseinformationen bzw. aktu-
elle Veröffentlichungen zu ihrer
Arbeit erhalten Sie auf der vom
Bundeswirtschaftsministerium
betreuten Homepage der
Kommission unter:

www.kommission-wsb.de

Mitglieder (stimmberechtigt)



Prof. Dr. Kai Niebert
Professor für Nachhaltigkeit und
Kommunikation Universität Zürich,
ehrenamtl. Präsident des Deutschen
Naturschutzrings (DNR/Dachver-
band dt. Umweltverbände).



Prof. Dr. Annekatrin Niebuhr
seit 2009 Professorin für
Empirische Arbeitsmarktforschung
und Räumliche Ökonometrie
an der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel.



Reiner Priggen
seit 2016 Vorsitzender des Landes-
verbandes Erneuerbare Energien
NRW e.V., 2000-2017 MdL Nord-
rhein-Westfalen, 2000-2015 stellv.
Vorsitzender der Grünen Fraktion.



Katherina Reiche
seit 2015 Hauptgeschäftsführerin
Verband kommun. Unternehmen
(VKU), seit 2016 Präsidentin des
Europ. Verbandes der öffentl. Ar-
beitgeber & Unternehmen (CEEP).



Gunda Röstel
seit 2004 Geschäftsführerin Stadt-
entwässerung Dresden GmbH, im
Aufsichtsrat der EnBW AG und der
VNG AG, 1996-1998 Bundesvorsit-
zende von Bündnis 90/Die Grünen.



Andreas Scheidt
seit 2014 Mitglied im Bundes-
vorstand der Gewerkschaft ver.di,
Leiter des Fachbereichs 2 Ver- und
Entsorgung, zuvor u.a. Betriebsrat
und Referent für Mitbestimmung.



Prof. Dr. Dr. h.c. Schellnhuber
seit 1993 Direktor Potsdam-Institut
für Klimafolgenforschung, das er
1992 gründete, Mitglied des Wiss.
Beirats der Bundesregierung Globa-
le Umweltveränderg. (WBGU).



Dr. Eric Schweitzer
seit 2013 Präsident Deutscher
Industrie- und Handelskammertag
(DIHK), 2004-2016 Präsident der
IHK zu Berlin, seit 2011 Vor-
standsvorsitzender ALBA Group.



Michael Vassiliadis
seit 2009 Vorsitzender der Indust-
riegewerkschaft IGBCE, seit 2011
Präsident der Föderation Euro-
päischer Bergbau-, Chemie- und
Energiegewerkschaften (EMCEF).



Prof. Dr. Ralf B. Wehrspohn
seit 2006 Leiter Fraunhofer-Institut
für Mikrostruktur von Werkstoffen
& Systemen IMWS, Halle (Saale),
seit 2006 Professor für Experimen-
talphysik Uni Halle-Wittenbg.



Prof. Dr. Hubert Weiger
seit 2007 Vorsitzender des Bundes
für Umwelt und Naturschutz Dtld.
(BUND) e.V., seit 2013 Mitglied
im Rat für Nachhaltige Entwick-
lung der Bundesregierung.



Hannelore Wodtke
Mediz.-Techn. Assistentin und
Verwaltungsfachkraft, Stadtver-
ordnete in Welzow, Gründungsmit-
glied und Vorsitzende der Initiative
„Grüne Zukunft Welzow“.

Strukturentwicklung in der Lausitz

- Vergleich Lausitzer und Rheinisches Revier -

	Das Lausitzer Revier	Das Rheinische Revier
Zentralität/ Typus Oberzentren	- Sehr peripher bis peripher; außer Landkreis Dahme-Spreewald (zentral) - Insgesamt eher ländlich geprägt - Nur ein Oberzentrum; Berlin und Dresden angrenzend	- Sehr zentral - Vorwiegend städtisch geprägt - Mehrere Oberzentren im Revier (Mönchengladbach und Aachen) bzw. in unmittelbarer Nähe (Rheinschiene)
Kreise Städte Gemeinden	- Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße, Dahme-Spreewald, Bautzen und Görlitz - Stadt Cottbus	- Rhein-Kreis Neuss, Kreis Düren, Rhein-Erft-Kreis, Kreis Heinsberg, Kreis Euskirchen - Stadt Aachen, Stadt Mönchengladbach
Fläche	11.726 km² - Entspricht ungefähr dem 4,5-Fachen der Fläche des Saarlandes	4.431 km² - Entspricht ungefähr 38% der Fläche des Lausitzer Reviers
Einwohner	1,14 Mio. - Prognose der Bevölkerungsentwicklung 2016-2035: -1,0% p.a.; Einwohnerzahl 2035 somit ca. 0,93 Mio.	2,42 Mio. - Prognose der Bevölkerungsentwicklung 2016-2035: 0,0% p.a.; Einwohnerzahl 2035 somit ungefähr gleichbleibend
Politische Mehrheits- verhältnisse	Bis auf Landkreis Dahme-Spreewald (SPD) alle Landräte CDU bzw. parteilos für CDU (Landkreis Oberspreewald-Lausitz)	Bis auf Kreis Euskirchen (parteilos) alle Landräte CDU
Verkehrs- infrastruktur	- Ausbau mehrerer Bahnstrecken erforderlich und auch von der LReg befürwortet, v.a.: Zweigleisiger Ausbau Strecke Lübbenau-Cottbus, Elektrifizierung der Strecke Cottbus-Forst, Elektrifizierung der Strecke Cottbus-Görlitz - Ausbau von Bundesautobahnen erforderlich und auch von der LReg befürwortet, v.a.: Sechsspuriger Ausbau A13 vom Schönefelder Kreuz bis zum Dreieck Spreewald	- Im Vergleich mit den anderen Braunkohlerevieren herausragende Anbindung an übergeordnete Verkehrsinfrastruktur (Autobahnen, Bahnstrecken, Rhein als Wasserstraße etc.) - Sehr gute Einbindung in innereuropäische Transitverkehre - Gleichzeitig somit hohe Belastungen durch Lärmemissionen etc.
Braunkohle- förderung	62,3 Mio. Tonnen (2016) - Entspricht 36% der Förderung in Deutschland 42% der direkt Beschäftigten in Deutschland	90,5 Mio. Tonnen (2016) - Entspricht 53% der Förderung in Deutschland 45% der direkt Beschäftigten in Deutschland
Wirtschaftsstruktur	Strukturdaten - BIP: 31,4 Mrd. EUR (2015) - Pro-Kopf-Einkommen²: 26.983 EUR / Einwohner (2015) - Arbeitslosenquote: 9,4% (2015) - Direkt Beschäftigte im Braunkohlesektor: 8.278 (2016) - Direkte / indirekte / induzierte Beschäftigung im Braunkohlesektor: 13.245 (2016) - Anteil der direkt Beschäftigten im Braunkohlesektor: 2,03% (2016) = Höchster Wert aller deutschen Braunkohlerevire Wirtschaftsstruktur - Zentrale Schwerpunktfelder: Energiewirtschaft, Industrieautomatisierung, Logistik / Mobilität und Chemische Industrie - Generell kleinbetriebliche Wirtschaftsstruktur, wenige Großunternehmen / Konzerne - Energiewirtschaft stellt wirtschaftlichen Kern der Region dar - Stark auf Braunkohle ausgerichtet - Möglicher Entwicklungspfad im Bereich Erneuerbare Energien vorhanden (u.a. im Bereich Windkraft / Energiespeichersysteme) - Diversifizierung des Energiesektors und Unterstützung von Zukunftstechnologien benötigt für gewinnbringende Nutzung der bestehenden Kompetenzen - Chemische Industrie mit Schwerpunkt biogene Kunststoffe ist wichtiger regionalwirtschaftlicher Anker (insb. Standort BASF in Schwarzheide) - Industrieautomatisierung stark auf Bergbau ausgerichtet - Spill-Over-Effekte in andere Industriesektoren müssen geschaffen werden - Wissen im Bereich Bergbau / Rekultivierung kann für Kooperation mit anderen Regionen verwendet werden - Weitere Ansiedlungs- und Beschäftigungspotenziale im Bereich Logistik / Mobilität möglich - Siehe bspw. Projekt „Niederschlesische Verkehrsmagistrale“ (Bahnstrecke Knappenrode-Horka-Grenze D-PL), wodurch ein direkter Anschluss an Osteuropa und Asien (insb. China mit Projekt „Neue Seidenstraße“) ermöglicht wird³ - Tourismus ist bereits relevantes regionalökonomisches Standbein - Ca. 13.800 Beschäftigte im Tourismus-, Hotel- und Gaststättengewerbe in der Lausitz - Bedeutung wird sich mit Vollendung des Lausitzer Seenlandes / Cottbuser Ostsees wahrscheinlich noch erhöhen	Strukturdaten - BIP: 79,3 Mrd. EUR (2015) - Pro-Kopf-Einkommen: 32.769 EUR / Einwohner (2015) - Arbeitslosenquote: 7,8% (2015) - Direkt Beschäftigte im Braunkohlesektor: 8.961 (2016) - Direkte / indirekte / induzierte Beschäftigung im Braunkohlesektor: 14.338 (2016) - Anteil der direkt Beschäftigten im Braunkohlesektor: 1,13% (2016) = Zweithöchster Wert aller deutschen Braunkohlerevire Wirtschaftsstruktur - Zentrale Schwerpunktfelder: Energiewirtschaft, Ressourceneffizienz im Bausektor, Logistik / Mobilität und energieintensive Industrie - Energieintensive Industrie stellt industriellen Kern der Region dar, v.a. in den Bereichen Metallverarbeitung, Chemische Industrie und Papiergewerbe - Verbunden mit sehr starker Forschungslandschaft und durch hohe Innovationsfähigkeit gekennzeichnet - Energiemanagement mit zunehmender Bedeutung - Schwerpunkt Ressourceneffizienz durch ressourceneffizientes Bauen und klimaneutrale Gewerbegebiete geprägt - Logistik und Mobilität: Voraussetzungen für logistische Ansiedlungen sowie Mobilitätsforschung / E-Fahrzeug-Produktion gegeben - Weitere relevante Wirtschaftspotenziale: Digitale / IKT-Start-ups, Mobilfunk (u.a. Testverfahren von Vodafone zu einem „5G Mobility Lab“) und Tourismus

Erstellt durch: Staatskanzlei des Landes Brandenburg Lausitz-Beauftragter des Ministerpräsidenten, Dr. Klaus Freytag

	Das Lausitzer Revier	Das Rheinische Revier
Wissenschaft, Forschung und Innovation	- Eine Universität (BTU CS), zwei Fachhochschulen (FH Wildau, Hochschule Zittau-Görlitz) - Schwach ausgeprägtes regionales Innovationssystem - Geringe Forschungs-, Patent- und Gründungsintensität⁴ - Geringer ausgeprägte Nähe der Unternehmen zu Universitäten und Forschungseinrichtungen - Unterdurchschnittliche Breitbandverfügbarkeit - DEKRA verfügt in Klettwitz über Testgelände für automatisiertes Fahren - Gezielte Stärkung der Aktivitäten kann zu Alleinstellungsmerkmal und regionalem Wettbewerbsvorteil führen	- Ausgeprägte und renommierte Forschungslandschaft mit starkem Bezug zu den wirtschaftlichen Schwerpunktfeldern der Region (Leuchtturm insb. RWTH Aachen) - Bedeutender Standort für die Energieforschung durch universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen - Entsprechendes breites Ausbildungsangebot ebenfalls vorhanden - Prognosen: Wertschöpfung und Arbeitsmarkt im Bereich Energiemanagement und Systemdienstleistungen werden wachsen - RWTH Aachen verfügt bspw. über ausgeprägte Forschungsinfrastruktur im Bereich Mobilität (u.a. E-Mobilität und autonomes Fahren in Zusammenarbeit mit dem Aldenhoven Testing Center)
Akteure / Organisationen im Strukturwandelprozess	- Keine übergreifende Gesamtstrategie vorhanden - Vielzahl von Akteuren mit z.T. ähnlichen Entwicklungskonzeptionen - Zentrale Akteure: WRL, iRL, WiL, Lausitzrunde	- Keine übergreifende Gesamtstrategie vorhanden - IRR GmbH ist für den Strukturwandelprozess zuständige Gesellschaft
Ausgangslage für den Strukturwandelprozess	- Relativ niedrige Wirtschaftskraft - Periphere Lage - Geringe Innovationsfähigkeit - Höchster Anteil der Beschäftigung im Braunkohlesektor im Vergleich aller Reviere und somit höchste Abhängigkeit - Insgesamt ungünstigste Rahmenbedingungen für Strukturwandel - Fachkräftemangel und demographische Situation erhöhen zukünftig Druck auf das regionale Wirtschaftssystem, unabhängig vom Strukturwandelprozess (bspw. bei der Suche nach Unternehmensnachfolgern und Auszubildenden) - Weiche Standortfaktoren müssen mit Blick auf die notwendige Anziehung von Beschäftigten gestärkt werden - Starke Konkurrenz zu städtischen Regionen vorhanden (bspw. Dresden, Leipzig, Berlin) wegen soziokulturellem Umfeld (Gastronomie, Sport- und Kulturveranstaltungen etc.)	- Starke, im Vergleich mit dem Lausitzer Revier diversifizierte Wirtschaftsstruktur mit Zugang zu Großunternehmen und Kapital - Sehr zentrale Lage in direkter Nähe zum metropolitanen Verflechtungsraum des Rheinlandes (u.a. Köln / Bonn, Leverkusen, Düsseldorf) - Hohe Innovationskraft und vielseitige Forschungslandschaft - Gute Chancen zur Bewältigung des Strukturwandels - Hemmende Faktoren: Kein GRW-Fördergebiet (bis auf Städteregion Aachen, Kreis Heinsberg und Stadt Mönchengladbach) sowie Verkehrsbelastung durch Transitverkehre

1 Entsprechend der Klassifizierung im Gutachten des RWI (2018), basierend auf den Daten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bzw. deren Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR). 2 Vergleichswert Deutschland: 37.128 EUR (2015).

3 Für Details siehe Webseite der IHK Cottbus unter: <https://www.cottbus.ihk.de/servicemarken/presse/Pressemitteilungen/nach-china-in-fuenf-tagen-statt-fuenf-wochen/3960918> 4 Forschungsintensität im Vergleich: Lausitzer Revier mit 0,50 % des BIP, Rheinisches Revier mit 1,04% des BIP und Durchschnitt Deutschland mit 2,01% des BIP (alle Zahlen 2015). **Datengrundlagen:** RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018): Erarbeitung aktueller vergleichender Strukturdaten für die deutschen Braunkohleregionen. Projektbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Projektnummer: I C 4 – 25/17. Endbericht – Januar 2018. Essen. Prognos AG (2018): Metastudie. Zukünftige Handlungsfelder zur Förderung von Maßnahmen zur Struktur Anpassung in Braunkohleregionen. Forschungsauftrag 24/17. Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Endbericht. Berlin.

Informationen / Einschätzungen der Landesregierung Brandenburgs sowie sonstige Recherchen

Fazit und Empfehlungen für die Arbeit der WSB-Kommission

Beide Reviere strukturell grundverschieden aufgestellt:

- Rheinisches Revier kleiner, urbaner, wirtschaftsstrukturell und forschungs- / innovationstechnisch stark positioniert sowie zentral gelegen mit Anbindung an die Metropolregion Rheinland und innereuropäische Transitkorridore (insb. Nord-Süd-Verbindung entlang des Rheins)
- Lausitzer Revier: flächenmäßig deutlich ausgedehnter, vorwiegend ländlicher geprägt, wirtschaftsstrukturell wesentlich stärker von der Braunkohleverstromung abhängig, mit unterdurchschnittlicher Forschungs- und Innovationstätigkeit, zudem peripher gelegen zwischen den Metropolen Berlin, Leipzig und Dresden
- In der Lausitz besteht somit das größere Erfordernis zum Ausgleich von Standort- und Struktur nachteilen durch wirtschaftspolitische / fördertechnische Maßnahmen
- Konzentration von zentralen Maßnahmen, Projekten und Mitteln auf die Lausitz notwendig
- Mehrere Dimensionen für eine erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels sind zu berücksichtigen:
- Wirtschaftspolitische / -strukturelle Komponente bezogen auf die Lausitz (Schaffung von neuen Geschäftsfeldern und Alternativen zum bisherigen Braunkohlesektor, die mit einer ausreichenden Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden sind)
- Wirtschaftspolitische / -strukturelle Komponente bezogen auf den nach wie vor existierenden strukturellen Unterschied zwischen den Neuen und den Alten Bundesländern im Sinne eines politischen Signals zur Stärkung des innerdeutschen Konvergenzprozesses
- Gesellschaftspolitisch im Sinne der Sicherung des sozialen Zusammenhalts (Gewährleistung von verlässlichen ökonomischen Rahmenbedingungen als Garant für eine ausgewogene und erfolgreiche Regionalentwicklung)
- Industriepolitische Unterstützungs- und Fördermaßnahmen seitens der Bundesregierung müssen auf das jeweilige Profil des Reviers zugeschnitten werden:
- Lausitz benötigt v.a. Unterstützung bei der Diversifizierung ihrer Wirtschaft, um Abhängigkeit von der Braunkohle zu minimieren und um sich neue Branchenfelder zu erschließen
- Rheinisches Revier kann seine bereits bestehenden Wirtschaftskerne (bspw. energieintensive Industrien) weiter stärken
- Adäquate und zielgerichtete Strukturmaßnahmen können Konkurrenzsituationen zwischen den Revieren aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftsstrukturellen Positionierung vermeiden und Wertschöpfung für alle vom Braunkohleausstieg betroffenen Regionen schaffen

Der Revier-Appell – jede Stimme zählt!

Zusammen mit einem überparteilichen Spektrum an Erstunterzeichnern aus dem Lausitzer Revier haben die Gewerkschaften IG Metall und IG BCE unter dem Motto „Unser Lausitzer Revier – Unsere Zukunft!“ einen Revier-Appell auf den Weg gebracht. Die Unterzeichner fordern belastbare und nachhaltige Zukunftskonzepte für das Lausitzer Revier.



Die IG BCE mobilisierte im Jahr 2015 schon einmal rund 15.000 Kumpel aus den Revieren für ein deutliches Signal in Berlin. Der Revier-Appell bündelt erneut das Echo aller Reviere als Reaktion auf die Berliner Debatte.

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und den Plan zur „schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung, einschließlich eines Abschlussdatums“ verfolgen Hunderttausende Mitarbeiter in der Energiewirtschaft und den energieintensiven Industrien mit großer Sorge. Ein verfrühtes, von Symbolpolitik getriebenes „Abschalten“ würde schmerzhaft Folgen für die gesamte heimische Industrie haben: Kahlschlag in den Regionen, steigende Energiepreise und Jobabbau. Niemandem ist geholfen, wenn Deutschland sich mit der Energiewende übernimmt.

Die Braunkohle ist vor allem deshalb Deutschlands günstigster Energieträger, weil sie direkt am Ort des Abbaus verstromt wird. Die „lineare Logik“ eines schrittweisen Herunterfahrens funktioniert hier deshalb nicht. „Abschalten“ würde den Strukturbruch und damit Kahlschlag bedeuten.

Benötigt wird stattdessen eine langfristige Strukturpolitik, die dem Lausitzer Revier zu neuer Wirtschaftskraft in vergleichbarer Größenordnung verhilft. Der Revier-Appell will verhindern, dass die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Lausitz und der weiteren Reviere auf dem Altar energiepolitischer Glaubensfragen geopfert wird. Deshalb haben die Gewerkschaften ihre Forderungen für eine gute Zukunft des Lausitzer Reviere in einem Revier-Appell niedergeschrieben. Er beginnt mit den Worten:

„Jede zehnte Kilowattstunde Strom kommt aus den Braunkohlekraftwerken der Lausitz: Sicher und zuverlässig, unabhängig von Tageszeit und Wetter, zu wettbewerbsfähigen Kosten, subventionsfrei und immun gegen internationale Handelsrisiken. Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Appells, haben die Sorge, dass viele Entscheidungsträger in Bund und Land nicht nur den Beitrag des

Lausitzer Reviere zum wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland vergessen, sondern auch die industrielle und gesellschaftspolitische Bedeutung unserer Industrie für die Region und für den Wirtschaftsstandort Deutschland aus den Augen verloren haben.“

Der vollständige Revier-Appell für die Lausitz ist unter www.cottbus.igbce.de abrufbar. Jetzt zählen die Stimmen aller Lausitzer für die Zukunft ihres Reviere. Sie sollen der Strukturkommission erstmals im Herbst übergeben werden und diese so für die Lausitzer Belange sensibilisieren. ☒

Jeder kann seine Stimme geben – auf ausliegenden Unterschriftenlisten oder online unter: www.cottbus.igbce.de

„Wir fordern belastbare Zukunftskonzepte“

Zum Revier-Appel sprachen wir mit Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE

Welche Ziele verfolgen Sie mit dem Revierappell?

Wir wollen gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der IG Metall der Politik deutlich machen, welche Bedeutung die Braunkohle für die industrielle und gesellschaftliche Entwicklung hat – und zwar nicht nur für das Revier selbst, sondern bundesweit. Ein von Symbolpolitik getriebener, übereilter Ausstieg aus der Braunkohleverstromung würde schmerzhaft Folgen haben – mit Kahlschlag in den Regionen, Jobverlust und steigenden Strompreisen bundesweit. Wir fordern belastbare und nachhaltige Zukunftskonzepte für das Lausitzer Revier. Wir brauchen den Einstieg in einen Strukturwandel, der gute Industriearbeit sichert.

Sie müssen mit dem Rheinland, Mitteldeutschland und der Lausitz drei Revieren gerecht werden, wo sehen Sie die Unterschiede in den Herausforderungen?

Die Braunkohle bildet den industriellen Kern der Lausitz, sichert Tausende Jobs mit gut bezahlter, tarifgebundener und mitbestimmter Industriearbeit. In keinem anderen Revier ist die Abhängigkeit von dieser Branche so groß. Der Strukturwandel in dieser Region wird eine Mammut-Aufgabe. Es braucht schlüssige Konzepte, die Geldgeber dazu motivieren, dort zu investieren. Dabei sind weitaus mehr Anreize nötig als nur Förder-Milliarden oder neue Autobahnen.

Der Kohleausstieg trifft auch die energieintensive Industrie wie die Ortrander Eisenhütte in der Lausitz, wie gefährdet sind solche Unternehmen?

Schon heute sind die Energiepreise für die heimische Industrie die höchsten in Europa. Ein vorzeitiges Aus für die Braunkohle würde den Standort Deutschland noch unattraktiver für die Industrie machen. Denn günstige Braunkohle müsste durch teureres Gas ersetzt werden, um grundlastfähigen Strom zu produzieren. Den können die erneuerbaren Energieträger angesichts fehlender Leitungen und Speicher bis heute nicht liefern. Ein schnelles Abschalten der Kohle würde somit direkt die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie treffen – und damit einen zentralen Job- und Wohlfahrtsfaktor des Standorts Deutschland.

Berücksichtigt die aktuelle Debatte Ihres Erachtens auch die von Tagebau und Kraftwerken direkt abhängigen Industrien?

Ein klares Nein. Die Diskussion wird zu oft verengt auf die Beschäftigten in der



Allein in der Lausitz kamen auf den Einsatz der IG BCE hin im Jahr 2015 über 4.000 Kumpel zur Kundgebung am Kraftwerk Jänschwalde. Hier sprach auch Michael Vassiliadis.

Braunkohle. Sie liegen uns natürlich ebenfalls besonders am Herzen, sie sind schließlich unsere Mitglieder. Studien haben allerdings ergeben, dass an jedem Job in der Braunkohle etwas mehr als zwei Arbeitsplätze bei Dienstleistern und Zulieferern hängen. Deswegen warnen wir auch vor einem Kahlschlag in den Regionen, sollte die Kohleverstromung vorzeitig eingestellt werden.

Ist das Revierkonzept der LEAG der richtige Ansatz für die Lausitz – und ist es mit Ihrer Interessenvertretung für alle betroffenen Reviere vereinbar?

Das Revierkonzept der LEAG haben wir im Aufsichtsrat mitgetragen. Wir halten es unter den aktuell gültigen politischen Rahmenbedingungen für realistisch und vertretbar.

Was müsste Ihres Erachtens in der Lausitz in den kommenden fünf Jahren sichtbar sein und was braucht es in den nächsten zehn Jahren, um den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten?

Von zentraler Bedeutung ist der Ausbau der Verkehrs- und Dateninfrastruktur – aber das ist eben nur ein Aspekt von vielen. Es braucht industrielle Mega-Projekte – und nicht noch mehr Baumärkte oder Nagelstudios. Wir als IG BCE wollen deshalb in einer Standortkonferenz vor Ort Ansätze für die industrielle Zukunft der Lausitz diskutieren. Klar ist: All das braucht seine Zeit. Und nur wenn wir die Braunkohleverstromung entlang des aktuell vorgezeichneten Pfads auslaufen lassen, werden wir

die Chance auf einen Strukturwandel ohne Strukturbrüche haben.

Die Strompreise werden mit dem schleichenden Kohleausstieg weiter steigen, wieviel kann man den Verbrauchern noch zumuten?

Jährlich zahlen die Bundesbürger mehr als 25 Milliarden Euro allein an EEG-Umlage. Dafür haben sie Windräder und Solardächer bekommen – aber weder ordentliche Leitungen, noch Speicher, mit denen die Energiewende erst funktioniert. Mit der Umlage finanzieren wir alle dagegen die gesicherten Riesen-Renditen, die den Investoren für ihre Öko-Anlagen garantiert worden sind. Heute kommen weitere Milliarden für Noteingriffe ins Netz oben drauf. Hinzu kommt, dass es keinerlei Sozialfaktor gibt. Deshalb treten wir für ein steuerfinanziertes Modell ein. Das würde auch die politische Debatte über diesen riesigen Kostenblock befördern.

Was macht Sie zuversichtlich, eine gute Lösung für die betroffenen Reviere zu erreichen?

Dass bei immer mehr Beteiligten die Sensibilität für die Größe der Herausforderung wächst. Es gibt ein aufrichtiges Bestreben, sinnvolle Lösungen für die Reviere zu suchen. Und wem das in der oft theoretischen Debatte um Zahlen und Daten der Klimapolitik mal aus den Augen gerät, den werden wir auf den Boden der Tatsachen zurückbringen.

Wir danken für das Interview.

⊗

„Wachstum, Strukturwandel & Beschäftigung“

WiL veröffentlicht ein Positionspapier für die Strukturentwicklung in der Lausitz – adressiert an die Bundespolitik und die Strukturkommission

Als regionale Aktions- und Netzwerkplattform ist es das Hauptanliegen der Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V. (WiL), den Wirtschaftsstandort Lausitz nachhaltig zu stärken. Im Juli hat die Kommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ihre Arbeit aufgenommen, in diesem Zuge hat die WiL kürzlich ein Positionspapier veröffentlicht, welches fordert, dass im Zentrum der Arbeit der Strukturkommission die Begleitung des bereits eingeleiteten Ausstiegs aus der Braunkohle durch geeignete Strukturförderung stehen muss. Dabei sind insbesondere folgende 6 Punkte zu beachten:

1. Sonderrolle Lausitz

Das Lausitzer Revier hat von allen BK-Revieren die schlechtesten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Strukturentwicklung. Gleichzeitig ist in keinem anderen Revier die derzeitige Abhängigkeit der Region von der BK-Wirtschaft höher als in der Lausitz. Dieser Situation ist bei den Empfehlungen der Strukturkommission im Besonderen Rechnung zu tragen.

2. Schritt für Schritt

Die heutige Wirtschaftsstruktur der Lausitz ist stark geprägt durch einige wenige industrielle Kerne (Braunkohlewirtschaft, Chemie, Stahl und Ernährung) und daran gekoppelte tiefe Wertschöpfungsketten. Einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren für einen gelungenen Strukturwandel ist unter diesen Voraussetzungen der Faktor Zeit. Die WiL geht davon aus, dass mindestens 3 Jahrzehnte für eine geordnete Entwicklung benötigt werden. In dieser Zeit sind die bestehenden Strukturen mit Hilfe des Staates sukzessive umzubauen und politisch induzierte Strukturbrüche zu vermeiden.

3. Zug um Zug

Der Prozess der Strukturentwicklung ist aus Sicht der WiL nur bedingt im Voraus planbar. Aus diesem Grund sind die Maßnahmen zur Strukturentwicklung anhand von Meilensteinen zu planen, die Wirkungen laufend zu monitoren und bei Zielabweichung durch geeignete Maßnahmen nachjustieren.

4. Versorgungssicherheit & Strompreise

Aufgrund hoher Abgaben und Steuern auf Strom hat Deutschland in Europa die höchsten Industriestrompreise. Eine weitere Belastung der Wirtschaft ist unbedingt zu vermeiden. Die gesicherte Stromerzeugung durch konventionelle Kraftwerke geht über-



Der WiL-Vorstandsvorsitzende Michael von Bronk übergab Bundesfinanzminister und Vize-Kanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch der LEAG-Lehrwerkstätten im Kraftwerk Jämschwalde das Positionspapier der Wirtschaftsinitiative Lausitz. Eine persönliche Übergabe an Andrea Nahles erfolgte bei ihrem Besuch in der Lausitz ebenso.

all in Europa zurück und die erneuerbaren Energien tragen mangels ausreichender Speicher de facto nichts zur gesicherten Stromversorgung bei. Die WiL hat erhebliche Zweifel, dass in dieser Situation das europäische Verbundsystem in der Lage ist, die Versorgung jederzeit sicherzustellen. Dieser Situation ist durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken.

5. Keine Alimente & Sozialprogramme, sondern zukunftsfähige Strukturen und Arbeitsplätze

In der öffentlichen Wahrnehmung werden in der der Strukturdebatte oftmals die Menschen ausgeblendet, die in großer Zahl in mittelständischen Unternehmen arbeiten und die eine wettbewerbsfähige Stromversorgung überhaupt erst möglich machen. Ihre Zahl ist größer als die Mitarbeiter der LEAG, ohne dass für sie irgendwelche wirtschafts- oder sozialpolitischen Lösungen

in Sicht wären. Aus Sicht der WiL muss die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen stärker in den Vordergrund gerückt werden. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Entwicklung einer leistungsfähigen Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie eine angemessene Investitionsförderung.

6. Ausbau von Infrastruktur/Vereinfachung und Beschleunigung der dazu notwendigen Planverfahren

Für eine erfolgreiche Strukturentwicklung sind die (europäischen) Beihilferegeln und gesetzlichen Planungsregelungen (z.B. Verkehrswegausbau über den Bundesverkehrswegeplan) zu aufwendig und langwierig. Im Rahmen einer Modellregion sind daher beschleunigende und vereinfachende Verfahren wie in der Zeit der Wende zu entwickeln und mit der EU abzustimmen, um Investitionshemmnisse zügig zu beseitigen. ☒



Foto: Rainer Weisflog / LEAG

Reviertransfer Lausitz

Bereits in der vergangenen Ausgabe des Lausitz Magazins berichteten wir über die Vielfalt des Engagements in den Lausitzer Veränderungsprozessen. Wer hier am Ball bleiben muss und will, der sollte inzwischen ein Hybrid aus Marathonläufer und Zehnkämpfer sein. Die Parallelität der Ereignisse reißt kaum ab. Zumindest das Land Brandenburg mit einem neu ausgerichteten und vielversprechenden Lausitzbeauftragten und der Bund mit der Strukturkommission haben für Verbindlichkeiten gesorgt. Für beide Ebenen ist aus Sicht der Lausitz aber nach wie vor zu beobachten: wo Licht ist, da ist auch Schatten.

Es ist aktuell sehr schwer, in einem Medium mit einer Halbwertszeit jenseits einer Woche die wichtigen Parameter der Lausitzer Veränderungsprozesse aktuell zu beschreiben, es gestaltet sich ebenso diffizil, einen Überblick zu wahren und das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen. Insofern ist es gerade die fortgeschriebene Rubrik „Reviertransfer“, in der wir den geneigten Lausitzfan um Nachsicht bitten müssen. Denn während wir die folgenden Seiten erstellen, wissen wir, dass bis zu ihrem Erscheinen der 2. Lausitzdialog am 25. Juni und der Start inklusive der ersten Sitzung der Berliner Strukturkommission ins Land gehen. Der neue Lausitzbeauftragte wird sein Büroschild in der Cottbuser Gulbener Straße an die Wand schrauben und die Gesellschafter der Wirtschaftsregion Lausitz sind eine

Antwort zum Gesicht nach Außen zum Monatswechsel Juni-Juli ebenso schuldig.

Auf allen Ebenen bleibt die Dichte der Ereignisse, die im Veränderungsprozess auch wichtige Weichenstellungen mit sich bringen können, immens. Eine Konstanz ist leider nach wie vor die fehlende strukturelle Bündelung innerhalb der Lausitz. Wir zeigen, warum aktuelle Entwicklungen diesen Trend sogar verschärfen können, es andererseits aber auch berechtigte Hoffnung auf jenen gibt, der endlich die verschiedenen Stimmen bündelt und zusammenführt. Dabei wird es im zweiten Halbjahr 2018 spannend, ob die Lausitzer Akteure die Zeiträume ihres Handelns richtig bewerten. Zum Herbst soll die Berliner Strukturkommission schließlich einen Plan zum Wandel der Kohlereviere vorlegen – und wenn

die Lausitz bis zu diesem Termin ihrerseits keinen klaren Plan liefern kann, wäre das im Wettbewerb der betroffenen Regionen um Strukturmittel ein kaum abschätzbarer Nachteil. Andererseits erlebt das Lausitzer Revier bereits im Herbst mit der Stilllegung eines Kraftwerksblocks in Jänschwalde und dessen Überführung in die Sicherheitsreserve den ersten, herben Einschnitt infolge bundespolitischer Entscheidungen. Beides macht klar, dass die Profilierung diverser Interessen und Themen in Foren und Tagungen endlich einer integrierten Sacharbeit Platz machen sollte. Wir brauchen in der Lausitz eine neue Geschwindigkeit, bei der nach Möglichkeit alle Akteure im selben Zug sitzen. ☉

Lausitzebene: Strukturelles Nebenher

Die Lausitz scheint nach wie vor Weltmeister im strukturellen Nebeneinander sein zu wollen. Zur Wirtschaftsregion, Innovationsregion, Wirtschaftsinitiative und Lausitzrunde gesellte sich bereits im vergangenen Quartal die LMBV. Nun, drei Monate später, ist noch immer keine Bündelung in Sicht. Die verschiedenen Akteure schreiben weiter fleißig Briefe nach Berlin und liefern der Bundespolitik durch die fehlende Einigkeit die beste Ausrede für deren nach wie vor fehlenden Ausgleich für die Lausitz. Wo, vorsichtig beschrieben, Verbesserungspotenziale schlummern, kann man mit einem Blick auf den aktuellen Stand bei den wichtigsten Playern erkennen:

Wirtschaftsregion Lausitz

Die Landkreise Görlitz, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz, Elbe Elster, Dahme-Spreewald und die kreisfreie Stadt Cottbus haben auch im zurückliegenden Quartal die zwei wichtigsten Aufgaben nicht erledigt. Nach wie vor ist Bautzen als Lausitzer Landkreis nicht Bestandteil der Wirtschaftsregion und schwächt deren länderübergreifende Relevanz enorm. Zum anderen hat man sich nach zwei Ausschreibungen und einem nachgelagerten internen Prozess nicht auf die Führungsperson für die neue Gesellschaft einigen können. Zu viele Befindlichkeiten stehen dem dringend benötigten Pragmatismus im Weg. Inzwischen läuft der Gesellschaft die Zeit davon und es wird immer fraglicher, ob die Wirtschaftsregion bis zum Jahresende in der Lage sein kann, dringend benötigte Antworten zu geben. Eine erste Folge ist das Fehlen ihrer Stimme als wichtigen Part in der neugegründeten Strukturkommission beim Bund.

Auf der operativen Ebene birgt die aktuell zweigleisige Struktur der Wirtschaftsregion sicher mehr Reibungsverluste als Synergien. Das Team der Zukunftswerkstatt, vor allem durch den Landkreis Görlitz als aktuellem Interimssprecher der Wirtschaftsregion gesteuert, hat seine Räume in Bad Muskau und betreibt derzeit erst einmal den Aufbau eines Beteiligungsprozesses zu einem Leitbild für die Lausitz. Am Sitz der Gesellschaft in Cottbus ist wiederum Norman Müller mit seinem kleinen Team in den operativen Projekten gebunden. Zudem erfordert eine Vielzahl an Foren oder Projekttreffen die Vorbereitung von Präsentationen und Redebeiträgen. Mit der Umsetzung des Regionalen Investitionskonzepts (RIK) sind zusätzliche Kapazitäten erforderlich. Von außen betrachtet stellt sich die Frage, warum man sich hier gegen eine Bündelung von Personal und die resultierende Schaffung von Synergien entschieden hat. Operativ passiert bei der Wirtschaftsregion hingegen so viel, dass wir dem in unserem Magazin erstmals eine eigene Rubrik gewidmet haben (siehe „Nachrichten aus der Wirtschaftsregion“ ab Seite 34).

Innovationsregion Lausitz

Der Darstellung zur Arbeit der Innovationsregion Lausitz aus der vergangenen Ausgabe ist wenig hinzuzufügen. Ein aktueller Lichtblick mit einem vielversprechenden Projekt aus dem Beratungsportfolio von Hans-Rüdiger Lange und seinem Team ist mit der KIT GmbH in dieser Ausgabe ausführlich dargestellt (Seite 12). Es zählt zum Zukunftsfeld der Industrie-Automatisierung. Inzwischen umfasst das Portfolio der Innovationsregion rund 150 Unternehmen aus der Region, die in folgende sechs Wachstumsmärkte geclustert wurden:

- Urbane Energiewende
- Industrialisierung der Erneuerbaren Energien
- Industrie-Automatisierung
- Umland der Metropolen (Lebens- und Wohnort)
- Service zu Produktion
- Neue Mobilitätssysteme

Hier wird es spannend sein, ob sich nun, knapp ein Jahr vor Auslaufen der ersten Finanzierung für die Innovationsregion, recht schnell eine nachhaltige Folgeleistung anbahnt. Der Wechsel in der Geschäftsführung der IHK Cottbus sollte diesen wichtigen Beschleuniger für Innovationen in der Lausitzer Schlüsselwirtschaft nicht gefährden. ☺

25 Jahre
LAUSITZER
WASSER



Mit uns... hoch hinaus!

Tag der offenen Tür
in der Kläranlage Cottbus

1. September 2018 10–17 Uhr
Am Großen Spreewehr 6

Genießen Sie den Blick auf Cottbus und Umland aus 35 m Höhe! Erfahren Sie mehr über die moderne Abwasserentsorgung in unserer Stadt! Schauen Sie hinter die Türen und das Geheimnis unserer erfolgreichen Lehrwerkstatt! Lernen Sie unsere Mitarbeiter kennen! Und vor allem: Haben Sie Spaß und erleben Sie unterhaltsame Stunden bei uns! Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Infos unter: www.lausitzer-wasser.de



**Jetzt bis zu 24 % Rabatt auf
die Servicerechnung sichern!**

Fahrzeugalter in Jahren x 2 = Ihre persönliche Rabatthöhe*

Für alle 5 bis 12 Jahre alten Ford Fahrzeuge!

* Gültig für Privatkunden. Dem Rabatt liegt das Fahrzeugalter seit Erstzulassung und bis zum Ende des Aktionszeitraums zugrunde. Fahrzeuge ab 13 Jahren erhalten max. 24 %. Der Rabatt gilt auf die Gesamtrechnung (Service, Teile, Zubehör). Fremdleistungen (z. B. die Hauptuntersuchung) sind vom Rabatt ausgenommen, eine Kombination mit anderen Rabatten oder Aktionen ist nicht möglich.



KRAUSE & SOHN GmbH

Autohaus Krause & Sohn GmbH
Sachsendorfer Straße 3
03051 Cottbus OT Groß Gaglow
„Am Lausitzpark“

Telefon: 0355 / 58 13 – 0
Fax: 0355 / 53 29 25
E-Mail: mail@krausecars.de
Internet: www.krausecars.de

Wirtschaftsinitiative Lausitz

Entscheidende Neuigkeit bei der Wirtschaftsinitiative Lausitz war im vergangenen Quartal die Neuwahl des Vorstands. Die Beständigkeit in fast allen Positionen wird von einer Veränderung mit Potenzial begleitet. Verleger Torsten Berge ist seit April neues Vorstandsmitglied und wäre dem zuletzt von der WiL e.V. geäußerten Willen, eine Wirtschaftsinitiative für die Lausitz aufzubauen und kommunikativ zu begleiten, sicher zuträglich.

Lausitzrunde

Die Lausitzrunde hat mit der Aufnahme ihrer Sprecherin, der Spremberger Bürgermeisterin Christine Herntier, in die Berliner Strukturkommission sicher an Bedeutung gewonnen. Aktuell wird ihre Institutionalisierung in Form einer öffentlich mandatierten Vereinbarung weiter vorangetrieben. Die ersten Kommunen haben bereits zugestimmt. Diese Institutionalisierung kann aus verschiedenen Gründen, die wir in vorherigen Ausgaben bereits aufgezeigt haben, skeptisch gesehen werden:

Zementierung des strukturellen Nebeneinanders: Mit einer Institutionalisierung müssten die Landkreise und die kreisfreie Stadt Cottbus zwangsläufig als Mitglieder der Institution Lausitzrunde ausscheiden. Sie haben für die Strukturentwicklung der Lausitz bereits die Wirtschaftsregion ins

Leben gerufen und es wäre sicher kaum vermittelbar, wozu sie parallel Bestandteil einer kommunalen Struktur sein müssen, statt diese in die Wirtschaftsregion zu integrieren. Insofern verliert die Lausitzrunde auch an regionaler Geschlossenheit, die derzeit mit dem offenen Bündnis inklusive der kreislichen Ebene darstellbar ist.

Verlust an Handlungsfähigkeit: Mit der Institutionalisierung muss bei wichtigen Entscheidungen sicher auch der politische Raum befragt werden. Das heißt, alle Mitglieder müssten eventuelle Entscheidungen erst einmal durch ihre Kommunalparlamente bringen. Mit einem Blick auf die dringend benötigte neue Geschwindigkeit in der Lausitz geht somit ein unabhängiger und schneller Treiber für Ideen und Themen verloren.

Politisierung und Gewichtung im Management: Die mit der Mandatierung zu schaffende Geschäftsstelle in Spremberg erhält ein enormes Gewicht im Veränderungsprozess der Lausitz. Immerhin kann sich jener, der sie managt, auf die demokratische Legitimation der gesamten kernbetroffenen Lausitz berufen. Es wäre den kommunalen Parlamenten und vor allem der durch sie vertretenen Bevölkerung sicher schwer zu vermitteln, wenn diese Position parteipolitisch oder standortpolitisch gewichtet würde. Es würde der Lausitz mit Sicherheit

nicht guttun, wenn bei Entscheidungen wie dem Sitz der Lausitzrunde in der Strukturkommission oder den kürzlich durch die Länder an den Industriepark Schwarze Pumpe vergebenen 100 Millionen Euro Fördermitteln ein Geschmäcke entsteht.

Die Aufwertung der Lausitzrunde durch ihren Sitz in der Strukturkommission kann hingegen für die Lausitz ein enormer Gewinn sein. Durch sie können Lausitzer Themen auf Augenhöhe an einem Tisch platziert werden, an dem die Zukunft der Lausitz auch mit Akteuren wie Greenpeace verhandelt wird. Christine Herntier hat durch ihren Sitz sowohl im Beirat der Innovationsregion als auch im Lenkungsausschuss der Zukunftswerkstatt Lausitz im Rahmen der Wirtschaftsregion unmittelbaren Zugang zu allen wichtigen Themenfeldern. Ihre Schlüsselrolle in Berlin – die Lausitz sollte sie durch eine besondere kommunikative Expertise fördern und begleiten.

Das Fazit für das vergangene Quartal fällt nicht leicht. Außer Posten und Positionen hat sich inhaltlich nach außen wenig getan. Die Sommerpause ist sicher auch ein schwieriger Zeitraum für große Taten. Insofern wünschen wir der Lausitz ein gemäßigtes Wetter, einhergehend mit Pragmatismus bei allen Akteuren, wobei vor allem der neue Lausitzbeauftragte Brandenburgs schnell Impulse setzen müsste.

Landesebene: Mit neuem Lausitzbeauftragten zur Chefsache



Foto: brandenburg.de

Auf Landesebene wurde der Lausitz mit einer Entscheidung Mitte Juni eine völlig neue Qualität der Unterstützung im Veränderungsprozess zuteil. Der ausgewiesene Bergbau- und Wirtschaftsexperte Dr. Klaus Freytag wurde als Beauftragter des Ministerpräsidenten Dietmar Woidke für die Lausitz ernannt. Bislang hatte diese Funktion Staatssekretär Hendrik Fischer aus dem Landeswirtschaftsministerium inne. Nun wird diese Position nicht nur direkt der Staatskanzlei und somit dem Ministerpräsidenten zugeordnet, sie wird auch mit einer Außenstelle direkt in der Lausitz verankert. Die regionale Strukturentwicklung der Lausitz wird in Brandenburg dadurch erstmals zur Chefsache erklärt. Dr. Klaus Freytag könnte sich als der dringend benötigte Moderator zur strukturellen Bündelung in der Lausitz erweisen. Er war von 2004 bis 2015 Leiter des Landesbergamtes, er lebt seit 25 Jahren in der Lausitz. Hier ist er vernetzt und kennt sich mit Lausitzer Themen und dem seit 25

Dr. Klaus Freytag wird der zentrale Ansprechpartner für die Akteure in der Lausitz sein. Der Lausitz-Beauftragte wird sich eng mit dem Freistaat Sachsen und dem Bund abstimmen.

„Mit Klaus Freytag haben wir einen qualifizierten Experten und Freund der Lausitz gefunden. Er wird mit den Akteuren Perspektiven für die Lausitz entwickeln.“

Dr. Dietmar Woidke

Jahren laufenden Strukturwandel, der längst eine Strukturentwicklung ist, bestens aus. So wurde Freytag von Woidke auch als der zentrale Ansprechpartner für alle Akteure in der Lausitz ins Rennen geschickt. Der gebürtige Rheinländer bringt neben Kompetenz und Netzwerk auch das notwendige Kommunikationspotenzial und die Fähigkeit zur Steuerung integrativer Prozesse mit. Es wäre Freytag zu wünschen, dass der Ministerpräsident diese wichtige Personalie auch mit einer entsprechenden Wertigkeit untermauert. Aktuell steht Woidke die Position eines Staatssekretärs noch zur Verfügung, sie wäre bei Freytag folgerichtig aufgehoben und brächte die Lausitz auch mit dem Lausitzbeauftragten Sachsens auf Augenhöhe: das Pendant zu Dr. Klaus Freytag zumindest in dieser Funktion ist dort Staatssekretär Dr. Hartmut Mangold. Noch wichtiger als die Position erscheinen allerdings ein kleiner arbeitsfähiger Stab und ein funktionierendes Zusammenspiel innerhalb der Landesregierung Brandenburg.

Diese wegweisende Entscheidung des Landes zugunsten der Lausitz hat allerdings

eine weitere Entscheidung im Schlepptau, die bereits Anfang Juni für Ernüchterung sorgte. Ausgerechnet der Landesrechnungshof, der regelmäßig die Mittelverschwendung im Land rügt, entschied sich für den teuren Neubau eines Sitzes in Potsdam und gegen den günstigeren Umzug nach Cottbus. Es bleibt der Eindruck, dass Behörden sich mit dem Gang in die vermeintliche Provinz schwertun und für eigene Entscheidungen das Allgemeinwohl gern ausblenden. Der kritikwürdigste Punkt an dieser Entscheidung: Wie kann das Land glaubhaft den Bund auffordern, Bundesbehörden oder -unternehmen in die Lausitz bzw. die Reviere zu verlagern, wenn es selbst nachweislich nicht dazu bereit ist? Es erstaunt, dass eine solche Entscheidung kaum öffentlich diskutiert wird. Lausitzern sei an dieser Stelle der Hinweis gegeben, dass der Landesrechnungshof im Rahmen seines Bürgerservice gern konkrete Hinweise entgegennimmt, wo durch die öffentliche Hand Steuergelder verschwendet werden. Aber wer kehrt schon gern den Dreck unter dem eigenen Teppich hervor? ☺

Oberlausitz

Zuzügler oder **Nachbar**

Kein oder. BEIDES!

Fühl' dich willkommen.

**SERVICE
STELLE
HEIMAT**

WWW.SERVICESTELLE-HEIMAT.DE



20. Brandenburger Energietag

„Wie schaffen wir die Wärmewende im Land Brandenburg?“

10. September in Cottbus von 10 bis 16 Uhr
auf dem Campus der BTU Cottbus - Senftenberg

Informationen und Anmeldungen zum Energietag unter:
www.cottbus.ihk.de/Veranstaltungen Dok.Nr.: 134110355



Der Crafter.
Unschlagbar im Job.
Und im Preis.



Günstig wie nie: Umwelt- oder Inzahlungnahmeprämie² sichern! Beim besten Team im Autohaus Neustadt-Hoyerswerda.

Wir machen Ihnen die Entscheidung für den Crafter jetzt noch leichter. Denn mit 7.000 € Umweltprämie¹ oder der attraktiven Inzahlungnahmeprämie² für Ihren Gebrauchten rechnet er sich im Arbeitsalltag und unterm Strich.

Mtl. Leasingrate für Gewerbetreibende: 165,- €* €

Gilt für den Crafter 30 Kasten Trendline, mit 2,0-l-TDI-Motor mit 75 kW (Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 7,9, außerorts 6,7, kombiniert 7,2. CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 187). Alle Werte zzgl. Mehrwertsteuer.

Inkl. Lackierung Candy-Weiß, Anhängervorrichtung, Klimaanlage Climatic, Radio Composition Audio, Nebelscheinwerfer, Zentralverriegelung, Berganfahrassistent u. v. m.

Auch können Sie optional unsere Wartung- und Verschleiß-Aktion für 35,- € mtl. netto Dienstleistungs-Rate nutzen! Sprechen Sie uns an!

Leasing-Sonderzahlung:	0,00 €
Jährliche Fahrleistung:	10.000 km
Vertragslaufzeit:	48 Monate
48 monatliche Leasingraten à	165,- €* €

* Ein CarePort Angebot der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig für gewerbliche Einzelabnehmer (ohne Sonderabnehmer), zzgl. Überführungskosten und MwSt. Bonität vorausgesetzt. ¹ Im Aktionszeitraum vom 01.04.2018 bis zum 30.06.2018 erhalten Sie beim Erwerb (Kauf, Leasing, Finanzierung) eines ausgewählten Fahrzeugmodells mit Diesel-Motorisierung und nachgewiesener Verwertung Ihres Diesel-Altfahrzeugs aller Marken mit Lkw-Zulassung bis 7,49 t zGG oder Pkw- oder Sonderkraftfahrzeug-Zulassung (Abgasstandard EURO 1 – EURO 4) eine modellabhängige Umweltprämie. Das Angebot gilt für gewerbliche Einzelabnehmer. Das zu verschrottende Altfahrzeug muss zum Zeitpunkt der Neufahrzeugbestellung mindestens 6 Monate auf Sie zugelassen sein und bis spätestens einen Kalendermonat nach Zulassung des Neufahrzeugs durch einen zertifizierten Verwerter verschrottet werden.

² Inzahlungnahmeprämie für Ihr altes Fahrzeug bei Erwerb (Kauf, Leasing, Finanzierung) eines neuen Crafter. Die Aktion gilt für folgende Gebrauchtwagen: alle Volkswagen Nutzfahrzeuge, Volkswagen Pkw, alle Fremdfabrikate mit Lkw- oder Pkw-Zulassung; ausgenommen sind die weiteren Konzernmarken der Volkswagen AG. Bei Fragen melden Sie sich direkt bei uns. Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.



Nutzfahrzeuge

Ihr Volkswagen Partner

Autohaus Neustadt-Hoyerswerda GmbH

Straße A Nr. 1, 02977 Hoyerswerda

Telefon 03571/4811-01, Telefax 03571/4811711

Bundesebene: Von der Struktur- zur Kohlekommission



Nach mehreren Verschiebungen hat das Bundeskabinett am 6. Juni die Bundeskommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ auf den Weg gebracht. Das meist eher despektierlich als Kohlekommission bezeichnete Gremium soll sich gleichwertig um Klimaschutz und die Strukturentwicklung bzw. Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen kümmern. Sie ist übrigens die dritte Energiekommission, die Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Leben ruft. Nach der „Ethikkommission“ infolge des überstürzten Ausstiegs aus der Atomenergie im Jahr 2011 und einer zweiten Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs in der vorigen Wahlperiode will sich Angela Merkel nun ein drittes Mal politische Rückendeckung für den Kohleausstieg holen. Der Start der Kommission war diesmal mehr als nur holprig. Sie setzt sich nun wie folgt zusammen:

Leitungsebene

Vier Vorsitzende sollen die Kommission moderieren und führen:

(A) Matthias Platzeck war von 1990 bis 1998 Umweltminister und von 2002 bis 2013 Ministerpräsident des Landes Brandenburg, aktuell ist er Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums.

(B) Ronald Pofalla ist seit 2015 Vorstand bei der Deutschen Bahn, er war u. a. CDU-Generalsekretär sowie Kanzleramtsminister und gilt als enger Vertrauter von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

(C) Prof. Dr. Barbara Praetorius ist Volkswirtin und Politikwissenschaftlerin, sie war u. a. stellvertretende Direktorin der Agora-Energiewende und lehrt heute u.a. im Bereich Umwelt- und Klimaökonomie und -politik.

(D) Stanislaw Tillich war von 2008 bis 2017 Ministerpräsident von Sachsen und bis 2017 auch Landesvorsitzender der sächsischen CDU, er ist Lausitzer und gilt als gut vernetzt in CDU-Kreisen.

Ministeriale Ebene

Bundesministerien (Staatssekretärrunde als Steuerungsgremium) mit folgenden Bundesministerien:

- für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
 - des Inneren, für Bau und Heimat
 - für Arbeit und Soziales
 - der Finanzen
 - für Ernährung und Landwirtschaft
 - für Verkehr und digitale Infrastruktur
 - für Bildung und Forschung
- (bei Bedarf weitere Ministerien)

Landesebene



Brandenburg



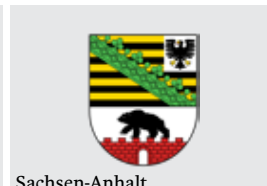
Nordrhein-Westfalen



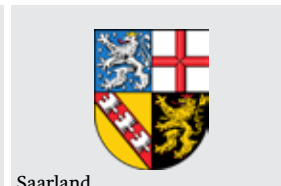
Sachsen



Hessen



Sachsen-Anhalt



Saarland

Mitgliederebene

24 Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Wissenschaft, Gewerkschaften, Regionen/Kommunen, laut Presseveröffentlichungen wie folgt:

Gerda Hasselfeldt – DRK-Präsidentin und CSU-Politikerin, Jutta Allmendinger – Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Antje Grothus – Bürgerinitiative „Buirer für Buir“, Christine Herntier – Bürgermeisterin Spremberg, Sprecherin Lausitzrunde, Martin Kaiser – Geschäftsführer Greenpeace, Stefan Kapferer – Vorsitzender Geschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, Dieter Kempf – Präsident Bundesverband der Deutschen Industrie, Stefan Körzell – Mitglied Bundesvorstand Deutscher Gewerkschaftsbund, Ingo Kramer – Präsident Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Michael Kreuzberg – Landrat Rhein-Erft-Kreis, Felix Matthes – Forschungskoodinator Energie und Klimapolitik Ökoinstitut, Claudia Nemat – Vorstandsmitglied Telekom, Kai Niebert – Nachhaltigkeitsforschung, Universität Zürich, Annekatrin Niebuhr – Arbeitsmarktforschung und Regionalforschung Uni Kiel, Reiner Priggen – B90/Grüne, Vors. Landesverband EEG NRW, Katherina Reiche – Hauptgeschäftsführerin Verband kommunaler Unternehmen, Gunda Röstel – Geschäftsführerin Stadtentwässerung Dresden, ehem. Parteivors. B90/Grüne, Aufsichtsratsmitglied EnBW, Andreas Scheidt – Mitglied Bundesvorstand Verdi, Hans Joachim Schellnhuber – Direktor Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Eric Schweitzer – Präsident Deutscher Industrie und Handelskammertag, Alba, Michael Vassiliadis – Vorsitzender IG Bergbau, Chemie, Energie, Ralf Wehrspohn – Leiter Fraunhofer Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen, Hubert Weiger – Vorsitzender BUND und Hannelore Wodtke – Vorsitzende der Wählergruppe „Grüne Zukunft Welzow“

Der Fahrplan

Die Kommission soll bereits bis Ende Oktober einen Plan vorlegen, wie der Strukturwandel in den betroffenen Revieren gestaltet und finanziert werden kann. Anfang Dezember soll ein Plan zu kurzfristigen Klimaschutz-Maßnahmen folgen. Bis zum Ende des Jahres 2018 soll ein Enddatum für die Kohleverstromung definiert werden und ein verbindlicher Fahrplan für den Kohleausstieg stehen. Was immer auch herauskommt: Es bleibt eine Empfehlung. Die Verantwortung liegt bei der Bundesregierung, die im kommenden Jahr in Kenntnis der Empfehlung der Kommission gesetzliche Regelungen zu den besprochenen Themen treffen will.

Zum Start der Kommission

Die Reaktionen auf die Installation und vor allem die Mitglieder der Strukturkommission sind vielfältig. In den Medien wurde aus der Struktur- sehr schnell die Kohlekommission. Tatsächlich hat sie zwei Hauptaufgaben, die Festlegung des Enddatums für die Kohlenutzung ist eine davon. Allerdings schreiben gleich die ersten drei der sechs Arbeitsaufträge nicht Klima-, sondern Wirtschaftsthemen fest. Vor allem der erste Satz des Einsetzungsbeschlusses ist ein Statement, an dem sich die Kommissionsarbeit messen lassen muss. Er lautet: „Die Politik der Bundesregierung dient der Schaffung von Vollbeschäftigung und gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland.“

Es geht also vorrangig um Strukturentwicklung, neue Arbeitsplätze und um viel Geld. Es ist auch längst klar, dass ein Ausstiegsdatum für die Kohle allein das Klimaproblem nicht löst. Ohne den Wärme- und Verkehrssektor sowie die Landwirtschaft ist das nicht machbar.

Schon die Kompromisse und das Stolpern zum Start weckten große Skepsis. Der Debatte um die Zuständigkeit im Umwelt- oder Wirtschaftsministerium entzog sich Angela Merkel, indem gleich vier Ministerien mit der Kommission betraut worden sind. Gleich

NEWS *** BMW Diesel-Rücknahmeversprechen verlängert***



Freude am Fahren



DIE STADT STEHT IHNEN OFFEN.

DER BMW 3er TOURING. JETZT MIT ATTRAKTIVEM LEASING INKL. VERSICHERUNG¹ UND BMW DIESEL-RÜCKNAHMEVERSprechen².

Abbildung zeigt Sonderausstattungen.

Ziele effizient erreichen. Das zählt im Arbeitsalltag und auf der Straße. Diesen Anspruch setzt der BMW 3er Touring perfekt um – mit der unwiderstehlichen Kombination aus sparsamem Verbrauch, sportlichem Auftritt und hoher Funktionalität. Mit dem exklusiv für Geschäftskunden verfügbaren Versicherungs-Leasing profitieren Sie jetzt nicht nur von attraktiven Konditionen, sondern auch von einem vollumfänglichen Versicherungsschutz. Außerdem geben wir Ihnen das BMW Diesel-Rücknahmeversprechen. Sollte es während der vertraglichen Leasingzeit zu einem Fahrverbot in Ihrem Lebensumfeld kommen, greift das BMW Diesel-Rücknahmeversprechen. So sind Sie auf alles, was vor Ihnen liegt, perfekt vorbereitet.

Profitieren Sie zusätzlich von unseren optionalen BMW Service Inclusive Paketen, mit denen Sie langfristig sparen. Weitere Informationen finden Sie unter www.bmw.de/serviceinclusive.

BMW 320d Touring

Automatik, Navigationssystem, LED-Scheinwerfer, Sitzheizung, Tempomat, Dachreling, LM-Räder, Innen- und Außenspiegelpaket, Lordosenstütze, PDC hinten uvm.

Leasingbeispiel¹ von der BMW Bank GmbH: BMW 320d Touring

Anschaffungspreis:	47.400,00 EUR	Sollzinssatz p.a.*:	2,99 %
Leasingsonderzahlung:	3.550,00 EUR	Effektiver Jahreszins:	3,05 %
Laufleistung p. a.:	10.000 km	Monatliche Prämie für Kfz-Versicherung**:	83,29 EUR
Laufzeit:	36 Monate	36 monatliche Gesamt-Leasingraten à***:	399,00 EUR
36 monatliche Leasingraten à:	315,71 EUR	Gesamtbetrag***:	17.914,00 EUR

¹ Ein unverbindliches Leasingbeispiel der BMW Bank GmbH, Heidemannstr. 164, 80939 München; alle Preise inkl. 19 % MwSt.; Stand 05/2018. Nach den Leasingbedingungen besteht die Verpflichtung, für das Fahrzeug eine Vollkaskoversicherung abzuschließen. Dieses Beispiel gilt nicht für Verbraucher. Es richtet sich ausschließlich an selbstständige und gewerbliche Kunden. Informationen hinsichtlich weiterer Bedingungen und Details erhalten Sie bei Ihrem BMW Partner.

* gebunden für die gesamte Vertragslaufzeit

** Optionale weitere Leasingvertragsleistung. Die monatlichen Kosten der Versicherungsleistung für Kfz-Haftpflicht und Vollkasko als Teil der monatlichen Gesamt-Leasingrate sind bei der angegebenen Laufleistung gültig für BMW Neufahrzeuge bei Abschluss eines BMW Plus Leasing V Vertrags mit der BMW Bank GmbH bis 01.07.2018. Zulassung bis 31.12.2018. Vertragspartner und Risikoträger ist die VHV Allgemeine Versicherungs AG, VHV-Platz 1, 30177 Hannover. Selbstbeteiligung: VK 1.000,00/TK 1.000,00 EUR pro Schadensfall. Einzelheiten ergeben sich aus den Versicherungsunterlagen sowie dem Leasingantrag.

*** inkl. der optionalen weiteren Leasingvertragsleistungen.

Wir vermitteln Leasingverträge an die BMW Bank GmbH, Heidemannstr. 164, 80939 München und weitere Partner.

Zzgl. 740,00 EUR für Zulassung, Transport und Überführung.

Kraftstoffverbrauch innerorts: 5,3 l/100 km, außerorts: 4,6 l/100 km, kombiniert: 4,8 l/100 km, CO₂-Emission kombiniert: 127 g/km, Energieeffizienzklasse: A. Fahrzeug ausgestattet mit Automatik Getriebe.



² Das BMW Diesel-Rücknahmeversprechen gilt, wenn die folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind: Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ordnet nach der Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.02.2018 ein Fahrverbot ausschließlich für Dieselfahrzeuge zum Zwecke der Luftreinhaltung innerhalb einer Gemeinde im deutschen Bundesgebiet an. Das Fahrverbot tritt während der Laufzeit des Leasingvertrages in einer Gemeinde in einem Radius von 100 Kilometern um die Adresse des Leasingnehmers oder um die vereinbarte Zusatzadresse, welche der Leasingnehmer zusätzlich bestimmt, in Kraft, und das vertragsgegenständliche Fahrzeug ist von dem Fahrverbot betroffen. Der Leasingnehmer schließt einen mit dem bisherigen Leasingvertrag vergleichbaren Anschlussvertrag über ein Neufahrzeug oder Vorführwagen der Marke BMW bei der BMW Bank GmbH, Heidemannstraße 164, 80939 München ab. Als Fahrverbot gilt, wenn einmalig an einem Wochentag (Werktag, Sonn- und Feiertag) die Einfahrt in ein Gebiet untersagt wird. Als ein vergleichbarer Anschlussvertrag gilt ein Leasingvertrag, der im Vergleich zum bisherigen Leasingvertrag einen maximal um 15 % geringeren Fahrzeug-Grundpreis vorsieht, oder ein Finanzierungsvertrag, der den gleichen oder einen höheren Fahrzeug-Kaufpreis im Vergleich zum Fahrzeug-Grundpreis des bisherigen Leasingvertrages vorsieht. Dieses Angebot ist innerhalb des Aktionszeitraumes vom 15.03.2018 bis 30.06.2018 bei Neufahrzeugen und Vorführwagen der Marke BMW verfügbar. Die Konditionen des Anschlussvertrages (Leasingentgelt, Nettodarlehensbetrag, Laufzeit, Laufleistung des Leasingfahrzeuges etc.) richten sich nach dem durch Leasing oder Finanzierung zu finanzierenden Fahrzeug sowie nach den zum Zeitpunkt des Abschlusses des Anschlussvertrages bei der BMW Bank GmbH, Heidemannstraße 164, 80939 München für derartige Leasing- und Finanzierungsverträge allgemein gültigen Konditionen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Für weitere Bedingungen und Informationen zum BMW Diesel-Rücknahmeversprechen besuchen Sie bitte www.bmw.de/diesel-ruecknahmeversprechen oder fragen Sie Ihren BMW Partner.

Autohaus Berger GmbH

An der B 101
04910 Elsterwerda
Tel. 03533 4805-0
Fax 03533 4805-19
Email info@bmw-berger.de
www.bmw-berger.de

vier Vorsitzende sollen die Debatten leiten und berichten, schlussendlich acht Bundesministerien und sechs Länder die Arbeit begleiten. Um Horst Seehofer gerecht zu werden, wurde der Start um eine Woche verzögert und nachträglich noch eine CSU-Politikerin in das Gremium entsandt. Vielfach wird bezweifelt, dass dieses Gremium mit

vielen Beteiligten und vielen Gegensätzen die zeitlich extrem anspruchsvoll gestrickten Ziele erreichen kann: Ende Oktober einen Plan für die soziale und strukturpolitische Entwicklung in den Braunkohlerevieren und rechtzeitig zur nächsten Weltklimakonferenz Anfang Dezember den Fahrplan für den Kohleausstieg. Viele Fachleute sind

skeptisch, wie belastbare Ergebnisse nun binnen weniger Monate zustande kommen sollen, nachdem sich Politiker und Fachleute seit Jahren vergeblich darum mühten.

Reaktionen zum Start der Kommission

Während die Bündnisgrüne Annalena Baerbock die Vordergründigkeit von Wirtschaftsthemen in der Strukturkommission kritisiert und ein schnelles Kohleausstiegsgesetz fordert, wurde als Lausitzer Positionen in den Medien eine Auflistung von fünf vermeintlichen Konstruktionsfehlern der Kommission durch den Pro Lausitzer Braunkohle e.V. am stärksten reflektiert.

Laut Peter Altmaier soll die Arbeit zu den Menschen gebracht werden, er stellte ebenso klar, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhalten müsse. Arbeitsminister Hubertus Heil stellt die „Sicherheit im Wandel“ in den Vordergrund: „Wir brauchen Chancen und Schutz, die Kohle wird mit Sicherheit nicht kurzfristig ausgeknipst.“ Nach Matthias Platzeck solle mit der Kommission nichts übers Knie

gebrochen werden, wogegen allerdings ihr ambitionierter Fahrplan spricht. Er will den Interessen der vom Strukturbruch nach der Wende bereits gebeutelten Lausitz Gewicht verleihen. Umweltverbände sprachen sich hingegen für einen schnellen Ausstieg aus; Bündnisgrüne Annalena Baerbock forderte die Stilllegung von sieben – am besten zehn – Gigawatt Leistung bis 2020. Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber, auch Mitglied der Kommission, mahnt ebenso einen raschen Ausstieg an. Die Dringlichkeit werde tagtäglich durch zunehmende Wetterextreme unterstrichen. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke erinnerte an die Braunkohle als kostengünstigsten Energieträger. LEAG-Vorstand Helmar Rendez betonte, dass Themen wie Energie, Klimaschutz und Versorgungssicherheit

gleichberechtigt betrachtet werden müssen: „Unser Revierkonzept ist absolut kompatibel mit allen Klimaschutzverpflichtungen Deutschlands“.

Eine Lausitzer Sicht auf den Start der Strukturkommission

Unter dem Motto „eine Handvoll Katastrophen“ werden laut Meinung eines Bürgervereins fünf Konstruktionsfehler der Kommission ausgeführt (Quelle: Presseinformation des Pro Lausitzer Braunkohle e.V. vom 1. Juni 2018):

Vorschub für antidemokratische und gewaltverherrlichende Tendenzen

Die Aufnahme von Institutionen, die sowohl in der Lausitz als auch im Rheinischen Revier offen eine gewalttätige Anarchieszene unterstützen bzw. unterstützt haben oder mit solchen Akteuren kollaboriert haben, ist eine Zumutung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Revieren, sie ist eine Provokation für alle Betroffenen, die bislang den demokratischen Weg beschreiten.

Fehlende Legitimation und Augenhöhe

Die Besetzung der raren Sitze in einem derart wichtigen Gremium erfordert Augenhöhe. Es ist nicht nachvollziehbar, was kleine Initiativen, die nicht einmal in ihren Regionen demokratische Mehrheiten oder Großteile der Bevölkerung widerspiegeln, dort zu suchen haben. Die einseitige Gewichtung dieser kleinen Strukturen macht den offensichtlichen Zweck als Schließungskommission auf groteske Weise deutlich. Ausdrücklich nicht gemeint ist in

diesem Zusammenhang die Lausitzrunde, ein Musterbeispiel für Demokratie – in der sich 29 kommunale Entscheidungsträger von Landräten über Amtsräte bis zu Bürgermeisterinnen ländereübergreifend für eine gesamte Region engagieren.

Fehlende fachliche Kompetenz

Die Kommission lässt jegliche unabhängige Fachkompetenz im industriellen Bereich und selbst in der Energieindustrie vermissen. Die Zusammensetzung ist schon durch mangelnden Sachverstand ungeeignet, um zu notwendigen Strukturwandelbeiträgen zu kommen. Ein „weiter so“ insbesondere bei der Energiewende hilft niemandem, das sollte in Berlin eigentlich längst angekommen sein.

Fehlende Handlungsfähigkeit 31 Mitglieder in einer Kommission, die sich kurz vor der Sommerpause gründet und schon zum Jahresende den Fahrplan für Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung in den betroffenen Regionen vorlegen soll,

das ist Augenwischerei. Eine derart breit aufgestellte und mit unterschiedlichsten Akteuren zusammengewürfelte Truppe hat überhaupt nicht die Handlungsfähigkeit, schnell zu fundierten und wirtschaftlich wie politisch vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Wer eine solche Kommission fahrlässig ins Rennen schickt, der streicht schon im Vorfeld den ernsthaften Willen für eine Ermöglichung von Strukturwandel und Wachstum von der Liste.

Forcierung der einseitigen Verzerrung und Belastung durch die Energiewende

Die Zusammensetzung der Kommission verdeutlicht die weitere Zementierung der Schieflage und Ungerechtigkeit der Energiewende. Sie wird vielmehr als Stromwende verschärft, die Sektoren Wärme, Verkehr und Landwirtschaft und somit deren Beiträge zum Klimaschutz werden in einer Kommission mit der aktuell intendierten Besetzung keine Rolle spielen. Wenige tragen die Last für viele – insbesondere für die Lausitz wird mit dieser Kommission ein Strukturbruch und damit einhergehend die Übernahme von Populismus immer realistischer. ☒

Fazit

Die Strukturkommission ist gut beraten, die besondere Situation der Lausitz entsprechend zu bewerten. Greenpeace stellte in seiner jüngsten Studie selbst fest: „Die Lausitz tickt anders“. Es scheint eine vorsichtige Annäherung an eine Region, in der die Menschen eng mit der Braunkohle verbunden sind und dem bundespolitischen Vorgehen zum Umwelt- und Klimaschutz besonders skeptisch gegenüberstehen. Es ist vor diesem Hintergrund sicher unglücklich, dass die Kommission zwar Greenpeace als Umweltkonzern berücksichtigt, aber weder Wirtschaft noch Fachleute aus den Bereichen Energie und Industrie. Ähnlich unglücklich scheint die Besetzung eines der raren Plätze in der Kommission mit Hannelore Wodtke als Lausitzer Interessenvertreterin. Zur Bürgermeisterwahl 2017 im kleinen Lausitzer Örtchen Welzow landete selbige weit abgeschlagen mit 6,9% der Stimmen auf dem letzten Platz. Schaut man sich die Wahlergebnisse genau an, teilten ganze 138 Menschen in ihrem Heimatort ihre kohlekritische Position. In der Lausitz ist sie weitgehend unbekannt – und wird nun an der Seite von Gewerkschaftsführern und Bundespolitikern mit über die Zukunft der Lausitz entscheiden.

Es ist für die Lausitz aus gutem Grund wichtig, die bereits dokumentierte Ablehnung der etablierten Parteien in der Region durch die Ergebnisse der Strukturkommission nicht noch weiter zu verstärken. Sowohl in Sachsen als auch in Brandenburg stehen im Herbst 2019 Landtagswahlen an. Bereits zur Bundestagswahl war die AfD in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen der brandenburgischen und sächsischen Lausitz die stimmstärkste Partei. Braunkohle ist und bleibt sicher noch



Der zentrale Kennwert für die Strukturkommission sollte die Wertschöpfung sein. Der oft beschworene Tourismus wird hier keine nachhaltige Alternative auf gleichem Niveau aufzeigen können.

einige Jahre in der Lausitz identitätsstiftend. Die Strukturkommission sollte einen Kohleausstieg vorab durch eine klare und realistische, wirtschaftliche Perspektive sichern, deren Umsetzung und Erfolg auch im weiteren Prozess hinterfragt und aktiv begleitet wird, um dem Verdruss gegenüber dem etablierten, politischen System in der Lausitz entgegenzuwirken. Sie sollte aber auch einen zentralen Parameter ändern: Meist wird von Alternativen zu Arbeitsplätzen in der Kohle gesprochen. Der zentrale Kennwert ist allerdings die Wertschöpfung, die beim Lausitzer Bergbaubetriebenden LEAG zuletzt mit 1,4 Milliarden Euro pro Jahr angegeben wurde, die in Löhne und Gehälter sowie Investitionen flossen. Dafür muss eine nachhaltige Alternative auf gleichem Niveau aufgezeigt werden. Es hilft der Lausitz nicht, wenn oft geforderte Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden – das ist keine nachhaltig

greifende Alternative für Wertschöpfung und ohnehin Aufgabe des Bundes.

In der Lausitz wird man die Arbeit der Kommission genau beobachten. Eine Entscheidung führte bereits – ähnlich dem Landesrechnungshof auf Landesebene – zu reichlich Enttäuschung. Die Vergabe des Bundesverkehrsamtes nach Leipzig mit lediglich einer unbedeutenden Außenstelle in der Lausitz spiegelt eher politische Strukturen und den Hang der Beamten zur urbanen Infrastruktur wider als den Willen, der Lausitz tatsächlich einen Ausgleich für den Rückgang der Kohle liefern zu wollen. Ein weiterer Prüfstein wird die Vergabe eines großen Fraunhofer-Instituts zur Erforschung von Speichertechnologien. Hier könnte auch die Strukturkommission einwirken, mit der Vergabe einer solchen Einrichtung den vorgegebenen Willen der Bundespolitik zum Ausgleich in der Lausitz glaubhafter zu machen. ☒



Zeit erleben.



Glashütte ist seit über 170 Jahren ein bedeutendes Zentrum deutscher Uhrmacherkunst. Unter dem Motto „Faszination Zeit – Zeit erleben“ zeigt das Uhrenmuseum nicht nur die Tradition der Uhrenherstellung in Sachsen, sondern verschafft auch einen philosophischen und emotionalen Zugang zum Phänomen Zeit.

Auf 1000 m² Ausstellungsfläche werden mehr als 500 Exponate präsentiert und multimedial erlebbar gemacht: Glashütter Taschen-, Pendel- und Armbanduhren verschiedener Epochen, Marine-Chronometer, historische Urkunden, Dokumente und Fotografien werden kunstvoll in Szene gesetzt.

Täglich von 10 – 17 Uhr geöffnet.

Weitere Informationen unter Telefon 03 50 53 46 12 102 oder www.uhrenmuseum-glashuette.com



Deutsches Uhrenmuseum Glashütte Schillerstraße 3a 01768 Glashütte/Sachsen



Foto: Rainer Weisflog / LEAG

Reviertransfer Lausitz

Wer sich in der Strukturentwicklung der Lausitz engagiert, der muss derzeit über die Kondition eines Hochleistungssportlers verfügen. Ein Termin jagt den nächsten, der Überblick sowohl über Treffen und Foren als auch über die Akteurslandschaft gestaltet sich zunehmend schwieriger statt einfacher. Eine Bündelung der vielfältigen Bemühungen scheint kaum in Sicht. Ganz im Gegenteil schickte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer auf dem „Lausitz Forum“, einer weiteren Drehscheibe für die Lausitzer Zukunft, nun auch die LMBV als Heilsbringer für den Wandel der Lausitz ins Rennen.

Schaut man auf die aktuellen Schlagzeilen in Sachen Lausitz, mag man kaum glauben, dass sie bereits über 25 Jahre erfolgreichen Strukturwandel hinter sich hat. Die Vielschichtigkeit der öffentlich diskutierten Bemühungen und Gespräche von der regionalen bis zur europäischen Ebene scheint mit diesem Jahresbeginn noch einmal zugenommen zu haben. Während andernorts organisiert und kanalisiert wird, ist die Lausitz in der Außenwirkung Weltmeister im strukturellen Nebeneinander. Die Wirtschaft macht unterdessen, was sie in der Lausitz seit über 25 Jahren macht. Mit unzähligen Projekten, Innovationen und pragmatischen Netzwerken hat die Dynamik der Veränderung allerdings auch hier noch einmal zugenommen. Befragt man Unternehmer hinter den Kulissen, gibt es ob der fehlenden Bündelung von der kommunalen bis zur Landesebene vielfach Unverständnis und trotz der mannigfaltigen Bemühungen das Gefühl, am Ende müsse doch jeder seines eigenen Glückes Schmied sein.

Das „Lausitz Forum“, als neue Plattform von Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer ins Leben gerufen, lieferte zum Märzbeginn einen weiteren Beleg für das Lausitzer Dilemma. Statt zu bündeln, bereicherte es die Debatte um einen weiteren Akteur. Statt alle Kräfte hinter einer gemeinsamen Vision zu versammeln, endete der Schlagabtausch der Redner mit einem Postengeschacher und der Einforderung eines Platzes am Tisch der Berliner Strukturkommission durch die Lausitzrunde. Statt einen neuen Geist zu entfachen, wurde das Forum eher zum Treffen bewährter Köpfe aus verwaltenden Jobs, die vielfach Bekanntes austauschten. Neue Impulse waren eher rar, doch soweit vorhanden, stellen wir Sie auf den folgenden Seiten vor.

Das Lausitz Forum hinterlässt den faden Beigeschmack, dass sich Wirtschaft und Administrative im ambivalenten Findungsprozess immer mehr entkoppeln. Das wird es der Lausitz in Berlin nicht einfacher machen, für die anstehenden Veränderungen das Beste herauszuholen. Im Gegenzug

bietet es dem Bund reichlich Gelegenheit, durch eine gezielte Häppchenpolitik in der Lausitz Spartenegoismen zu bedienen und die ohnehin wenigen spürbaren Gemeinsamkeiten auseinanderzudividieren. Im Ergebnis könnte die eingeforderte Strukturentwicklung in der Lausitz für Berlin zum Schnäppchen werden. Gründe genug, in dieser Ausgabe nochmals über mehr Struktur und mehr Einigkeit der Lausitzer Akteure nachzudenken, wie das bereits in der ersten Ausgabe des Lausitz Magazins vor gut einem Jahr stattgefunden hat. Vielleicht übernehmen die Landesväter auch noch mehr gemeinsame Verantwortung für den länderübergreifenden Landstrich. In einer guten Familie bedarf es manchmal der Führung, wenn Geschwister sich nicht einig sind – frei nach dem Motto „Rauft euch endlich zusammen!“.

☺

Harte Zeiten für Entwickler

Dr. Hans-Rüdiger Lange, Leiter der pragmatisch und vor allem wirtschaftlich orientierten Innovationsregion, hat es beim Lausitz Forum auf den Punkt gebracht: „Wir brauchen keine weiteren Koordinierungstreffen“. Schaut man auf die Terminkette zum Jahresbeginn, wird das Problem verständlich. Da reihten sich Termine bei der EU, der Kickoff „Zukunftswerkstatt Lausitz“ der Wirtschaftsregion und das Lausitz Forum aneinander. Hinter den Kulissen gibt es zudem immensen Abstimmungsbedarf zwischen Kammern, Hochschulen, Wirtschaft, Wirtschaftsverbänden und Politik. Für viele Akteure wird es immer schwieriger, neben dem Tagesgeschäft den Anforderungen des Netzwerks und der Plattformen gerecht zu werden. Fehlen will

man dennoch nirgends, da aufgrund der ausstehenden Bündelung und Integration aller Akteure ein jeder auf den diversen Treffen die eigenen Interessen selbst wahren muss. Im Ergebnis kommen ausgerechnet jene, die Veränderungsprozesse in der Lausitz operativ managen sollen, immer weniger zur eigentlichen Arbeit. Die Lausitz braucht nicht nur eine klare Struktur, um gegenüber Berlin mit einer Stimme und klaren Botschaften aufzutreten, sie braucht diese auch, um den Entwicklern daheim endlich den Rücken für ihre wichtige Arbeit freizuhalten und ihnen gleichzeitig das Vertrauen zu geben, dass ihre Belange nach oben vertreten werden.

Struktur 2.0

In der Lausitz bedienen sich immer mehr Persönlichkeiten einer neuen Begrifflichkeit: aus dem passiven Strukturwandel wurde längst die aktive Strukturentwicklung. Das soll zum Ausdruck bringen, dass man die in den kommenden Jahrzehnten anstehenden Veränderungsprozesse der Region selbst anpacken und gestalten will. Seit über einem Jahr hat man dabei verschlafen, den eigentlichen Sinn dieser Begrifflichkeit zu erkennen und eine belastbare Struktur zu entwickeln. Wie bereits vor einem Jahr wagen wir erneut den Versuch, hier einen Impuls zu liefern. Denkfehler sind dabei sicher kaum auszuschließen – und eine vollständige Darstellung ist bei dem Lausitzer Reichtum an Akteuren ebenso wenig möglich. Insofern konzentrieren wir uns auf die wichtigsten Player auf regionaler Ebene.

Die LMBV

Das Staunen war groß, als Michael Kretschmer die LMBV als Projektträger für die Lausitz ins Rennen schickte. Dabei liegen viele Bezüge auf der Hand, die schon lange bestehende Forderungen der Lausitz erfüllen können. Im Kern bietet die LMBV folgende Vorteile: Sie beruht auf einem fortgeschriebenen Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern, in dem sich der Bund für die Sanierung der Bergbaufolgelandschaften verantwortlich zeichnet, die nach der Wiedervereinigung durch die abrupte Stilllegung großer Teile der ostdeutschen Braunkohleindustrie entstanden sind. Insofern käme diese Konstruktion der Forderung nach einem Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern zur Bewältigung des Strukturwandels in der Lausitz gleich. Mit einer Erweiterung des bestehenden Verwaltungsabkommens könnte die Bundespolitik tatsächlich in die ihr aus Lausitzer Sicht zustehende Verantwortung gebracht werden.

Sie hat immense Erfahrungen mit der Investition von Milliarden-Beträgen in eine nachhaltig funktionierende Folgelandschaft – und das über Brandenburg und Sachsen hinaus. Das Lausitzer Seenland und das Neuseenland rund um Leipzig sind Belege einer visionären Arbeit. Ursprünglich mit dem Auftrag versehen, die Altlasten der Tagebaue aus DDR-Zeiten zu beseitigen, ist die bundeseigene Gesellschaft immer mehr zum Gestalter geworden.

Sie kennt sich mit Infrastrukturprojekten bestens aus und sie kann Bundesgelder in die Region transferieren. Aber auch dabei unterlaufen nicht selten Fehler, wie eine Verzehnfachung der Kosten bei den Überleitern im Lausitzer Seenland oder der Bau eines Kanals, dessen Konzeption nicht zu Ende gedacht wurde und der seit drei Jahren aufgrund fehlender Beschilderung nicht schiffbar ist. In die Strukturentwicklung der Lausitz übersetzt sind Projekte mit vielen beteiligten Akteuren in den Anforderungen deutlich vielschichtiger, als die Gestaltung einer Landschaft.

Die LMBV hat also auch ihre Nachteile. Ihr fehlt die Anbindung an die regionale Wirtschaft und an die kommunale Ebene. Sie ist kaum in die Veränderungsprozesse eingebunden, die auf verschiedenen Plattformen bereits zu vielversprechenden Ansätzen geführt haben. Viele junge Mitarbeiter der LMBV mögen ob der unverhoff-

ten Aufwertung durch Sachsens Ministerpräsident in der Hoffnung des ewigen Betriebs jubeln, aber die LMBV hat in keiner Weise die notwendigen personellen Kompetenzen und Ressourcen für die regionale Projekt- und Strukturentwicklung. Mit der ausschließlichen Orientierung darauf, ihre Aufträge in der Bergbausanierung abzuarbeiten, agiert sie bislang eher wie eine Behörde als wie ein dynamischer Ideengeber und Gestalter. Insofern muss man Michael Kretschmer einerseits Recht geben, dass die LMBV rein funktional ein wichtiges Teil einer Lausitzer Struktur sein kann, um Bundesmittel in die Lausitz zu bringen. Andererseits verkäme der Lausitzer Strukturwandel ohne Einbindung weiterer Akteure aber zu reiner Planwirtschaft. Veränderung lässt sich schwer von oben nach unten diktieren. ☒



Volle Ladung Leistung: die Qualitätsversprechen für Junge Sterne Transporter.

Junge Sterne Transporter. So Mercedes wie am ersten Tag.



24 Monate Fahrzeuggarantie*



12 Monate Mobilitätsgarantie*



Garantierte Kilometerleistung



Attraktive Finanzierungs-, Leasing- und Versicherungsangebote



Inzahlungnahme Ihres Fahrzeugs möglich



HU-Siegel jünger als 3 Monate



Wartungsfreiheit für 6 Monate (bis 7.500 km)



10 Tage Umtauschrecht



Probefahrt meist innerhalb von 24 Stunden möglich

*Die Garantiebedingungen finden Sie unter www.junge-sterne-transporter.de

Mercedes-Benz

Vans. Born to run.



Ihr Partner vor Ort: Autohaus Cottbus (AHC) GmbH

Autorisierter Mercedes-Benz Verkauf und Service
Gebrauchtwagen-Zentrum: Stadtring 7 · 03042 Cottbus
Tel.: +49 35 5-73 80 · Fax: +49 35 5-71 50 26
ahc@ahconline.de · www.autohauscottbus.de

Die Wirtschaftsregion

Das Sorgenkind der Lausitz sucht noch immer eine neue Führung. Bevor die LMBV ins Spiel gebracht wurde, war sie als die eine Stimme für die Lausitz gesetzt. Nun werden die Karten neu gemischt. Unterdessen leistet der kommissarische Geschäftsführer Norman Müller mit seinem kleinen Team derzeit Beachtliches. In kurzer Zeit wurden Bundesmittel aus dem Fördertopf „Unternehmen Revier“ durch die Aufstellung eines Regionalen Investitions-Konzeptes für die Lausitz (RIK) ermöglicht, parallel werden viele laufende Projekte und Netzwerke gemanagt, zudem wurde Anfang März zum Kickoff für die Zukunftswerkstatt eingeladen. Sie soll mit den 7,3 Millionen Euro aus dem gemeinsamen GRW-Antrag der Lausitzer Landkreise und der Länder Sachsen und Brandenburg der Katalysator für die Strukturentwicklung sein und verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele:

- Beteiligung und Bündelung der zahlreichen Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft, vor allem durch Erstellung eines umfangreichen Leitbildes für die Lausitz
- Auswahl und Umsetzung von strukturbestimmenden Projekten aus den fünf Handlungsfeldern für die Region:
 1. Perspektiven der Regionalentwicklung,
 2. Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen,
 3. Energieeffizienz,
 4. Umweltschutz, Tourismus,
 5. Mobilität und Digitalisierung

Aktuell werden für die Zukunftswerkstatt Personal und Räume in Bad Muskau gebunden, parallel wird der Leitbildprozess samt notwendiger Ausschreibungen vorbereitet. Bereits im Mai 2018 soll es mehrere Auftaktveranstaltungen zum Leitbildprozess geben. Parallel zum Leitbildprozess sollen dann unter Beteiligung der lokalen und regionalen Akteure strategische Entwicklungsziele für die Lausitz formuliert werden. Die Vorhaben der Zukunftswerkstatt lassen auf die lange vermisste Entwicklung einer

belastbaren Struktur für die Lausitz sowie einer Vision für deren Handeln hoffen. Sie braucht allerdings schnell eine Leitfigur, der strategische Kommunikation nicht fremd ist und die es vermag, das weite Feld der Lausitzer Akteurslandschaft unter einem Dach zu versammeln. Es ist ein gutes Zeichen, dass der Sprecher der Wirtschaftsregion in diesem Jahr der sächsische Landrat Bernd Lange ist. Leider sorgt der zweite Sachse unter den Lausitzer Landräten, Michael Harig, auch für den größten Makel. Er hat seinen Landkreis Bautzen noch immer nicht zum Gesellschafter der Wirtschaftsregion Lausitz gemacht. Für die Arbeit am Standort Cottbus wäre dem gesamten Team endlich eine klare Perspektive und auch Klarheit über die Leitfigur für die kommenden Jahre zu wünschen. Mit dem RIK und vielen Projekten wird auch die Cottbuser Mannschaft wichtige Impulse für die Strukturentwicklung liefern müssen.

Die Innovationsregion

Das kleine Team um Dr. Hans-Rüdiger Lange ist nach wie vor der Inkubator für innovative Veränderungsprozesse in der Lausitzer Wirtschaft. Wenn jemand wissen will, wo in der Lausitzer Wirtschaft Zukunftsfelder entstehen, hier findet er die Antwort. Die Investition der IHK Cottbus und der weiteren Gesellschafter in die Innovationsregion dürfte die Maßnahme mit der bislang höchsten und nachhaltigsten Rendite für die Region sein. Durch die Konzeption von zwei WIR!-Anträgen, von denen einer erfolgreich platziert wurde, spülte sie zum Jahreswechsel 200.000 Euro in die Region, aus denen etliche Millionen werden können. An zwei weiteren erfolgreichen WIR!-Anträgen hat sie mitgearbeitet. Eine Erfolgsgeschichte, die eher neben dem Tagesgeschäft bewältigt wurde. Sie hat mehr als 20 Lausitzer Unternehmen die Möglichkeit erarbeitet, Innovationen gemeinsam zu konzipieren und mit Unterstützung vom Bund zu entwickeln. Inzwischen wurden 95 Innovationsprojekte von Bio-Kost bis zu Block-Chain-Energiever-

trägen erarbeitet, davon 22 abgeschlossen und 15 besonders priorisiert. In diesen Projekten wurden Partner neu vernetzt und in der Kooperation zusätzliche Ideen geboren. Der strategische Ansatz ist beachtlich. Hans-Rüdiger Lange hat ein Bild dafür: „Wir haben zuerst geschaut, wer welche Samen in die Erde pflanzt. Dann haben wir geschaut, wo das Gras am besten wächst. Und schließlich haben wir vernetzt und Allianzen geschmiedet.“ Was einfach klingt, steht für ein Riesenspendum an Workshops, Expertengesprächen, Netzwerkarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen. Bereits im vergangenen Jahr hat die Innovationsregion sechs strategische Cluster für Zukunftsfelder in der Lausitz ermittelt, die allesamt das Zeug zu neuen, regionalen Wirtschaftsfeldern haben.

Wirtschaftsinitiative Lausitz

Die Wirtschaftsinitiative Lausitz steht als erste länderübergreifende Plattform der Lausitz noch immer für die Industrie- und somit Schlüsselwirtschaft der Region. Sie eint 73 Unternehmen mit insgesamt ca. 14.000 vorwiegend industriellen Arbeitsplätzen. Mit einem pragmatischen Vortrag stellte Vorstandsmitglied Katrin Bartsch auf dem Lausitz Forum die drei klaren, strategischen und messbaren Ziele ihres Verbands als Beitrag zur Strukturentwicklung in der Lausitz vor:

- Senkung des Durchschnittsalters von 49 auf 46 Jahre, z.B. durch gezielte Förderung des Zuzugs junger Familien
- Steigerung des Durchschnittseinkommens von 2.700 auf 3.000 Euro
- Entwicklung einer Wirtschaftsmarke für die Region Lausitz

Das strategische Zieldreieck der Wirtschaftsinitiative verbindet regionale Wirtschaftskraft mit Fachkräftesicherung und Wissenschaftstransfer in die Wirtschaft. Die Wirtschaftsinitiative ist als Gesellschafter der Innovationsregion bereits in einer Plattform der Wirtschaft für die Strukturentwicklung der Lausitz verankert. ☺

Die Arbeit der Innovationsregion Lausitz im Überblick

Verstehen	Suchen	Entwickeln
29+12 strukturierte Interviews	95 initiierte Projekte	6 potentielle Wachstumsmärkte
Strategie: Akteurszentrierter Strukturwandel Studie BTU / IHK / IRL Lausitz Papier	über 240 involvierte Experten über 100 Unternehmen über 40 Workshops	Basierend auf konkreten Projekten der Betriebe Validiert mit Forschung Validiert in Strategie-Werkstatt mit der Region
5 strategische Initiativen		
3 Projekte auf Kabinettsliste 13.6.17 5 Konsortien 2 direkte, 2 indirekte WIR!-Anträge und 3 RIK-Vorschläge		
2016	2017	2018

Die Infografik verdeutlicht den Output der Innovationsregion, die neben den erfolgreichen WIR!-Konzepten neue Konsortien zusammenführte, Projekte für die Kabinettsliste sowie für das RIK-Konzept im Rahmen von „Unternehmen Revier“ qualifizierte.

Welche Struktur die Lausitz künftig auch immer findet, die wirtschaftliche und zukunftsgerichtete Expertise der Innovationsregion ist in ihr unabdingbar. Es wäre ihr mit Blick auf die erfolgreiche Arbeit zu wünschen, dass neben dem Beirat auch der Gesellschafterkreis die länderübergreifende Lausitz erfasst – die Kammern und Hochschulen im sächsischen Bereich könnten der Arbeit des innovativen Teams sicher weiteren Auftrieb geben.



Mehr statt weniger: Wer sorgt nun für eine klare Richtung?

Im Hinblick auf die Organisationsstruktur der Lausitz haben die Anforderungen mit diesem Jahr deutlich zugenommen, und zwar auf drei Ebenen:

Mit der sogenannten „Kohleplattform“ entsteht gerade eine zusätzliche europäische Ebene für das Thema Kohleausstieg mit eigenen Interessen, Koordinationstreffen und „Vertretungsfragen“.

Mit der Strukturkommission bei der Bundesregierung entsteht eine neue nationale

Ebene, die vor allem über die Strukturentwicklung der Braunkohleregionen befinden soll.

Die Gestaltung der Wirtschaftsregion Lausitz samt Gremien, Geschäftsführung und Mitarbeitern bringt einen zusätzlichen Akteur ohne Zusammenführung der bestehenden administrativen Player in die Region. Dieses Mehr an Herausforderungen sollte deutlich machen, wie wichtig eine schnelle Bündelung ist.

Eine gemeinsame Vision als Antrieb – wie die Metropolregion Nürnberg zu ihrem Leitbild kam

Europäische Modellregionen werden mit EU-Fördermitteln unterstützt und können so konkrete Projekte umsetzen, um die Region voranzubringen. Eine der Regionen, der dies am besten gelingt, ist die Metropolregion Nürnberg (EMN). Eine der ersten Handlungen nach der Gründung der Metropolregion im Jahr 2005 war die Ausarbeitung eines Leitbildes. Anhand dieser Vision mit Zielen und Strategien für die Zukunft sollten dann konkrete Projekte entwickelt werden. Größte Herausforderung für die Entwicklung des Leitbildes: Die 3,5 Millionen Einwohner der EMN sollen sich damit identifizieren können, die 600 Mitwirkenden in den Gremien der EMN sollen an der Erstellung mitwirken, alle Landkreise sollen trotz ihrer ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen diese Vision mittragen.

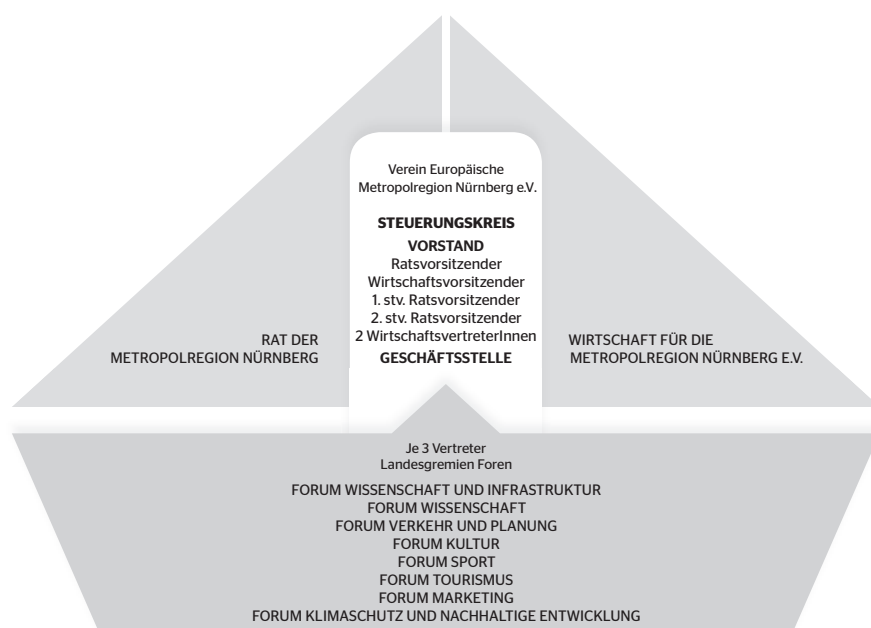
Für diesen Prozess wurde zunächst ein Projektteam mit Vertretern der Kammern, aus Verbänden und Kommunen festgelegt.

Die redaktionelle Hauptverantwortung wurde in die Hände der IHK Nürnberg für Mittelfranken gelegt. Sie engagierte sich bereits in der EMN und hatte das nötige Expertenwissen. Für den Leitbildentwurf diente ein bereits bestehendes Strategiepapier für die Region Nürnberg als Grundlage. Es wurde aktualisiert, erweitert, angepasst.

Der erste Entwurf ging dann im Sommer 2009 an die Basis: Auf drei Regional Konferenzen unter Beteiligung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wurde das Leitbild diskutiert. Ziel war es, einen Konsens zu finden. Die Ergebnisse der drei Konferenzen wurden auf einer weiteren Veranstaltung der zuständigen Projektgruppe vorgestellt. Durch diesen Prozess war das Papier auf breiter Basis erarbeitet und in mehreren Stufen entwickelt, diskutiert, ergänzt und verdichtet worden.

Nachdem alle Änderungen und Vorschläge eingearbeitet wurden, stand die offizielle Beschlussfassung an. Alle relevanten

Gremien der EMN verabschiedeten das Leitbild offiziell. Im Februar 2010 wurde das 150 Seiten dicke Papier öffentlich von allen Beteiligten unterzeichnet. Alle relevanten Akteure wie Kammern, Verbände, Gewerkschaften, Kommunen und Hochschulen haben sich zum Leitbild und zur Metropolregion bekannt. Der Prozess von der Idee eines Leitbildes bis zu dessen Umsetzung dauerte gut drei Jahre. Er ist keineswegs abgeschlossen. Im Juli 2016 wurde die Neuauflage des Leitbildes verabschiedet, für die sich die Metropolregion Experten von außen dazu geholt hat: Das Beratungsunternehmen Prognos unterstützte den Findungsprozess. Prognos ist in der Lausitz kein Unbekannter und hat 2013 im Auftrag der Energieregion Lausitz-Spreewald bereits eine Kompetenzfeldanalyse für die Lausitz erarbeitet.



23 Landkreise und elf kreisfreie Städte arbeiten in der Europäischen Metropolregion Nürnberg partnerschaftlich zusammen. Die Organisations-Struktur kann man sich als Segelschiff vorstellen: Das erste Segel bildet der Rat der Metropolregion, in dem zur Zeit 57 Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte vertreten sind. Er bildet den demokratischen Kern. Das zweite Segel bildet der „Förderverein Wirtschaft für die Europäische Metropolregion Nürnberg e.V.“, in dem sich über 150 Unternehmen engagieren. Den Rumpf des Schiffes bilden acht Fachforen, in denen rund 400 Experten aus der Metropolregion zusammenarbeiten. Sie kümmern sich um verschiedene Themenbereiche. Das wichtigste Lenkungs-gremium ist der Steuerungskreis (Schiffsmast). Je drei Vertreter des Rats, des Fördervereins und aus jedem Fachforum beraten hier alle relevanten Themen und Projekte. Somit sind administrative Ebene, Wirtschaft und Experten in jede Entscheidung eingebunden.



Die Wirtschaft hat längst mit dem Umbau der Lausitz begonnen. Nun braucht es ein Gremium, in dem sie mit der administrativen Ebene an einem Strang ziehen kann.

Lausitzrunde

Die Lausitzrunde ist von einst 21 Mitgliedern der kommunalen Familie auf inzwischen 31 angewachsen. Sie ist ein Musterbeispiel gelebter Demokratie und als freiwilliges, offenes Bündnis Sprachrohr der Bürgermeister und Landräte in der am stärksten vom Strukturwandel betroffenen „Kernregion“ der Lausitz. Der offene Ansatz gibt der Lausitzrunde ein hohes Maß an Handlungsfreiheit und machte sie in ihrem ersten Jahr schnell zum Impulsgeber mit großer Öffentlichkeitswirksamkeit auch in Berlin und bei der EU. So konnte sie im kurzen Abstimmungsprozess zwischen den Mitgliedern schnell Themen setzen. Einer Auftaktkonferenz als Plattform für die Lausitz im Dezember 2016 folgte dann aber kei-

ne weitere mehr. Starke und neue Impulse blieben seitdem weitgehend aus. Die Stärke der Lausitzrunde ist aktuell vor allem die Schwäche der anderen Akteure in der Lausitzer Strukturentwicklung. Im vergangenen Jahr beschäftigte sich das Bündnis mit seiner Institutionalisierung. Diese wird aktuell in Form einer öffentlich-rechtlichen Mandatierung diskutiert, in der sich alle Mitglieder des Bündnisses der Stadt Spremberg als Mandatsträger, vertreten durch ihre Bürgermeisterin Christine Herntier, unterordnen. Somit würde aus dem offenen Bündnis eine Rechtsform entstehen. Im Gegensatz zum offenen und freiwilligen Ansatz wäre damit eine Meinungsbildung innerhalb der Lausitzrunde für die Mitglieder sicher nur

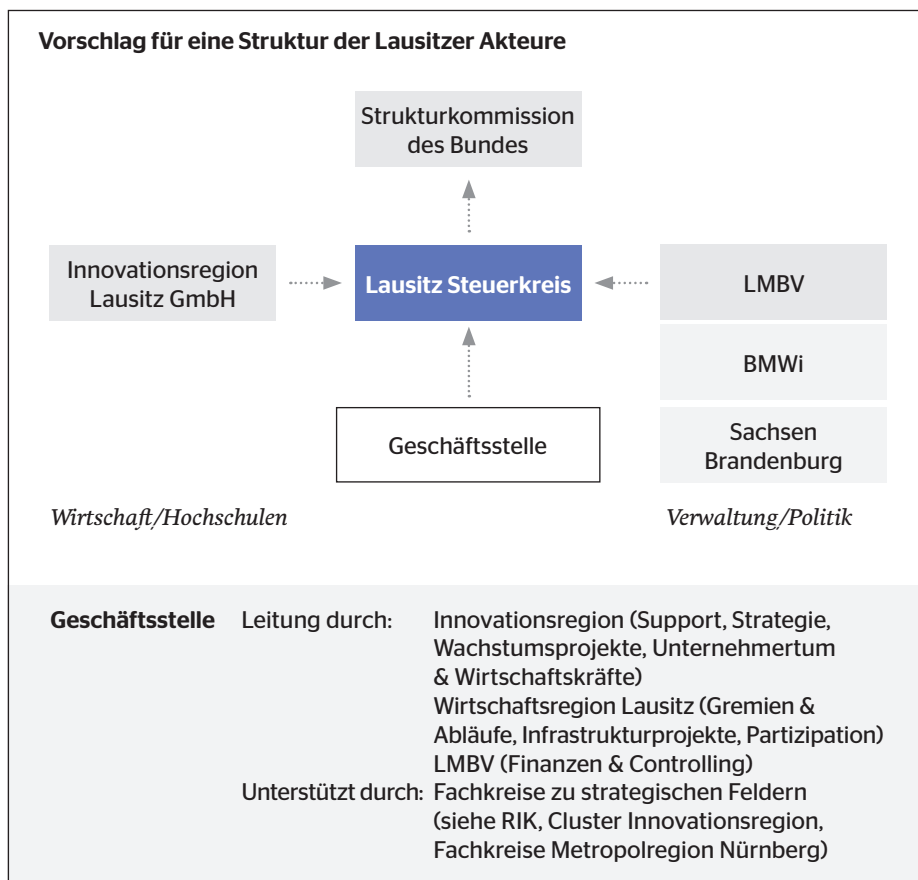
noch mittels eines Votums ihrer jeweiligen Parlamente möglich. Die Handlungsfähigkeit, die das Aushängeschild dieses innovativen Kommunalbündnisses war, sie wäre schlichtweg dahin. Das mittlerweile Posten Inhalte dominieren, wurde auch beim Lausitz Forum offensichtlich. Hier waren von den Lausitzbeauftragten der Länder, der Wirtschaftsregion, der Wirtschaftsinitiative bis zur Innovationsregion alle wesentlichen Akteure hinter dem Mikrofon versammelt. Sie alle sprachen über gemeinsame Wege und ein Miteinander zur Gestaltung der Lausitz. Einzig die Lausitzrunde nutzte die Plattform im letzten Redebeitrag, um einen Posten am Tisch der Berliner Strukturkommission einzufordern, dessen Besetzung durch andere Akteure auf dem Forum durchaus plausibler erscheint.

Es wäre der kommunalen Familie zu wünschen, dass sie in der Wirtschaftsregion zur Einigkeit findet – und sich trotz aller Interessenkonflikte unter diesem Dach ein- und zurechtfindet.

Fazit Struktur

Die Region braucht endlich eine effiziente, wirtschaftskompetente Regionalorganisation. Sie muss die Wirtschaft samt Wirtschaftsverbänden und Hochschulen auf der einen Seite und die Verwaltungsebene und Politik von den Kommunen über die Landkreise bis zu den Ländern auf der anderen Seite bündeln. Es bedarf dringend eines integrierenden Gremiums dieser beiden Seiten, in das von unten durch die fachlichen Kompetenzen der Region alle Informationen einfließen, das alle Interessen vertreten, entscheiden und die Lausitz nach oben mit einer Stimme vertreten kann. Man könnte es passend zum aktiven Entwicklungsgedanken als „Lausitz Steuerkreis“ bezeichnen. Bereits vor einem Jahr haben wir in diesem Zusammenhang auf die Metropolregion Nürnberg verwiesen, die sich in einem Leitbildprozess ein solches Schiff gebaut hat. Für den Erkenntnisgewinn – und evtl. auch als Impuls für den nun startenden Leitbildprozess im Rahmen der Zukunftswerkstatt der Wirtschaftsregion – wiederholen wir die Darstellung auf der Vorseite. Und wir können versichern: es gibt in Nürnberg Gesprächsbereitschaft mit den Lausitzern, wie man einen solchen Prozess ganz unabhängig von den Themen der jeweiligen Region auch erfolgreich gestalten kann.

Die Erstausgabe des Lausitz Magazins enthielt auch für die Lausitz eine mögliche strukturelle Darstellung, die im Frühsommer 2017 im Lausitzpapier Teil II der Innovationsregion noch einmal vereinfacht wurde. Durch die LMBV-Idee von Michael Kretschmer könnte sich die Struktur noch einmal verschlanken, da in der LMBV Länder sowie Bundesinteressen auch des BMWi in einer funktionalen Struktur mit eher fiskalischem Schwerpunkt gebündelt werden könnten.



Viel Bewegung

Ganz unabhängig von der Struktur ist in Sachen Reviertransfer viel in Bewegung und zwar auf allen Ebenen. Da sich die Ereignisse überschlagen, kann ein Quartalsmedium wie das Lausitz Magazin der Dynamik der Prozesse kaum gerecht werden. Insofern möge es der Leser nachsehen, wenn sich die ein oder andere Information bereits überholt hat.

Ebene Lausitz

Am 5. März erfolgte in Görlitz der Startschuss für die Zukunftswerkstatt Lausitz. Mit ihr landen die ersten 7,3 Millionen Euro über eine Förderung zur „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Infrastruktur“ (GRW) in der Lausitz. Das Volumen wird vorwiegend für die Arbeit des Projektteams, den Leitbildprozess und Entwicklungsprojekte in fünf strategischen Handlungsfeldern investiert. Leider fehlt im Bündnis der Landkreise Dahme-Spree, Elbe-Elster, Görlitz, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und der Kreisfreien Stadt Cottbus noch immer der Landkreis Bautzen. Die Landkreise werden das Projektteam über einen Lenkungsausschuss begleiten, zu dessen Vorsitzender Heike Zettwitz, Dezernentin des Landkreises Görlitz, gewählt wurde. Sie wird vertreten durch Christine Herntier, Bürgermeisterin der Stadt Spremberg und Sprecherin der Lausitzrunde sowie von Carsten Billing, Dezernent des Landkreises Spree-Neiße. Die Zukunftswerkstatt wird ihren Sitz in Bad Muskau haben. Insbesondere am breit angelegten Leitbildprozess sollen alle Lausitzer beteiligt werden.

Parallel zur Zukunftswerkstatt geht eine zweite Maßnahme in die Umsetzung. Norman Müller hat mit seinem Cottbuser Team im vergangenen Jahr das Regionale Investitionskonzept (RIK) aufgestellt und somit weitere gut 7 Millionen Euro für Projektförderungen in der Lausitz gesichert. Das RIK wird als erste Maßnahme zur Unterstützung der Braunkohleregionen aus Mitteln des Energie- und Klimafonds über das Förderprogramm „Unternehmen Revier“ finanziert. Kern dieses Programms sind Ideen- und Projektwettbewerbe, mit denen Projekte identifiziert und ausgewählt werden sollen, die dem Strukturwandel in den Braunkohleregionen helfen. Über vier Jahre hinweg werden auf Grundlage des RIK nun Ideen- und Projektwettbewerbe durchgeführt, in denen sich Lausitzer Unternehmen und Netzwerke um Fördermittel bewerben können. Der erste Aufruf soll schon im Mai starten. Ausgewählte Projekte erhalten dann eine maximale Förderung in Höhe von 200.000 Euro. Ein Lenkungsgremium, das neben Vertretern der Wirtschaftsregion auch die Förderbanken der Länder repräsentiert, erschließt weitere Fördermöglichkeiten. Ausgewählte Projekte sollen ähnlich den WIR!-Projekten mittels der 200.000 Euro-Spritze fit gemacht werden für größere Ansätze und Finanzierungen, die dann bei der Strukturkommission des Bundes diskutiert werden. Dieser Prozess läuft in allen vier Bergbaurevieren auf ähnliche Weise ab.

Ebene Bund

Auf Bundesebene hat die Lausitz dem Einsatz von Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka die ersten Lorbeeren zu verdanken. Mit dem Förderprojekt „Wandel durch Innovation in der Region“ (WIR!) hatte sie über ihr Ministerium ein breit angelegtes Förderprojekt speziell für ostdeutsche Regionen im Strukturwandel aufgesetzt. Gefördert werden insbesondere strategische Kooperationen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch anderen Akteuren im Innovationsprozess. In der ersten Stufe wurden zum Jahreswechsel aus über 100 Projektanträgen 32 Konsortien ausgewählt, die jeweils 200.000 Euro Förderung erhielten und sich nun bis zum Herbst 2018 für die nächste Stufe qualifizieren können. Dann soll die Auswahl auf nur noch 12 Projekte reduziert werden, die mit jeweils ca. vier bis fünf Millionen Euro Förderung rechnen dürfen. Erfreulich für die Lausitz: sechs der 32 aktuell noch im Rennen ☺

Die EcoProfi-Modelle mit bis zu 3.200 Euro Preisvorteil².

JETZT
erhalten
Umweltprämie¹
für Nutzfahrzeuge
sichern.

BIS
ZUM 31.03.
2018
erhalten
Umweltprämie¹
für Nutzfahrzeuge
sichern.



Nutzen Sie die Vorteile der Umweltprämie¹ für Nutzfahrzeuge. Nur bis zum 31.03.2018.

Egal, welchen Wagen Sie fahren – jetzt können Sie noch günstiger auf ein EcoProfi-Modell umsteigen. Geben Sie einfach Ihren alten Diesel (EURO 1 - 4) ab und sparen Sie zusätzlich beim Kauf eines EcoProfi-Modells bis zu 3.200 Euro².

Unser Hauspreis für Gewerbetreibende: 15.998,- €

Gilt für den Transporter Kasten EcoProfi mit 2,0-l-TDI-Motor mit 75kW (Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 7,2, außerorts 5,1, kombiniert 5,8. CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 153). Alle Werte zzgl. Mehrwertsteuer und Überführungskosten. Inklusive Umweltprämie.

¹ Im Aktionszeitraum vom 01.01.2018 bis 31.03.2018 erhalten Sie beim Erwerb (Kauf, Leasing, Finanzierung) eines ausgewählten Fahrzeugmodells der Marke Volkswagen Nutzfahrzeuge und nachgewiesener Verwertung Ihres Diesel-Altfahrzeugs aller Marken mit Lkw-Zulassung bis 7,49 t zGG oder Pkw- oder Sonderkraftfahrzeug- Zulassung (Abgasstandard EURO 1 – EURO 4) eine modellabhängige Umweltprämie. Das Angebot gilt für gewerbliche Einzelabnehmer. Das zu verschrottende Altfahrzeug muss zum Zeitpunkt der Neufahrzeugbestellung mindestens 6 Monate auf Sie zugelassen sein und bis spätestens einen Kalendermonat nach Zulassung des Neufahrzeugs durch einen zertifizierten Verwerter verschrottet werden. Ausgeschlossen von der Aktion sind Autovermieter, Euromobil, Großkunden sowie Sonderabnehmer.

² Max. Preisvorteil gegenüber der unverbindlichen Preisempfehlung des Herstellers für ein vergleichbar ausgestattetes Serienmodell, hier am Beispiel eines Transporter EcoProfi Kastenwagens, kurzer Radstand, 2,0-l-TDI-Motor mit 62 kW.

Weitere Informationen über die Kombinationsmöglichkeiten der einzelnen Prämien erhalten Sie bei uns. Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.



Nutzfahrzeuge

Ihr Volkswagen Partner

Autohaus Neustadt-Hoyerswerda GmbH

Straße A Nr. 1, 02977 Hoyerswerda

Telefon 03571/4811-01, Telefax 03571/4811711

befindlichen WIR!-Projekte sind in der Lausitz verankert. Ein erfolgreiches Projekt hat die Innovationsregion erarbeitet und durchgebracht. Die Übersicht der sechs Lausitzer Projekte finden Sie auf der Nebenseite.

Auf das „ganz große Geld“ hofft die Lausitz vor allem mit dem Findungsprozess der neuen Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag ist keine klare Summe verankert. Die Länder Brandenburg und Sachsen hatten sich auf einer gemeinsamen Kabinettsitzung im Sommer vergangenen Jahres auf mindestens 1,2 Milliarden Euro festgelegt, die für die erste Etappe im Strukturwandel benötigt werden. Blickt man auf die LEAG als Betreiber der Lausitzer Tagebaue und Kraftwerke, die pro Jahr für eine regionale Wertschöpfung von 1,4 Milliarden Euro sorgt, ist diese Forderung beim Rückgang des Braunkohlegeschäfts wohl eher sehr, sehr vorsichtig bemessen.

Die konkreten Vorschläge zur Ermöglichung eines proaktiven und sozialverträglichen Strukturwandels sollen nun Bundesressorts, Länder, Gewerkschaften, Kommunen, betroffene Unternehmen und regionale Akteure in der neuen Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung“ erarbeiten. Die Kommission soll noch im Frühjahr ihre Arbeit aufnehmen, wird aber kaum vor Mitte April starten. Noch ist unklar, in welchem Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums sie installiert wird und über wie viele Plätze sie verfügen wird. Sie soll aber arbeitsfähig sein und muss vier Regionen berücksichtigen, das lässt kaum mehr als 20 bis 30 Plätze erwarten. Sicher ist die Lausitz über die Länder mit den Lausitzbeauftragten, für Brandenburg Hendrik Fischer und für Sachsen Dr. Hartmut Mangold, vertreten. Alternativ könnte über eine neue Bündelung auch die LMBV am Tisch sitzen, quasi als zentraler Geldbote. Darüber hinaus entbrennt hinter den Kulissen bereits das Gerangel um Plätze



Die Lausitz ist bereits filmreif – wie hier bei Dreharbeiten zum Gundermann-Film mitten im Bergbaurevier. Foto: Andreas Franke/LEAG

an diesem wichtigen Tisch – und hier hat die Lausitz aufgrund noch ausstehender Bündelungsprozesse wichtige Hausaufgaben nicht erledigt. Es wird sicher nur zwei bis drei weitere Plätze für die Lausitz an diesem Tisch geben können, wenn überhaupt. Wünschenswert wäre eine Vertretung der regionalen Verwaltung und Politik – also der Landkreise und Kommunen – durch einen Platz, der mit Blick auf den Entwickler des zentralen Leitbildprozesses und der vertretenen Fläche der Wirtschaftsregion vorbehalten sein sollte. Dazu hat jene die Lausitzrunde bereits im guten Konsens mit einem Sitz im Lenkungsausschuss integriert. Wirtschaft und Hochschule wären durch die Innovationsregion bereits gebündelt, insofern könnte sie die Lausitzer Wirtschaft in der Kommission vertreten. Mit einem Blick auf den Strukturvorschlag der Lausitz hätte man somit auch die

relevanten Ansprechpartner umrissen, die auf jeden Fall in einem evtl. „Steuerkreis Lausitz“ Platz nehmen und schon deshalb sinnvoll an die Strukturkommission des Bundes angedockt werden sollten. Als unabhängige und überparteiliche Stimme der Lausitzer Akteure käme der Pro Lausitzer Braunkohle e.V. infrage, der sich seit Jahren als Bürgerverein der breiten Zivilgesellschaft länderübergreifend für die Wirtschaftsregion Lausitz engagiert, dies auch im Beirat der Innovationsregion – und der vor nicht einmal zwei Jahren die Lausitzrunde erst zusammenbrachte und operativ strukturierte. Eine unabhängige Stimme abseits jeglichen Kirchturmdenkens bekäme der Lausitz sicher gut. Im April werden wir sehen, ob hier pragmatisch oder im Kuhhandel um Posten und Positionen für die Lausitz entschieden wird.

☺

Steuerkanzlei Holger Stroisch

Dipl. Kaufmann (Univ.)
Dipl. Finanzwirt (FH)
Holger Stroisch
Steuerberater

Seestraße 12
01983 Großräschen

Telefon 035753.629285 Fax: 035753.629286

Funk 0160 7635920

eMail: info@steuerberater-stroisch.de

Kooperationspartner

Dipl. Kaufmann (Univ.)

Pawel Jackowski

Europejskie Centrum Podatkowe Sp.z o.o.

Spolka Doradztwa Podatkowego

50-559 Wrocław (Breslau) PL

eMail: pawel.jackowski@ecpodatkowe.pl

Telefon: 035753.629285

Telefax: 035753.629286

www.ecpodatkowe.pl

ab 1.4.2018

Internationale Steuerberatung
Jackowski & Stroisch
Steuerberater GbR

www.steuerberater-stroisch.de

6 WIRI-Projekte für die Lausitz

Konsortium	Innovationsfeld	Region	Konsortialführer	Bundesland
KOI	Produktionstechnik / Materialien	Lausitz	Innovationsregion Lausitz GmbH	SN / BB
Ko-Innovationsplattform Industriearomatisierung: KOI hat zum Ziel, durch ein Bündnis aus industriellen Produktionsbetrieben, Technologie- und Anwendungsentwicklern neue Produktinnovationen im Innovationsfeld Industriearomatisierung aus der Region heraus zu entwickeln.				
Inno-LaBel	Integrierte, regionsspezifische Konzepte	Lausitz	BTU Cottbus-Senftenberg-Forschungszentrum Landschaftsentwicklung und Bergbaufolgelandschaft FZLB	BB / SN
Das Bündnis verfolgt die Idee, basierend auf den traditionellen Stärken im Bergbau, ein transparentes und zukunftsweisendes Netzwerk in der Lausitz aufzubauen.				
Wasser- Landschaft- Lausitz	Integrierte, regionsspezifische Konzepte	Lausitz	IBA-Studierhaus Lausitzer Seenland e. V.	BB / SN
Das Vorhaben entwickelt eine passfähige Vision für die Lausitz durch die Stärkung und Verknüpfung von drei ökonomisch-ökologisch-gesellschaftlich relevanten Innovationsfeldern (Wasser/Landschaft, Tourismus/ Industriekultur, schwimmende Bauten).				
Life and Technology	Integrierte, regionsspezifische Konzepte	Lausitz	Hochschule Zittau / Görlitz	SN
Die Initiative hat ein interdisziplinäres Bündnis - die Lausitz-Allianz - aufgebaut. Dieses Bündnis will durch technologische Weiterentwicklungen und die Entwicklung einer attraktiven Arbeits- und Lebenswelt die Region beim Strukturwandel begleiten.				
WI+R	Informationstechnologie, Industrie 4.0, Digitalisierung	Berlin-Brandenburg	BTU Cottbus-Senftenberg	BE / BB
Digitale Reparaturfabrik Berlin-Brandenburg - Gestaltung des Strukturwandels durch Innovationen in Wartung, Instandhaltung und Reparatur. Das Bündnis will den in der Region traditionell verankerten Bereich Wartung, Instandhaltung und Reparatur von industriellen Anlagen, Maschinen, Fahrzeugen und Infrastruktur digitalisieren.				
IBEFA	Mobilität, Verkehrstechnologie	Berlin-Brandenburg	Berlin-Brandenburg Aerospace Allianz e. V.	BE / BB
Innovationsbündnis für die Entwicklung emissionsarmer Flugantriebe in der südöstlichen Metropolregion Berlin Brandenburg (IBEFA). Bündnisziel der Partner aus der südöstlichen Metropolregion Berlin-Brandenburg ist die Entwicklung und Erprobung von emissionsarmen, elektrischen und hybridelektrischen (gasturbinenbasierten hybriden) Antriebssystemen für die Luftfahrt.				



17. April 2018

15:00 bis 20:00 Uhr
Industriegelände Straße F Nr. 8, 02977 Hoyerswerda

Fokus: Kreativwirtschaft
Special: Business Speed Dating

Technologieaussteller aus Hochschule- und Forschungseinrichtungen sowie anwendenden Unternehmen präsentieren digitale Innovationen und Technologien

1:1 Austausch mit Experten und Entscheidern

Jetzt anmelden! www.lautech-transfer21.de

LAUTECH
Lausitzer Technologiezentrum GmbH

in Kooperation mit:



KREATIVES SACHSEN

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Leitung: Dr. Beate Köhne, Projektleitung: Dr. Beate Köhne, Projektleitung: Dr. Beate Köhne, Projektleitung: Dr. Beate Köhne

InnoCoop PolSax

INNOVATIONSBERATUNG FÜR UNTERNEHMEN IN OSTSACHSEN

Kostenfreies Beratungspaket zur Analyse und optimalen Ausschöpfung des Innovationspotentials Ihres Unternehmens

Jetzt informieren! www.InnoCoopPolSax.eu

Ihre Ansprechpartnerin:
Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH
Anna Kurzynoga
anna.kurzynoga@wfs.saxony.de
Tel. 0351 2138-132

TGZ Bautzen GmbH
Prof. Dr. Jürgen Besold
tgz@tgz-bautzen.de
Tel. 03591 350-2020



Ebene EU

Auch in Brüssel und Straßburg werden derzeit wichtige Entscheidungen getroffen. Zum einen geht es um die Förderperiode über 2019 hinaus – zum anderen wurde gerade die europäische „Kohleplattform“ ins Leben gerufen. In der Europäischen Union sind insgesamt 42 Regionen in elf Mitgliedsstaaten vom Strukturwandel im Kohlebergbau betroffen. Die EU-Kommission will mit der sogenannten „Kohleplattform“ die Betroffenen an einen Tisch bringen. Dieses Forum soll Regionen wie der Lausitz die Möglichkeit bieten, sich über Konzepte zur Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels auszutauschen und die europäischen Klimaschutz- und Energieziele zu erreichen. Darüber hinaus sollen Projekte erarbeitet werden, die den Strukturwandel mit europäischen Förderprogrammen untersetzen. Es geht also auch hier am Ende um konkrete Projekte und viel Geld. Die Lausitz gibt durch eine immer enger werdende Kooperation zwischen Brandenburg und Sachsen bei der EU ein einheitliches und gutes Bild ab – während Besuche der Lausitzrunde deutlich machen, dass ein „Lausitz Steuerkreis“ mit klarer regionaler Interessenvertretung für die Lausitz auch für die EU-Ebene wichtig wäre.

Das Neuland-Institut

Einen wichtigen Impuls zu einer Strukturentwicklung kann sicher auch der Wissenschaftsbereich leisten. Ein Institut der großen Forschungsgesellschaften in der Lausitz wäre ein entscheidender Beitrag. In der Herbstausgabe 2017 unseres Lausitz Magazins wurde die Idee zu einem

Zuwachs von vier Fraunhofer-Forschungsgruppen an der BTU Cottbus-Senftenberg

Am Zentralcampus wird ein neuer Institutsteil des Fraunhofer IPMS eingerichtet: Fraunhofer IPMS-ISS (Integrated Silicon Systems), fast in trockenen Tüchern ist mit dem IKTS eine Fraunhofer Projektgruppe im Bereich kognitive Material-Diagnostik. Am Campus Senftenberg: Projektgruppe des Fraunhofer IAP zum Thema „Biofunktionalisierung/Biologisierung von Polymermaterialien“ und eine Projektgruppe „Pilzbasierte zellfreie Synthese-Plattformen (PZ-Syn)“.

„Neuland-Institut“ vorgestellt, das die Energiewende als unabhängige Forschungsplattform begleiten und der Bundespolitik mit einem Rückgriff auf das Reallabor Lausitz sowohl wissenschaftlich als auch praktisch einen Abgleich der politischen Ziele mit dem gesellschaftlich und wirtschaftlich Machbaren liefern könnte. Der Nucleus Lausitz aus fossilem Energieträger, Erneuerbaren, Wissenschaft und Energieindustrie ist mit seiner Lage im Dreiländereck, im Nord-Süd-Gefälle und im Übergang zwischen ländlichen und Ballungsräumen tatsächlich einzigartig und prädestiniert für ein solches Vorhaben.

Die BTU Cottbus-Senftenberg konnte zwischenzeitlich den Zuwachs von gleich drei Fraunhofer-Forschungsgruppen verzeichnen, eine vierte ist fast in trockenen Tüchern. Auf ein großes Forschungsinstitut wartet die Lausitz aber noch immer. Zuletzt ging Cottbus im Sparring mit dem sächsischen Freiberg leer aus, das im Jahr 2011 das „Helmholtz-Institut Freiberg für Ressourcentechnologie“ erhielt. Seinerzeit war die BTU sowohl in der Präsentation als auch in der landesseitigen Unterstützung deutlich schlechter aufgestellt, die politischen

Rahmenbedingungen sprachen ebenso gegen den Standort.

In diesem Jahr sieht alles anders aus. Die Lausitz ist prädestiniert für die Förderung wissenschaftsbezogener Institutionen. Die Konstellation der großen Koalition in Berlin spiegelt die politischen Verhältnisse der Lausitz. Mit dem neuen Fokus auf die länderübergreifende Strukturentwicklung einer Energieregion könnten Brandenburg und Sachsen mit ihren Lausitzer Hochschulen gemeinsam für ein Institut in der Lausitz werben, das seinen Standort in Cottbus haben und seine Tätigkeiten auch mit der Hochschule Görlitz-Zittau entfalten könnte. Dabei sollten wir in der Lausitz endlich lernen, größer zu denken. Laut Wirtschaftsminister Gerber ist beim Bund ein Fraunhofer-Institut im Gespräch, das sich mit der Speicherentwicklung beschäftigen soll. Brandenburg hat hier für die Lausitz bereits den Finger gehoben. Deutlich solider, weiß Wissenschaftler und Bundestagsmitglied Prof. Martin Neumann, wäre aber ein Helmholtz-Institut aufgestellt. Mit dem breiteren Fokus auf die Begleitung der Energiewende wäre zudem ein Themenfeld beispielbar, auf dem die Politik und die Wirtschaft

Lebenslanges Lernen

Mitarbeiter weiterbilden rechnet sich dreifach.

- Arbeitsagentur Bautzen fördert bis zu 100 %
- Noch mehr Know-How für Ihr Unternehmen
- Neue Möglichkeiten für Ihre Mitarbeiter

Sie fördern Ihre Mitarbeiter - wir fördern Sie!

Hotline: 0800 4 5555 20 (Anruf kostenfrei)
www.dasbringtmichweiter.de



Bundesagentur für Arbeit
 Agentur für Arbeit Bautzen

bringt weiter.

dringend Antworten benötigen und das mit Lösungen für Anlagen, Transportwege und das Zusammenspiel der unterschiedlichen Energieträger auch der Lausitzer Industrie im LEAG-Umfeld sowie der LEAG selbst neue Perspektiven eröffnen könnte. Befragt man Meinungsführer in der Lausitz, ist nahezu jeder vom Sinn eines solchen Instituts überzeugt und hält die Lausitz auch für den einzig richtigen Standort. Diesen Eindruck bestätigt auch das Interview mit Helmar

Fazit

Wir feiern in der Lausitz derzeit 25 Jahre Strukturentwicklung. Aktuell steigen wir im laufenden Prozess sozusagen vom Regional-express in den ICE um. Es tut sich immens viel in der Lausitz, alles läuft parallel und wird beschleunigt. Die Wirtschaft hat über die Innovationsregion bereits Projektideen und Potenziale für neue Wirtschaftsfelder geliefert, nun kommt über verschiedene Wege von WIR! über RIK bis zur Zukunftswerkstatt Geld in die Region. Die Zukunftswerkstatt startet den Leitbildprozess, es entfaltet sich eine Dynamik auf vielen verschiedenen Ebenen.

Dabei sollte aber niemand übersehen, dass parallel im Rahmen der Sicherheitsbereitschaft im Oktober bereits der erste Kraftwerksblock in Jänschwalde vom Netz geht und wie mit der Abschaltung des zweiten Blocks im kommenden Jahr die ersten immensen Wertschöpfungsverluste für die

Rendez und Jan Hinrich Glahr in dieser Ausgabe (siehe Folgeseiten).

Allerdings gilt auch hier, dass man sich in der Region einig sein und dann nach außen vertreten muss, was man eigentlich will. Die Chance ist da, nun braucht es einen Moderator, der Länder und Hochschulen an einen Tisch holt und das Zeitfenster nutzt, bis sich der Politikbetrieb in Berlin auch im Wissenschaftsbereich auf die Vorhaben der kommenden Legislatur festgelegt hat.

Lausitz realisiert werden. Das Wettrennen um die Kompensation hat begonnen. Die Lausitz ist zudem nicht nur vom Kohleausstieg betroffen, mit zusätzlichen Hiobsbotschaften seitens Bombardier und Siemens ist die Frage der gesamten Industrieregion Lausitz inzwischen eine brennende Lausitzer Angelegenheit.

Es braucht nun dringend den Kapitän, der das Lausitzer Schiff lenkt, die Mannschaft mit ihren noch so unterschiedlichen Charakteren eint und über die kommenden Jahrzehnte in einen sicheren Hafen steuert. Insofern wünschen wir der Lausitz eine gute Struktur, mehr Gemeinsamkeit, den Verzicht Einzelner auf weitere Profilierung – und am Ende eine starke Stimme. Vielleicht können wir einen Ansatz dazu schon in der kommenden Ausgabe unseres Magazins präsentieren. In diesem Sinne, liebe Lausitz: Glückauf! ☒

*Rauchzeichen für mehr Gemeinsamkeit?
Wirtschaft und Administrative in der
Lausitz müssen sich dringend bündeln.*



Foto: Rainer Weisflog / LEAG

**ICH SEHE WAS,
WAS DU NICHT SIEHST.
MIT EYESIGHT¹.**

Der Testsieger² der Fahrerassistenzsysteme.

Der neue Subaru XV.

Mit seiner Stereokamera erkennt EyeSight¹ potenzielle Gefahren und hilft mit dem Notbremsassistenten, Unfälle möglichst zu vermeiden. Das ist nur einer der Gründe für die Bestnote von 5 Sternen beim Euro NCAP Crashtest 2017.

ab **22.980,- €³**

Autohaus Jacobi & Richter GmbH
Bahnhofstraße 51
01968 Senftenberg
Tel. 03573/2344 / ah-jacobi-richter.de



Erhältlich als 1.6i mit 84 kW (114 PS) oder 2.0i mit 115 kW (156 PS). Kraftstoffverbrauch (l/100 km): innerorts: 8,7-7,9; außerorts: 5,8-5,6; kombiniert: 6,9-6,4. CO₂-Emission (g/km) kombiniert: 155-145. Abbildung enthält Sonderausstattung. *Die gesetzlichen Rechte des Käufers bleiben daneben uneingeschränkt bestehen. ¹Die Funktionsfähigkeit des Systems hängt von vielen Faktoren ab. Details entnehmen Sie bitte unseren entsprechenden Informationsunterlagen. ²Getestet wurden Notbremsassistenten. Quelle: auto motor und sport 09/2015 und www.adac.de ³Subaru XV 1,6i Trend

Weltgrößter Allrad-PKW-Hersteller

www.subaru.de

Ein Angebot nur für gewerbliche Kunden: peugeot-professional.de

**MEHR LADEN. WENIGER TANKEN.
DER PEUGEOT EXPERT.**

IMPRESS YOURSELF.

BARPREIS Abb. enthält Sonderausstattung.

ab € 16.500,00¹

- z. B. für den PEUGEOT Expert Pro L1 BlueHDi 95
- Moderne und sparsame BlueHDi-Motoren (Euro 6)
- ModuWork-Trennwand für Zuladung bis zu 4 m Länge²
- Elektrische Seitenschiebetüren mit Fußöffnungssensoren für einfaches Beladen²

AUTOHAUS JACOBI & RICHTER GMBH
Senftenberg · Bahnhofstr. 51 · Tel. 0049-3573-2344
Ruhland · Elsterbogen 5 · Tel. 0049-35752-30461
www.ch-jacobii.de

¹Zzgl. MwSt. und Überführungskosten für einen neuen PEUGEOT Expert Pro L1 BlueHDi 95. Das Angebot gilt bei Vertragsabschluss bis 30.06.2018.
²Ausstattungsabhängig.